Frankreich: Alte Dämonen wiederbelebt S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 49 – 10. Dezember 2011 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Bild: S. Loos/dapd

SPD-Führungstrio feiert sich: SPD-Motto „Unser Kapital: Demokratie und Gerechtigkeit" und die Aussagen passen nicht zusammen

Die SPD verrät sich selbst

Pläne der Sozialdemokraten zur Euro-Rettung schützen Banken und treffen Bürger

Die SPD kritisiert Merkel, dass sie nicht bereit ist, das letzte Hemd der Deutschen für die Euro-Rettung zu geben. Die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bürger will die Partei gleich mit auf dem Altar der EU opfern.

Peer Steinbrücks Rhetorik war deftig: Kanzlerin Merkel habe den Taktstock in der Euro-Krise den Ratingagenturen und Finanzmärkten überlassen, polterte der mögliche Kanzlerkandidat auf dem SPD-Parteitag. Die Sozialdemokraten würden die Macht für die Bürger zurückgewinnen, die Prozesse wieder demokratisieren.

Aus den konkreten Forderungen und Vorwürfen der SPD spricht indessen das Gegenteil: Merkel habe nicht frühzeitig und bedingungslos genug das Geld der deutschen Sparer zur alleuropäischen Verfügung gestellt und sperre sich – ebenfalls „krisenverschärfend" – gegen (inflationsträchtiges) Gelddrucken, heißt es zusammengefasst.

Es wundert kaum, dass die deutschen Sozialdemokraten dafür Unterstützung aus anderen Euro-Ländern erhalten, auf welche sie gern verweisen, um damit ihre höhere „Europa-Kompetenz" zu beweisen. Dass jene Länder kaum „europäisch", sondern vielmehr eigennützig argumentieren, wird ignoriert. Wenn Deutschland hingegen ebenfalls die Interessen seiner Bürger verteidigt, und sei es bloß hinhaltend, so geißelt SPD-Altkanzler Helmut Schmidt dies als „national-egoistisch".

> »Märkte« können auch bei Inflation gute Geschäfte machen

Was die Haltung der SPD jedoch so bizarr erscheinen lässt, ist weniger die Denunziation jeglichen Anflugs von patriotischer Verantwortung auf Seiten der Bundesregierung. Es ist vielmehr die Tatsache, das ausgerechnet die Sozialdemokraten hier das Geschäft der großen Banken und Hedgefonds betreiben, die nicht von ungefähr darauf drängen, dass Berlin die Taschen seiner Bürger restlos öffnen möge, damit die „Märkte nicht kollabieren".

Die Enteignung der deutschen Sparer und Steuerzahler per Inflation und grenzenloser Transferunion kann jenen „Märkten" egal sein. Sie können selbst in einer Hyperinflation gute Geschäfte machen. Ihnen geht es nur darum, dass sich das Rad der Spekulationen immer weiter dreht, egal auf wessen Kosten. Und die von der SPD populistisch gescholtenen „Superreichen"? Die haben ihr Vermögen im Unterschied zum Kleinsparer nur zum minimalen Teil in Euro, stattdessen halten sie vor allem Sachwerte wie Aktien, Gold oder Immobilien. Geldentwertung träfe sie weit weniger hart als den Durchschnitt.

Und auch in der anderen, fälschlich kaum beachteten Facette der Euro-Debatte versagt die SPD: Mit der durch die Krise forcierten Zentralisierung der Macht in der EU drohen die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bürger zu erodieren. Statt das zu monieren, ringt die SPD besonders eifrig für noch mehr EU-Zentralismus.

Vor 150 Jahren waren die Sozialdemokraten aufgebrochen, um die Rechte des „kleinen Mannes" zu schützen und die Demokratie durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund hat das doppelte Versagen der SPD in der Euro-Krise historische Ausmaße. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Großer Auftritt

Staatsmännisch reden kann er noch immer. Beim SPD-Parteitag hat Helmut Schmidt seine Parteigenossen förmlich von den Stühlen gerissen. Es ist ein Vergnügen, dem greisen Altkanzler zuzuhören. Geschliffene Worte, pointierte Sätze, wohl gesetzte Pausen. Wenn es dagegen um den Inhalt geht, verfliegt die Begeisterung. Scharf kritisiert er die Finanzpolitik der Bundesregierung. Da stellt sich die Frage, ob gerade er berufen ist, als das volkswirtschaftliche Gewissen der Nation aufzutreten und den Zeigefinger in Richtung Merkel zu erheben. Als er 1982 abtrat, hatten Staatsverschuldung, Inflation und Arbeitslosigkeit immerhin ein seit 1950 nicht gekanntes Ausmaß erreicht.

In der Euro-Frage warnt Schmidt vor „deutscher Dominanz" aus „national-egoistischen Gründen" und beschwört die Pflicht der Deutschen zur europäischen Solidarität. Die ohnehin nicht besonders energischen Versuche der Bundesregierung, für unser Land zu retten, was noch zu retten ist, diffamiert er als „schädliche deutschnationale Kraftmeierei". Schmidt will eine noch stärkere Einbindung Deutschlands in die EU, um „die Deutschen vor sich selbst zu schützen". Da bricht das Kriegstrauma seiner Generation durch. Nie wieder sollte unser Land einen Krieg führen und die Garantie dafür sollte die europäische Integration sein. Dieser Gedanke hatte von Adenauer bis Kohl seine Berechtigung. Heute, bald 70 Jahre nach Kriegsende, sollte dieses Trauma überwunden sein. Die europäische Integration ist keine Frage mehr von Krieg oder Frieden.

Parteipolitisch sei er, meint Schmidt, „altersbedingt schon jenseits von Gut und Böse angekommen". Nur parteipolitisch?

Trauriges Beispiel bürgerlicher Feigheit

CDU »entsorgt« hessischen Jungpolitiker nach linker Denunziation – Grund sind Veröffentlichungen in konservativen Medien

Ein anonymer E-Mail-Schreiber hat den Kommunalpolitiker Sebastian Pella denunziert, und schon ist dessen berufliche und politische Existenz vernichtet. „Einbuergerriedstadts", so nennt sich der Denunziant, hat die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung im hessischen Riedstadt darüber informiert, dass der Stadtverordnete Pella (bis dahin CDU) „bei der Suche in Google immer wieder in Zusammenhang mit der rechten Szene" auftauche. Als „Beweis" lieferte er Verweise zu Veröffentlichungen, in denen er „klar rechtsextreme Tendenzen" zu erkennen glaubt. Darunter befanden sich auch Artikel Pellas in der *PAZ*, für die der 29-jährige Historiker gelegentlich schreibt. Unterzeichnet ist die E-Mail mit „Es lebe der Kommunismus!" Obwohl klar ersichtlich war, aus welcher Ecke der Denunziant kam und welche Absicht er verfolgte, ließ seine Partei Pella ohne Umschweife fallen. „Dass Pella konservativ war, das wusste jeder, aber wie konservativ ...", ließ Fraktionschef Thomas Fischer verlauten. Problematisch für die CDU sei zudem, dass Pella ein Buch über den Rassetheoretiker Ludwig Woltmann geschrieben habe, das sogar über Neonazi-Webseiten vertrieben werde. Mittlerweile ist Pella aus der CDU ausgetreten. Nicht, um Schaden von der Partei abzuwenden, wie offiziell verlautbart wurde, sondern, um deutlich zu machen, dass es für rechtskonservative Positionen in der CDU keinen Platz mehr gebe, so Pella gegenüber der *PAZ*. Der Stadtverordnetenversammlung gehört er jetzt als Parteiloser an. Die Parteibasis hält sich selbst nach seinem Austritt noch zu ihm. Auf keinen Fall stehe Pella „rechts der CDU", so die Kreisvorsitzende Ursula Kraft. Doch das half ihm nichts. Die Folge: Die drei Landtagsabgeordneten, für die Pella bis dahin hauptberuflich als Referent tätig war, schickten ihm die fristgerechte Kündigung.

> Argumente der Linken übernommen

Die Landtagsfraktion der Linkspartei rückte Pella in einer Presseerklärung „in die Nähe neofaschistischer Gruppen" und verortete die *PAZ* als „Sprachrohr der neuen Rechten und Stichwortgeber für Neonazis". Süffisant bot sie der CDU Hilfe bei der Eliminierung vermeintlich rechter Elemente in deren Reihen an. Mit Erfolg, denn die CDU hat wie erhofft auf die linke Denunziation reagiert, deren Argumentation übernommen und Pella entsorgt.

Die ganze Angelegenheit ist ein weiteres Beispiel dafür, wie sich die bürgerlichen Kräfte immer mehr grund- und widerstandslos unter ideologischen Konformitätsdruck setzen lassen und mit Feigheit reagieren, wenn es darum geht, Standhaftigkeit zu zeigen. So hat in diesem Fall ausgerechnet die CDU der stalinistischen Antifa-Strategie zum Erfolg verholfen, die jeden außerhalb der linken Reihen kriminalisiert.

Unrühmlich ist auch die Rolle der Medien in dieser Sache. Der Hessische Rundfunk übernahm ungeniert Formulierungen aus dem Pressematerial der Linkspartei und machte sich so zu deren Sprachrohr. Und eine eigentlich als wertkonservativ geltende Frankfurter Tageszeitung bezeichnete Pella als „rechtslastig" und den Internetauftritt der *PAZ* gar als „Neonazi-Webseite" – wobei sie wenigstens Letzteres auf Intervention der *PAZ* bereitwillig am nächsten Tag korrigierte. Diese Vorgänge werfen ein weiteres Schlaglicht auf die Verfassung der politisch korrekten Mainstream-Medien. Statt sachlicher Berichterstattung gibt es den belehrend erhobenen Zeigefinger und selbstgerechte moralische Entrüstung. Wer sich nicht der herrschenden Meinung anschließt, wird nicht mehr nur als Abweichler betrachtet, sondern gleich als Ausgestoßener stigmatisiert und medial für vogelfrei erklärt. Norbert Bolz formuliert es in der „Financial Times Deutschland" so: „Der politischen Korrektheit geht es nicht darum, eine abweichende Meinung zu widerlegen, sondern den abweichend Meinenden als unmoralisch zu verurteilen. Man kritisiert abweichende Meinungen nicht mehr, sondern hasst sie einfach." *Jan Heitmann*

Zwischenruf

Guidos Märchenstunde

Am Sonntag um 11.05 Uhr lief das obligatorische Interview im Deutschlandfunk. Diesmal mit Außenminister Guido Westerwelle. Thema: Euro und Europa. Westerwelle: „Kein Euroland verliert so viel wie Deutschland, wenn der Euro scheitert. Wir wären in diesem Fall die Hauptgeschädigten.“ – Solch eine Aussage kann nur machen, wer niemals die einzelnen Salden der deutschen Unterstützung für den Euro addiert hat. Das war bereits der Fall als die D-Mark noch Zahlungsmittel, der Euro aber bereits Verrechnungseinheit war. Möglicherweise ist Dr. Westerwelle damit überfordert.

„Der Euro hat Deutschland riesigen Wohlstand gebracht.“ So so! Drei Millionen Arbeitslose, Millionen Hartz-IV-Empfänger, Hunderttausende Geringverdiener, Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den unteren Lohngruppen, die Sozialrentner, sie alle leben im Wohlstand? Das so wohlhabende Deutschland ist mit über zwei Billionen Euro verschuldet. Zwei Billionen Euro – das sind 2000 Milliarden Euro.

Ein ähnliches Wunschdenken offenbart der Außenminister beim Thema Afghanistan. Dort sei alles im grünen Bereich. Über die Hälfte Afghanistans werde heute schon durch einheimische Sicherheitskräfte befriedet. Bis Ende 2014 werde man in der Lage sein, auf ausländische Sicherheitskräfte ganz zu verzichten. Dann werden die Bundeswehr und alle noch verbliebenen Nato-Soldaten das Land verlassen. Die Realität: Die Korruption blüht im ganzen Land. Afghanistan hat keine Steuerverwaltung, ein Teil der Stämme kooperiert mit den Taliban und die Menschenrechte haben keinen Stellenwert im Lande. Die ganz entscheidende Frage ließ Westerwelle unbeantwortet. Woher sollen die sieben Milliarden Euro kommen, die das Land jährlich benötigt, um ein stehendes Heer von über 300000 Soldaten zu unterhalten? Diese Streitmacht ist erforderlich, um die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe adäquat zu ersetzen.

Wilhelm v. Gottberg

Die Schulden-Uhr:

Doppelter Aufwand

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) tut das Seinige, um die Schulden des Bundes weiter in die Höhe zu treiben. Wie sein Vorgänger Sigmar Gabriel (SPD) nutzt er seinen Dienstwagen und die Deutsche Bahn parallel. Er fährt (ökologisch korrekt) mit dem Zug, während sein Auto (ökologisch inkorrekt) leer zum Ziel seiner Bahnfahrt fährt, um ihn dort für die Fortsetzung der Reise zur Verfügung zu stehen. Heraus kam diese Verschwendung von Steuergeldern und Ressourcen durch einen Auftritt des Ministers in der ZDF-Sendung „Markus Lanz“ und weitere Recherchen des „Focus“. *M.R.*

2.026.043.831.282 €

Vorwoche: 2.025.100.771.897 €
Verschuldung pro Kopf: 24.799 €
Vorwoche: 24.787 €

(Dienstag, 6. Dezember 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Vorbereitungen für den Tag X

Immer mehr Unternehmen entwerfen Plan B für den Zerfall des Euro-Raumes in seiner jetzigen Form

Die Lösungsversuche zur Krise in der Euro-Zone gleichen nach Ansicht von Kanzlerin Angela Merkel einem Marathonlauf. Ziemlich abrupt könnte der Lauf allerdings schon bald ein Ende finden: Weltweit wird nicht nur über ein Ende des Euros nachgedacht, sondern es werden sogar Vorbereitungen für einen Kollaps der europäischen Währungsunion getroffen.

Man kann es als Rettungsversuch in letzter Minute ansehen. In einer abgestimmten Aktion haben Ende November weltweit sechs Zentralbanken die Zinsen für Dollar-Tauschgeschäfte herabgesetzt. Praktisch unbegrenzt und billig können sich bis 2013 Europas Banken nun mit US-Dollar eindecken. Die „Nacht-und-Nebel-Aktion“ führte an den Märkten umgehend zu Gerüchten, dass eine italienische oder französische Großbank den Zugang zum Kapitalmarkt völlig verloren hat und sich vor dem finanziellen Abgrund befindet.

Die angekündigte Dollar-Flut hat die Lage zunächst beruhigt, international laufen aber längst Vorbereitungen für ein Szenario, das bisher meist als Phantasterei abgetan wurde: eine Auflösung der Euro-Zone in ihrer bisherigen Form.

Das Unternehmen Icap, weltweit größter Abwickler für Devisengeschäfte, testet nach eigenen Angaben bereits seit Monaten in Probeläufen die Wiederaufnahme des Handels mit griechischen Drachmen. Ähnlich pessimistisch wird die Lage auch von offiziellen Stellen in Großbritannien gesehen. Das britische Außenministerium hat Botschaften und Konsulate angewiesen, sich auf Extremszenarien inklusive sozialer Unruhen bei einem Euro-Kollaps vorzubereiten. Nach Angaben der Tageszeitung „Guardian“ laufen inzwischen auch bei Großkonzerne wie GlaxoSmithKline, Unilever und Vodafon Vorbereitungen für den Fall eines Austritts eines Landes aus der Währungsunion.

Dass solche Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, hat mehrere Gründe: Bei dem bisher als „Wunderwaffe“ zur Rettung des Euro angepriesenen Rettungsschirm EFSF bahnt sich ein Debakel an. Damit Anleihen des Fonds am Markt überhaupt abgenommen werden, muss inzwischen eine Verzinsung von vier Prozent geboten werden. Statt von einer vier- bis fünffachen Hebelung des eingezahlten Kapitals geht man intern nur noch von einer Verdoppelung aus. Wie die Schweizer UBS-Bank berichtet, gibt es wegen des Misserfolgs des EFSF inzwischen sogar Schwierigkeiten, die nächste EU-Hilfstranche für Irland aufzutreiben. Möglicherweise müssen entweder der

> Starke D-Mark ließe Berlins Euro-Schulden schmelzen

Internationale Währungsfonds (IWF) oder Länder wie Schweden oder Dänemark helfend einspringen.

Auch die Diskussion um bereits gezahlte Rettungsgelder könnte bald wieder aufflammen: In Griechenland zeichnet sich ab, dass private Gläubiger mit der Forderung nach einem Schuldenschnitt von 75 Prozent, statt wie bisher vereinbart 50 Prozent, konfrontiert werden sollen. Ansatzpunkt für Nachverhandlungen ist die Tatsache, dass in der Vergangenheit die Mehrheit der Staatsanleihen nach griechischem statt wie sonst üblich nach englischem Recht am Markt platziert worden sind. Die feinen juristischen Unterschiede und vor allem Nachteile scheinen erst jetzt vielen Anlegern bewusst zu werden.

Aussagen des irischen Finanzministers Michael Noonan lassen vermuten, dass demnächst auch aus Irland eine Nachforderung kommen wird: verringerte Zinszahlungen für die EU-Hilfsgelder. Als Druckmittel ist eine Blockadehaltung bei EU-Vertragsänderungen im Gespräch.

Wie kaum ein anderer Investor hat sich die japanische Bank Nomura in den letzten Monaten mit der Wahrscheinlichkeit und den möglichen Folgen einer Auflösung der Währungsunion beschäftigt: Nomura-Chefstratege Bob Janjuah sieht nur noch zwei Möglichkeiten für ein Weiterbestehen des Euros: Zum einen den Weg einer „gänzlichen politischen und fiskalischen Integration“, der nach Janjuah in der Realität eine Verkleinerung der Euro-Zone bedeuten würde. Ausscheiden und in den Bankrott gehen würden diejenigen Länder, „die nicht in das deutsche Ideal des harten Geldes hineinpassen“. Der andere Weg würde sich am Vorbild der Geldpolitik der USA und Großbritanniens, also der unbegrenzten Staatsfinanzierung durch die Zentralbank, orientieren. Für den Fall, dass die EZB diesen Weg einschlägt, rechnet Janjuah damit, dass Deutschland und nördliche Länder den Euro-Verbund verlassen werden. Die starke Aufwertung einer neuen D-Mark und in der Folge ein Einbruch der deutschen Exporte werden häufig als Gründe angeführt, warum ein Ausstieg Deutschlands aus dem Euro nicht möglich sein soll.

Dass eine harte Währung durch die Verbilligung von Importen nicht nur inflationsmindernd wirkt, sondern auch andere Vorteile bieten kann, zeigt ein von Nomura entwickeltes Gedankenspiel: Falls Deutschland den Euro aufgibt, seine bisher aufgenommenen Anleihen aber in Euro belässt, könnten mit einer neuen, aufgewerteten D-Mark Altschulden billig abgelöst werden.

Norman Hanert



Umbruch: Experten sind überzeugt, dass demnächst große Veränderungen anstehen Bild: colourbox

Linker Scheinerfolg

EU-Beitrittskandidat Kroatien: Der wahre Wahlsieger ist die Krise

Die klare Zustimmung des EU-Parlaments zum Beitritt Kroatiens drei Tage vor den dortigen Parlamentswahlen mochte wie Schützenhilfe für die national-konservative Regierungspartei HDZ aussehen. War aber nur Zufall und hatte ohnehin keine Auswirkungen, denn das für 4. Dezember erwartete Debakel der HDZ trat tatsächlich ein. Es kam also wie beim Nachbarn Slowenien, wo am selben Tag eine linke Regierung abgewählt wurde, und wie überall: Regierungen stürzen, egal ob linke oder rechte, und eigentlicher Sieger ist die Schulden- und Wirtschaftskrise.

Am Balkan kommt das Thema Korruption dazu, wenngleich Kroatien laut Transparency International besser dasteht als Italien, Slowenien und Spanien. Bekanntestes Beispiel ist der vor Monaten auf Basis eines internationalen Haftbefehls in Österreich verhaftete kroatische Ex-Premier Ivo Sanader, der bereits vor Gericht steht. Vielfältigen Verdacht gibt es auch gegen die HDZ selbst, die seit der Staatsgründung 1991 außer von 2000 bis 2003 an der Macht war. Sanaders Nachfolgerin Jadranka Kosor hatte sich zwar konsequent um mehr Sauberkeit bemüht, aber das kam offenbar zu spät.

Bei 62 Prozent Wahlbeteiligung verlor die HDZ 19 ihrer bisher 66 Parlamentssitze. Die „Kukuriku“ genannte linke Vierer-Koalition erreichte zwar mit 80 von 151 Mandaten die absolute Mehrheit, blieb aber deutlich hinter den positiven Prognosen zurück. „Kukuriku“, der Hahnenschrei auf Kroatisch, sollte quasi „Kroatien erwache“ signalisieren und kommt vom Namen des Lokals, in dem man einst das Bündnis vereinbarte.

> Neue Koalition trägt ihr Ende schon in sich

Zoran Milanovic als voraussichtlicher neuer Premier wird es mit dieser zerfallträchtigen Koalition aber nicht leicht haben, zumal das Land noch unter der ersten Rezessionswelle leidet, während schon die nächste droht. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 18 Prozent, das Wirtschaftswachstum stagniert, und Investitionen aus dem Ausland sind stark zurückgegangen. Die EU-Begeisterung der Bevölkerung ist längst verflogen.

Die EU-Aufnahme Kroatiens nach Abschluss der Ratifizierungsverfahren in allen EU-Staaten wird Mitte 2013 erwartet. Endgültig gescheitert ist damit jedenfalls das Bestreben der „Entente“, nach dem Zerfall ihres Schützlings Jugoslawien wenigstens den Beitritt Kroatiens so lange zu verzögern, bis man alle Zerfallprodukte gemeinsam als „Westbalkan“ in die EU hätte aufnehmen können.

Für Kroatien hatten sich besonders Österreich und Ungarn eingesetzt, und sehr begrüßt wird der Beitritt auch von der Stadt Triest, die ja 1918 und noch mehr 1945 von ihrem Hinterland abgeschnitten worden war. Österreich ist der größte Investor in Kroatien, und österreichische Banken halten 60 Prozent des dortigen Bankgeschäfts. Heute sehr zum Kummer der Währungs- und Budgetverantwortlichen, denn die Verluste sind beträchtlich und noch weit Ärgeres droht durch Haftungen, vor allem für die notverstaatlichte Hypo Alpe Adria. *R. G. Kerschhofer*

Reines Kalkül

Türkei: Erdogan gibt Aleviten-Massaker zu

Fast täglich hatte die islamisch-konservative Partei AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in letzter Zeit die Massaker der syrischen Regierung an ihrem eigenen Volk verurteilt. Jetzt hat derselbe Erdogan viele überrascht, als er in einem Fernsehduell mit dem Oppositionsführer der kemalistischen Partei CHP die Massaker an 13800 alevitischen Kurden durch die türkische Armee in der osttürkischen Stadt Dersim, die heute Tunceli heißt, zwischen 1936 und 1939 zugab und sich dafür entschuldigte. Damit brach er zwar ein türkisches Tabu, tat dies aber keineswegs uneigennützig.

> Perfider Schlag gegen die Opposition

Zu den Tabus türkischer Geschichte gehörte bislang auch das Massaker. Ein angeblicher Aufstand der Kurden, vermutlich vom Militär provoziert, lieferte den Vorwand für Luft- und Bodenangriffe, massenhafte Exekutionen, Vergewaltigungen und die Deportation der Überlebenden.

Die alevitischen Kurden waren im doppelten Sinne unbequem, als ethnische Minderheit, weil sie keine Türken waren, und als religiöse Minderheit, weil sie keine sunnitischen Muslime wie die Mehrheit der Türken waren, sondern zu den rund 25 Prozent liberal eingestellten Muslimen schiitischer Prägung gehörten, die sich zudem noch als Kurden der Türkisierungspolitik Kemal Atatürks widersetzten. Heute machen die Aleviten, die in ihrer überwiegenden Mehrheit Türken sind, das Gros der CHP-Wähler und der Führungsschicht dieser Partei aus, während Erdogan von den Sunniten gewählt wird.

Eine Aufarbeitung türkischer Geschichte, bei der dann auch die Völkermorde an den Armeniern oder Assyrern 1915 oder den Griechen 1955 aufs Tablett käme, ist von der taktischen Entschuldigung Erdogans nicht zu erwarten. Von dem gegenwärtigen Konflikt der Türkei mit der Kurdischen Arbeiterpartei PKK war in dem Fernsehduell keine Rede. Erdogan ging es vielmehr darum, die stärkste Oppositionspartei, die CHP, und deren Führer Kemal Kilicdaroglu vorzuführen. Kilicdaroglu stammt selbst aus Dersim, seine Familie war von den Massakern der Jahre 1937 und 1938 betroffen. *B. Bost*

Nachdenken über Christa W.

Von Vera Lengsfeld

Am 1. Dezember erschütterte die Nachricht vom Tod der Schriftstellerin Christa Wolf nicht nur die literarische Welt. In den zahlreichen Nachrufen wird die Berlinerin als eine der bedeutendsten Autorinnen der deutschen Sprache gewürdigt. Sie sei die „moralische Instanz der DDR“ gewesen, eine „sozialistische Humanistin“. Dass sie der DDR immer treu geblieben ist, wird ihr heute noch hoch angerechnet. Für sie sei dieser Staat „das Rauschgift, das sie zum Schreiben brauchte“ gewesen.

Christa Wolfs Beliebtheit beim Feuilleton vor und nach dem Mauerfall hängt eng damit zusammen. Wolf war nur beinahe eine Dissidentin. Ihr Widerspruch gegen das Regime war taktischer Natur. Die DDR sollte nicht nur beanspruchen, das bessere Deutschland zu sein, sie sollte es nach Wolfs Wunsch auch werden. Den Sozialismus als Idee hat sie nie in Frage gestellt, lediglich ihr Leiden an den Unvollkommenheiten seiner realen Existenz inszeniert.

Christa Wolf hat sich mit ihren Mitteln für Dissidenten eingesetzt. Als ich im Jahre 1983 wegen meiner Aktivitäten in der unabhängigen Friedens- und Umweltbewegung, heute Opposition genannt, Berufsverbot bekam, schrieb Christa Wolf an das für Kultur zuständige Politbüromitglied Kurt Hager, um ihn zu bitten, meinen Rausschmiss aus dem Verlag, in dem ich zuletzt gearbeitet hatte, rückgängig zu machen. Als das nichts half und ich begann, als Imkerin meinen Lebensunterhalt zu verdienen, kam sie zu mir, um mir größere Mengen Honig abzukaufen.

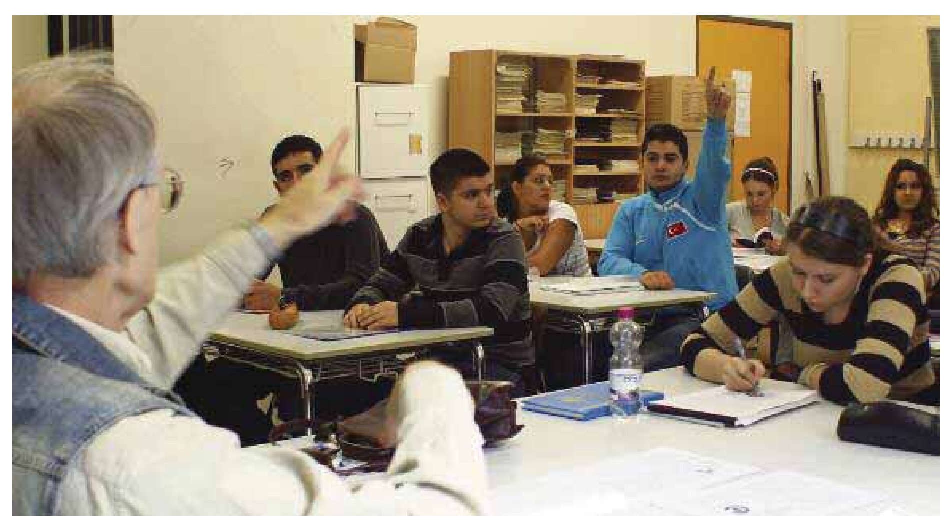
Schon beim ersten Besuch bewunderte sie den Pankower Amalienpark so sehr, dass sie beschloss, hier Wohnung zu nehmen. Es dauerte nicht lange, da wurde sie meine Nachbarin. Sie gehörte zu den Privilegierten, für die die normalen Lebensbedingungen in der DDR nicht galten. Nicht nur sie und ihr Mann hatten einen Pass und konnten abends ins Theater nach West-Berlin fahren, sondern auch ihre Tochter und deren Mann. Ihr Schmerz über den Verlust der DDR wird vielleicht verständlicher, wenn man das weiß.

Die große Lebenslüge der Christa Wolf war identisch mit der Lebenslüge der bundesdeutschen Linken. Sie hat sich einem System zur Verfügung gestellt, dessen Anspruch nichts mit der Wirklichkeit zu tun hatte, das für die Unterdrückung von individueller Freiheit und Zerstörung von selbstständigen Lebensentwürfen verantwortlich war.

Wolf hat, wie es Chaim Noll, der die DDR verließ, um schreiben zu können, auf den Punkt brachte, mit ihrem Werk dazu beigetragen, die Wahrheit über das System zu verbergen. Dies ist die Tragik einer Frau, die ihren eigenen Anspruch, der Wahrheit so nahe wie möglich zu kommen, konterkarierte.

Junge Lehrer fliehen aus Berlin

Aus Kostengründen versagt ihnen der Senat den Beamtenstatus – andere Länder locken



Schüler des Robert-Koch-Gymnasiums in Berlin: Aus Altersgründen scheiden in den nächsten Jahren viele Lehrer aus dem Beruf, Nachwuchs ist nicht in allen Fächern ausreichend vorhanden, so dass die Länder untereinander um die vorhandenen Lehrkräfte konkurrieren

Bild: pa

Berlin droht ein dramatischer Lehrermangel: Weil die Hauptstadt jungen Pädagogen den Beamtenstatus aus Kostengründen verweigert, fliehen sie in Scharen in andere Bundesländer.

Die rot-schwarze Koalition steht – und viele Junglehrer in Berlin sind enttäuscht, weil sie darauf gehofft hatten, dass sie verbeamtet werden würden. Die CDU hatte das in den Verhandlungen gefordert, sich damit aber nicht durchsetzen können. Das Land Berlin hatte 2003 beschlossen, Lehrer ab 2004 nicht mehr zu verbeamten. Dies geschah nicht zuletzt wegen der hohen Pensionszahlungen, die sich in den kommenden Jahrzehnten erheblich steigern werden.

Besonders der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) will den bisherigen Kurs beibehalten. Er fürchtet bei einer Verbeamtung angestellter Lehrer rückwirkende Pensionsansprüche. Da sei es sinnvoller, die Arbeit mit anderen Maßnahmen aufzuwerten, zum Beispiel durch die kürzlich angehobene Eingangsbesoldung.

Nun wollen 530 angestellte Lehrer die Hauptstadt verlassen. Womöglich droht sogar ein Aderlass von 1400 Pädagogen. Das Problem wird zusätzlich dadurch verschärft, dass die Berliner Lehrerschaft überaltert ist und in den kommenden Jahren aus Altersgründen jährlich 1000 Lehrer ausscheiden. So steckt der Senat in der Zwickmühle zwischen Kostensenkung und dem Ausbluten des Lehrkörpers. Die linke Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt die Senatslinie. Während der Senat vor allem wegen der steigenden Pensionslasten keine Lehrer mehr verbeamten will, scheinen die Gründe für die Ablehnung bei der GEW anders gelagert zu sein. Zwar gibt sich GEW-Chefin Rosemarie Seggelke staatstragend: „Schon in zehn Jahren (wird) das Geld nicht mehr für die Pensionszahlungen reichen.“ Bei anderer Gelegenheit hat die Gewerkschaft aber erkennen lassen, dass es ihr vor allem um das Streikrecht geht, denn Beamte begehen bekanntermaßen ein Dienstvergehen, wenn sie dem Dienst unerlaubt fernbleiben.

> Verbeamtung nicht im GEW-Sinne, da Beamte nicht streiken dürfen

Die Haltung der GEW hat bereits Kritik in der Lehrerschaft hervorgerufen. So schreibt eine Pädagogin im Internet-Netzwerk „Facebook“: "Ich bin deswegen dort ausgetreten. Es ist unglaublich, was da läuft.“ Ein Kollege wirft der GEW gar Heuchelei vor: "Ich habe einen sehr bekannten GEW-Sprecher vor nicht allzu langer Zeit gefragt (dieser hat seine Verbeamtung sogar eingeklagt!), warum er nicht seinen Beamtenstatus abgibt? Da er doch so sehr gegen die Verbeamtung ist, könne er jederzeit wieder als Angestellter im öffentlichen Dienst arbeiten ... Es darf nun einmal geraten werden, welche Antwort ich von ihm beziehungsweise der GEW bekam – bis heute natürlich keine!! Wie war das noch: ‚Wasser predigen – Wein trinken?‘“

Bundesweit stellt sich die Situation so dar: Rund 800 000 Lehrer unterrichten hierzulande. In den kommenden zehn Jahren scheiden vermutlich 140 000 von ihnen aus. Das schafft Probleme. Bayern oder Hamburg locken Nachwuchslehrer auch aus anderen Bundesländern mit hohen Gehältern in die eigenen Schulen – als Beamte. Für die Fachwelt sind dies Alarmzeichen: „Es ist nicht länger vertretbar, dass die Länder unterschiedlich bezahlen ...“ meint die Tarifexpertin Ilse Schaad. Zwar hat Berlin 600 zusätzliche Studienplätze für das Lehramt in den Fächern Sonderpädagogik, Physik, Chemie, Englisch, Latein und Musik eingerichtet und 300 zusätzliche Ausbildungsplätze im Vorbereitungsdienst geschaffen, aber wenn die so ausgebildeten Lehrer Berlin verlassen, waren Kosten und Mühen umsonst.

Das Brandenburger Bildungsministerium bestätigt, dass es 2012 „rund 400 Lehrer braucht“. Schon 2010 waren dort weit mehr als 100 Berliner Lehrer verbeamtet worden, die nun in der Hauptstadt fehlen. Für das Bundesland Berlin eine fast ausweglose Lage. Selbst Peter Sinram (63) von der GEW warnt: "Der Markt in Berlin ist leer, es gibt keine Bewerber.“

Folge: Schulen können Mangelfächer wie Mathematik, Französisch oder Latein schon jetzt nicht mehr abdecken. Am Pankower Rosa-Luxemburg-Gymnasium etwa will der einzige Informatiklehrer das Weite suchen. Am einem Tempelhofer Gymnasium herrscht Land unter in Mathematik und Latein und am Lankwitzer Beethoven-Gymnasium wollen fast alle angestellten Lehrer, das sind immerhin 15, künftig in anderen Bundesländern unterrichten.

Drei Beispiele, die für das Ganze stehen. Ralf Treptow vom Verband der Oberstudiendirektoren: „Es gibt Schulen, die werden infolge der Pensionierungen und der gestellten Freistellungsanträge zum neuen Schuljahr ein halbes Kollegium ersetzen müssen.“ Michael Wüstenberg, Leiter des Lessing-Gymnasiums in Wedding, hofft, dass in seinem Kollegium niemand mehr krank wird. Es seien einfach keine Vertretungslehrer mehr zu finden, die ihr zweites Staatsexamen abgeschlossen haben, sagt er.

Dabei spricht eigentlich einiges für die Verbeamtung von Lehrern, denn Beamte sind pro Jahr zunächst rund 15 000 Euro preiswerter, weil für sie keine Beiträge für Renten- und Arbeitslosenversicherung entrichtet werden müssten. Ihre späteren Pensionen wären dann kein Problem, wenn die Länder und Kommunen und natürlich auch der Bund entsprechende Rücklagen gebildet hätten. In der Praxis ist es aber so gewesen, dass die öffentlichen Arbeitgeber gern die Vorteile der Verbeamtung von Mitarbeitern genutzt haben, aber das so „gesparte“ Geld anders verfrühstückten, statt es in Rücklagen zu bunkern. *Theo Maass*

Urteil schafft kaum Klarheit

Moslem wollte Gebetsraum in seinem Gymnasium

Der Berliner Schüler Yunus M. (18) ist nach mehrjährigem Streit um rituelles Beten vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVG) in Leipzig gescheitert. Er hatte ein Recht auf islamische Gebete in seiner Schule, dem von Schülern aus 29 Glaubensrichtungen geprägten Berliner Diesterweg-Gymnasium, durchsetzen wollen.

Das BVG-Urteil schafft nur im Fall Yunus M. Klarheit, nicht für alle Schulen, doch wird es Vorbild für die weitere Rechtsprechung sein. Danach darf Yunus M. zwar nicht an seiner speziellen Schule rituell beten, für Gebete in der Schule generell solle aber Raum bleiben. Das freut die Kirchen. Sie sehen die Chance, die gerade in Berlin zwischen Senat und Kirchen umkämpfte Frage des Glaubens in der Schule neu zu erörtern. „Die öffentliche Schule ist kein ‚religionsfreier‘ Raum, sondern offen für die Religionen ihrer Schüler“, so die EKD zum Urteil.

Die von der Kirche als „Symbolpolitik“ gegeißelte Ablehnung der Gebete erneuerte Beate Stoffers von der Senatsverwaltung Bildung dennoch: „Es ging nie um einen Gebetsraum, es ging um ein Gebet, das eine demonstrative Wirkung hat nach außen.“ Die Vorinstanz hatte in ihrem Urteil betont, allein am Diesterweg-Gymnasium habe es nach Yunus fünf weitere Gebetsraum-Anträge gegeben.

> EKD: »Schule muss offen sein für alle Religionen«

Nachahmer sind weiterhin zu erwarten, denn eine allgemein verbindliche Lösung machte Richter Werner Neumann im jetzigen Urteil nicht deutlich: „Will man neu austarieren, welche religiösen Bekundungen an Schulen zulässig sein sollen, braucht man dafür eine parlamentarische Grundlage.“ Die Politik muss also ein neues Gesetz schaffen, will sie Ansprüche auf rituelles Beten an Schulen generell abwehren. Bis dahin haben neue Klagen gute Chancen. Das gilt jedenfalls, solange der Religionsfrieden an der jeweils betroffenen Schule nicht so vergiftet ist, wie er es am Diesterweg-Gymnasium war, denn die dortige Stimmung beeinflusste auch die jetzige Entscheidung: Pöbeleien und Prügel um die rechte islamische Gesinnung ließen dort einen überkonfessionellen Raum der Stille scheitern. Schulen, die von Jugendlichen vieler Religionen geprägt sind, brauchen also keine Gebetsräume einzurichten, andere möglicherweise schon. Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, fordert denn auch: „Wir sollten aber diese Entscheidung nicht den Gerichten überlassen.“ *SV*

Bis nach Schwerin

Erster Spatenstich für A 14-Verlängerung

Am 30. November 2011 wurde in Gegenwart von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) und Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) der erste Spatenstich zum Bau der Autobahn A 14 zwischen Schwerin und Magdeburg ausgeführt. Ramsauer: „Der heutige Baubeginn ist von großer Bedeutung für Ostdeutschland. Hier entsteht eine neue Lebensader für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern.“ Ministerpräsident Haseloff: „Es wird eine schnelle Verbindung geschaffen, die einen Teil der Verkehrsachse von Prag nach Hamburg werden wird und damit auch die mitteldeutschen Wirtschaftsregionen mit den deutschen Häfen an Nord- und Ostsee verbindet.“

Die Zustimmung in der Bevölkerung ist gewaltig. Selbst bei den Wählern der Grünen und der Linken liegt sie laut einer Erhebung bei mehr als 80 Prozent. Dennoch hatte sich im Vorfeld ein Bündnis „Keine A 14“ gebildet und auch die Umweltschutzorganisation BUND hat Klage eingereicht. Die Gegner behaupten, die Trasse sei „überflüssig“. Auf der Festveranstaltung machten sich Störer bemerkbar, die während des Beifalls für den Spatenstich skandierten: „Hier wird Geld verschwendet.“

> Volk dafür, BUND dagegen

Für das strukturschwache Sachsen-Anhalt wird die A 14 die erste Autobahnverbindung nach Mecklenburg-Vorpommern. Bislang endet die A 14 von Sachsen kommend bei Magdeburg. Die Erweiterung umfasst 155 Kilometer und soll 1,25 Milliarden Euro kosten. Das erste Teilstück wird voraussichtlich 2014 fertig sein, die gesamte Strecke 2020. *Theo Maass*

Gewaltorgie in Kreuzberg

Militante Kurden und „autonome“ deutsche Linke haben am 26. November in Kreuzberg Verhältnisse hergestellt, wie sie sonst nur am 1. Mai in der Hauptstadt beklagt werden müssen. Nachdem ein ursprünglich von der kurdischen Terrororganisation PKK angemeldeter Aufmarsch verboten worden war, beteiligten sich die Immigranten an einem Aufmarsch der linksextremen Antifa unter dem Motto „Staat und Nazis Hand in Hand?“, der von dem Linkspartei-Politiker Kirill Jermak angemeldet worden war.

Etwa 2000 Teilnehmer wurden gezählt. 71 Randalierer, die auch türkische Einrichtungen wie Geschäfte, Klubs und Teehäuser angegriffen hatten, wurden festgenommen. Die Beamten wurden mit Wurfgeschossen wie Steinen, Flaschen und Böllern zum Teil schwer verletzt. Im Anschluss an den Aufzug kam es in Kreuzberg zur Schlägerei zwischen Kurden und Türken. Ein Mann erlitt dabei einen Messerstich. *TM*

Zeitzeugen



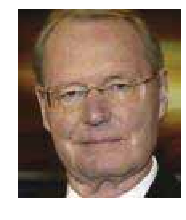
Winfried Kretschmann – Der Sohn katholischer Ostpreußen aus dem Ermland stellte sich im Wahlkampf in Baden-Württemberg gezielt auf die Seite der Gegner des Bahnhofprojektes S21. Nach seiner Wahl zum ersten grünen Ministerpräsidenten Deutschlands bildete er mit der S21 befürwortenden SPD eine Regierungskoalition. Ein Volksentscheid sollte klären, wer Volkes Wille repräsentiert und dessen Ergebnis Ende November belegte nun, dass es nicht die Grünen waren.

Walter Scheuerl – Der Hamburger Rechtsanwalt war Initiator der Initiative „Wir wollen lernen“, die sich gegen die Schulreform-Pläne der Bürgerschaft wehrte. Diese strebte die Einführung einer sechsjährigen Primarschule an. Scheuerl setzte einen Volksentscheid durch, der bewies, dass die Mehrheit der Hamburger gegen die Pläne der Politik war.



Roger Köppel – Der Schweizer, der sich seine journalistischen Sporen bei der „Neuen Zürcher Zeitung“ verdiente und zwei Jahre Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt“ war, ist seit 2006 wieder Chefredakteur der Schweizer „Weltwoche“ (davor bereits 2001–2004). Der Schweizer Volksentscheid zum Minarettverbot ist für ihn ein „leuchtendes Beispiel der Demokratie in Europa“. Köppel bekannte offen, auf der Seite der Minarettgegner gewesen zu sein.

Helmut Kohl – Die Entscheidung über die Einführung des Euro und die Auswahl der Teilnehmerländer wurde unter Bundeskanzler Kohl bewusst als rein politische Entscheidung gewertet. Eine öffentliche Debatte war nicht gewollt. „Eine Volksabstimmung über die Einführung des Euro hätten wir verloren. Das ist ganz klar“, soll Kohl dem Autor des Buches „Zwangsumtausch. Wie Kohl und Lafontaine die D-Mark abschafften“, Jens Peter Paul, gesagt haben.



Hans-Olaf Henkel – Der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ist überzeugt, dass in Sachen Euro und Euro-Rettung die Politik nicht die Interessen der Mehrheit des Volkes repräsentiere. Auch gehörte er zu jenen, die Thilo Sarrazins Äußerungen über Integration verteidigten. Allerdings will er trotz aller Unzufriedenheit keine eigene wirtschaftsliberale Partei gründen.

Keine Wahl

Deutschland wird von einer Einheitspartei neuen Typs gelenkt

Während sich die etablierten Parteien in allen Fragen immer einiger werden, wächst die Kluft zum Volk. Immer weniger dringt von „unten“ nach „oben“.

Roger Köppel, der Chefredakteur der renommierten Züricher „Weltwoche“, attestiert den europäischen Spitzenpolitikern „pseudomonarchische Tendenzen“. Im grenzenlosen Europa gediehen „grenzenlose Machtansprüche“. Köppels Analyse entspricht der Wahrnehmung auf Deutschlands Straßen, wo zu hören ist: „Uns fragt ja eh keiner.“

Dort, wo doch gefragt wird, ergibt sich Erstaunliches: In Hamburg hatte sich 2010 eine Koalition aller Parlamentsparteien aus CDU, SPD, Grünen und Linken (die FDP war nicht vertreten) gebildet, um eine Schulreform nach dem Bilde linker Vorstellungen durchzusetzen. In der von einer Bürgerinitiative erzwungenen Volksabstimmung scheiterte das Allparteienbündnis jedoch grandios am versammelten Volkswillen.

In Baden-Württemberg sahen sich die Grünen nach ihrem Wahlerfolg endgültig als die legitimen Vollstrecker der „Basis“, des eigentlichen Volkswillens. Doch in der Abstimmung um „Stuttgart 21“ gingen sie schmerzlich unter. Kein Wunder, dass die „Pseudomonarchen“ Volksabstimmungen fürchten wie kaum etwas: Als der damalige griechische Premier Giorgos Papandreou mit der Idee einer Volksabstimmung über die Annahme der Rettungskredite spielte, erzwangen sie sein sofortiges politisches Ende.

Mehrheit der Bürger wird nicht mehr repräsentiert

So hatte es Köppel gemeint: Das Volk, ob in Hamburg, in Hellas oder in ganz Europa wird mehr als Störenfried wahrgenommen denn als Souverän. Es soll der kleinen Klasse von Mächtigen gefälligst nicht mehr in die Quere kommen. Tut es dies doch, wird schlagartig die Kluft offensichtlich, die sich aufgetan hat.

Die Gegner von Volksabstimmungen werfen gern ein, dass den Bürgern zahlreiche Möglichkeiten geboten würden, auch ohne Volksabstimmungen mit mehr als nur ihrer Wahlstimme Einfluss zu nehmen auf die politische Willensbildung: So könnten sie Mitglied einer Partei werden, oder sie könnten über eine Unzahl „zivilgesellschaftlicher Organisationen“ von der lokalen Stadtteilkulturinitiative bis zu international operierenden „Nichtregierungsorganisationen“ (NGOs) ihren Willen ausdrücken.

Ob die großen Parteien noch als „Katalysator des Volkswillens“ funktionieren, wird jedoch zunehmend bezweifelt. Harald Martenstein bemängelt in der „Zeit“, er habe manchmal den Eindruck, Deutschland werde „von einer Einheitspartei neuen Typs regiert, der Mainstreampartei“. Diese Partei sei „für Frauenquoten, für Klimaschutz, für Umverteilung des Wohlstands“ und Ähnliches. Und für den Euro in seiner jetzigen Gestalt, möchte man hinzufügen. Abweichendes wird kaum noch geduldet. Was Wunder, dass die Mitgliederzahl der etablierten Parteien kontinuierlich sinkt.

Und die Initiativen und „NGOs“? Hier dominiert noch unkontrollierter jener linksgrüne Zeitgeist, welcher in den Parteien bis in die Union hinein und auch in den großen Medien längst den Ton angibt. Hätten diese angeblichen „Sprachrohre der Zivilgesellschaft“ anstelle des Volkes die Entscheidungen zu „Stuttgart 21“ getroffen, würde der Bahnhof nie gebaut werden. In Hamburg hätten sie den „Schulkompromiss“ der Parteien mit höchster Wahrscheinlichkeit mit großer Mehrheit durchgewunken. So fallen auch die vorgeblichen „Partizipationsinstrumente der Zivilgesellschaft“ (Partizipation bedeutet Teilhabe) zunehmend aus bei der Aufgabe, Volkswillen zum Ausdruck zu bringen. *Hans Heckel*



Alles für die Tonne: Alle Parteien machen irgendwie linke Politik. Wer nicht für Frauenquote, Klimaschutz, Umverteilung und den Euro in seiner jetzigen Form ist, findet keinen seriösen, politischen Ansprechpartner. Bild: N. Treblin/dapd

Volkes Wille im Bund nicht gefragt

Fast alle demokratischen Staaten kennen Elemente der direkten Demokratie. In Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es dazu: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Wie dies geschieht, ist ebenfalls festgelegt, nämlich durch Wahlen und Abstimmungen. Die Reihenfolge macht deutlich, dass die Verfassungsväter die Ausübung der Staatsgewalt vor allem in Wahlen sahen. Dieser geradezu plebiszitfeindliche Charakter des Grundgesetzes wird historisch damit begründet, dass in der Zeit der Weimarer Republik demokratiefeindliche Kräfte die damals durchgeführten Volksabstimmungen propagandistisch ausgenutzt hätten. Ganz abgesehen davon, dass diese These nicht haltbar ist, müssen die damaligen Erfahrungen nicht automatisch auf die Bundesrepublik Deutschland anwendbar sein. Ein weiteres Argument gegen Abstimmungen ist, dass deren Ergebnisse zu leicht von Emotionen und momentanen Ereignissen beeinflusst werden könnten. Als Beispiel wird hier gern der Ruf nach der Todesstrafe nach spektakulären Mordfällen angeführt. Demnach müsste es in der Schweiz eigentlich die Todesstrafe geben.

Es fehlen nur die Ausführungsgesetze

Ausdrücklich sieht das Grundgesetz Volksabstimmungen nur in Zusammenhang mit der Neugliederung des Bundesgebietes vor (Artikel 29 und 118). Gleichwohl stehen diese Normen einem einfachen Bundesgesetz zur Durchführung von Volksbefragungen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene nicht im Wege, da sie nicht festlegen, dass diese plebiszitären Elemente lediglich und ausschließlich bei der Neugliederung des Bundesgebietes zulässig sind. Direkte Demokratie auf Bundesebene wäre also möglich. Es fehlt lediglich der Wille des Gesetzgebers, die dafür erforderlichen Ausführungsgesetze zu erlassen. *Jan Heitmann*

Wirklich besser als Weimar?

Warum in der BRD statt des Volkes seine Repräsentanten herrschen

Gerne wird in Sonntagsreden und zu runden Jahrestagen die Bundesrepublik als der demokratischste Staat gelobt, den die Deutschen je hatten. Zwar hat sich die Bundesrepublik mittlerweile als langlebiger denn die Weimarer Republik erwiesen, aber demokratischer und freiheitlicher ist sie deshalb nicht. Eher ist das Gegenteil der Fall. Unter den euphemistischen Überschriften „Lehren aus dem Scheitern Weimars“ und „wehrhafte Demokratie“ wurden und werden Freiheit und Demokratie in einer Weise eingeschränkt, die Weimar fremd war.

Anders als die Weimarer Republik ging die Bundesrepublik nicht aus einer Revolution hervor, sondern wurde wie die DDR auf Geheiß der Besatzer gegründet. Wie in Mittel- zogen sich auch in Westdeutschland diese Besatzer sukzessive aus der direkten Regierungsausübung zurück und überließen diese einer von ihnen lizensierten politischen Klasse beziehungsweise Funktionärsschicht. Anders als in Weimar, aber wie in der DDR dürfen die Bürger in der Bundesrepublik weder über Gesetze noch über ihr Staatsoberhaupt abstimmen.

Ein wichtiger Unterschied zwischen Bundesrepublik und DDR besteht allerdings darin, dass die Bundesbürger auf die Entwicklung der politischen Klasse und deren Verteilung auf die Staatsorgane in Wahlen Einfluss nehmen können. Sein Wahlrecht nützt dem Bürger allerdings wenig, wenn die politische Klasse sich als monolithischer unterschiedsloser Block wie weiland die Funktionärsschicht in der DDR erweist.

Erschreckende Parallelen mit der DDR

Bezeichnenderweise ist das nicht nur dann so, wenn es um die Privilegien der politischen Klasse geht, sondern in der Regel auch dann, wenn die Interessen der ehemaligen Besatzer der Bundesrepublik berührt sind. Bei derartigen Fragen – wie beispielsweise, ob die Bundeswehr die Vereinigten Staaten bei deren Krieg in Afghanistan unterstützen soll oder ob D-Mark und Souveränitätsrechte einer Währungsunion mit Frankreich und anderen Weichwährungsländern zu opfern seien, – wird die Kluft zwischen dem Willen des Volkes und den Taten seiner Repräsentanten und damit das Demokratiedefizit der Bundesrepublik besonders deutlich. Nicht nur dass die Mehrheitsverhältnisse im Volk und in dem ihn repräsentierenden Bundestag divergieren, der Mehrheitswille des Volkes wird in der Volksvertretung von keiner einzigen der von den Besatzungsmächten lizensierten Parteien vertreten.

Da nützt es den Deutschen wenig, dass sie inzwischen auch andere Parteien wählen dürfen. Nicht nur dass der Parteienstaat die bereits in den Parlamenten sitzenden Parteien gegenüber neuen Bewegungen sowohl finanziell als auch politisch stark bevorzugt, er sorgt auch mit der Fünf-Prozent-Hürde dafür, dass so schnell keine neue Kraft von außen den erlauchten Kreis dieser privilegierten etablierten Parteien aufmischt. Kontinuität, aber auch Starrheit sind die Folgen. *Manuel Ruoff*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4327**

Alte Dämonen wiederbelebt

In Frankreich schüren vor allem die Sozialisten Germanophobie

Was haben Angela Merkel, Bismarck und Hitler gemeinsam? Sie dienen derzeit französischen Parteien und Medien, um eine antideutsche Haltung zu schüren.

Seit einigen Wochen hat die Sozialistische Partei Frankreichs (PS) Deutschland ganz speziell ins Visier genommen. Erwartungsgemäß schimpft auch der nationalkonservative Front National (FN) von Marine Le Pen auf Deutschland, seitdem das Gerücht im Umlauf ist, dass die projizierte EU-Reform Europa nach deutschem Modell gestalten wird. Der FN ist sowieso für den Ausstieg Frankreichs aus dem Euro und aus der EU. Dass die Sozialisten dagegen antideutsche Affekte entwickeln, ist neu. Nach der jüngsten Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy vor 5000 Anhängern in Toulon am 1. Dezember war es in beiden Parteien nur ein Aufschrei: Sarkozy verkauft Frankreich an Deutschland. In dieser Rede, in welcher es häufig um die Reform der EU ging, hatte Sarkozy eine noch engere „Konvergenz“ zwischen Deutschland und Frankreich ins Auge gefasst. Mit gespitztem Mund und strengem Gesicht warf die Sozialistenchefin Martine Aubry, die immerhin die Tochter des früheren EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors, eines Intimus von Helmut Kohl, ist, dem Präsidenten vor, dass er demütig nach der Pfeife der deutschen Kanzlerin tanze. Marine Le Pen wurde noch deutlicher und äußerte, dass sich Sarkozy von Deutschland unterjochen ließe und dass die deutsche Kanzlerin „ein Europa mit der Peitsche“ vorbereite.



Hat es sich bald ausgeküsst? Sollte Sarkozy 2012 abgewählt werden, dürfte sein sozialistischer Nachfolger Francois Hollande für alle sichtbar auf Distanz zu Merkel gehen Bild: pa

Eine wahre Schimpfkanonade von antideutschen Vorurteilen schießt derzeit vor allem von links über den Rhein und die einst bei den Franzosen populäre Bundeskanzlerin verkörpert inzwischen die „bösen Germanenstämme“. Deutschland steht nicht mehr an der Spitze der Beliebtheitsskala und es mehren sich die Anzeichen einer Abkühlung des Verhältnisses. Nur noch einige Konservative, an der Spitze Sarkozy und Premierminister Fran-çois Fillon, trauen sich noch, das „deutsche Modell“ zu loben.

In seinem gerade erschienenen Roman „Rosewood“ surft der ehemalige französische TV-Korrespondent in Bonn, der Lothringer Michel Meyer, auf diesem Zeitgeist. Er nimmt den terroristischen Mordanschlag auf den damaligen Chef der Deutschen Bank Alfred Herrhausen im Dezember 1989 zum Anlass, „Deutschland heute“ als eine Spionengrube und einen Sumpf von dunklen Machenschaften darzustellen. Dieser populistische Autor legt einer seiner Romanfiguren bezüglich der Bundesrepublik Deutschland die Worte in den Mund: „Der Kult des Bunkers, die Walküren im Walhalla, der Endsiegmythos und die lutheranischen Pastoren, das gibt es doch.“ Über diese delikate Anspielung auf ihren Vater in Verbindung mit Wotan und Hitler kann sich die Kanzlerin bestimmt nicht freuen.

So wird Deutschland derzeit von selbsternannten französischen „Deutschlandexperten“ karikiert. Kein Wunder, dass prominente Sozialisten in Sachen Deutschlandbeschimpfung miteinander wetteifern. So kritisierte das PS-Vorstandsmitglied Arnaud Montebourg die „Politik à la Bismarck“ von Merkel. Sein Parteigenosse, der Abgeordnete Jean-Marie Le Guen verglich Sarkozy mit dem damaligen französischen Minister Daladier, der 1938 Hitler in der Hoffnung, Frieden zu stiften, die Herrschaft über das Sudetenland zugestand. Merkel steht demnach für Bismarck und Hitler. Der Journalist Guillaume Perrault lobte hingegen im Sarkozy-nahen „Le Figaro“ die Zurückhaltung der deutschen Politiker, die sich nicht erdreisten würden, „die Haltung von Sarkozy mit der Unnachgiebigkeit von Clemenceau beim Versailler Vertrag oder mit der Härte von Ludwig XIV., der die Pfalz verwüsten ließ, zu vergleichen“.

Deutschland als Sumpf dunkler Machenschaften

Außenminister Alain Juppé musste einen Warnruf ausstoßen. Im „Le Figaro“ erklärte er: „Ich bin wirklich empört zu sehen, dass heute vor lauter politischer Häme eine bestimmte Anzahl von führenden sozialistischen Politikern die rote Linie übertreten hat ... Die Sozialistische Partei nimmt das Risiko auf sich, die alten Dämonen der Germanophobie heraufzubeschwören. Es ist ... unverantwortlich. Niemand ist berechtigt, damit zu spielen. Will das Programm der sozialistischen Partei die Geschichte um 100 Jahre zurückdrehen? Seit dem Elysée-Vertrag von 1963 haben sich Deutschland und Frankreich versöhnt und alle Staatspräsidenten, auch die linken unter ihnen, haben diese Lage bevorzugt. Wir wollen dieses Erbe aufrechterhalten. Sonst wird alles wieder möglich, auch das Schlimmste.“

Für den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten François Hollande stellt sich die Frage, wie er Merkel nach all dem gegenübertreten will, sollte er im Mai 2012 Staatspräsident werden. Ein Kuss auf die Wange der Deutschen, wie mit Sarkozy üblich, kommt dabei sicher nicht in Frage. Hollande meinte, er würde „standfest“ bleiben, wenn er mit der Deutschen verhandeln würde, er „respektiere“ sie jedoch. Sein Wahlkampfleiter, der Diplomat Pierre Moscovici, versuchte die Wellen zu glätten, indem er sagte: „Die Linke soll auf keinen Fall Ressentiments und antideutsche Gefühle wieder ins Leben rufen ... Das deutsch-französische Paar ist notwendiger denn je, um aus der Krise herauszukommen.“ Natürlich gefällt es den französischen Linken nicht, dass Merkel den europäischen Partnern, darunter auch Frankreich, eine Rosskur an Sparsamkeit empfiehlt. Sie versuchen doch, mit großzügigen finanziellen und sozialen Versprechungen Wähler zu locken.

Es hilft auch den Deutschlandhassern, dass die meisten Franzosen in Sachen Deutschland Ignoranten sind. Kaum einer hat je dort gelebt oder gearbeitet. Seit rund 15 Jahren verbreitet sich in französischen Schulen und Hochschulen das Fach Spanisch auf Kosten des Fachs Deutsch. Wollen denn die jungen Franzosen nach Spanien (40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit) statt nach Deutschland arbeiten gehen? *Jean-Paul Picaper*

MELDUNGEN

»Die Linke« klagt gegen Rot-Grün

Düsseldorf – Lange hat die Partei „Die Linke“ die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen gestützt, doch nun reicht sie Klage vor dem Landesverfassungsgerichtshof ein. „Die Linke“ will wegen verspäteter Einbringung des Haushaltes 2012 klagen, da der erst im Frühjahr beschlossen werden soll. Nachdem bereits die CDU 2011 gegen den Nachtragshaushalt der SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft erfolgreich geklagt hat, erhofft sich nun „Die Linke“ Ähnliches. Sie ist überzeugt, dass Kraft den Haushalt 2012 bewusst nicht in diesem Jahr zu Abstimmung stellen will, da sie fürchtet, dass der aus Sicht der Linkspartei „unsoziale“ Haushalt abgelehnt wird und so vorzeitige Neuwahlen anstehen. Da Rot-Grün aber seit einiger Zeit von der FDP gestützt wird, ist ein Scheitern des Haushaltes jedoch gar nicht so wahrscheinlich. *Bel*

Geld für »Kampf gegen Rechts«

Berlin – Die SPD wehrt sich massiv gegen die für 2012 geplanten Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Gerade nach der Aufdeckung der Zwickauer Terrorzelle und in Zeiten von NPD-Wahlerfolgen dürfe man die Mittel nicht um 3,5 Millionen Euro um 21 Prozent kürzen, da sich gerade die BpB doch sehr im „Kampf gegen Rechts“ engagiere. Die BpB wird von dem ehemaligen SPD-Abgeordneten Thomas Krüger geleitet. Sie ist bereits mehrfach in die Kritik geraten, unter anderem weil sie gegen Evangelikale Stimmung machte, sich nach einem Beitrag von *PAZ*-Autor Konrad Löw nachträglich unfein von ihm distanzierte und nicht alle der 430 von ihr geförderten Träger der politischen Bildung lupenreine Demokraten sind. *Bel*

Brüssel soll Grünen helfen

Widerstand gegen polnische AKW-Pläne – Ökonomisch nicht tragbar

Planungen polnischer Behörden sehen im nächsten Jahrzehnt den Bau mehrerer Atomkraftwerke vor. Während Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck bei einem Warschau-Besuch lediglich vorsichtige Kritik vorgebracht hat, scheinen Brandenburgs Grüne gegen die polnischen Pläne sogar ernsthaft vorgehen zu wollen. Angriffspunkte wurden in einem Rechtsgutachten zusammengetragen, das von den Grünen-Landtagsfraktionen in Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern in Auftrag gegeben wurde: Nach Meinung der Gutachterin Cornelia Ziehm weisen die polnischen Planungen „erhebliche Defizite, die überarbeitet werden müssen“, auf.

Nach Ansicht der Berliner Juristin muss infolge der Mängel das Verfahren für das Atomenergieprogramm in Polen komplett neu gestartet werden. Ob sich polnische Gerichte dieser Ansicht anschließen werden, bleibt abzuwarten. Verzögert, wenn nicht sogar zu Fall gebracht werden könnten die polnischen Pläne aber auf einem anderen Feld: bei Verstößen gegen EU-Recht, die es bei den Planungen scheinbar massiv gegeben hat. Wie bereits in der Vergangenheit – etwa bei EU-Fördergeldern, die von Brüssel für den Schienenverkehr genehmigt, von Warschau aber beinahe in den Bau von Autobahnen umgeleitet worden wären – scheint auch im Fall des Atomprogramms EU-Recht von den polnischen Behörden eher nach Gutdünken interpretiert worden zu sein: Vorgeschrieben sind grenzüberschreitende Konsultationen, bei denen Anrainer Bedenken geltend machen können. Die Frist für derartige Konsultationen der Nachbarländer würde Ende 2012 ablaufen.

Königsberger AKW macht den Polen Konkurrenz

Tatsächlich ist die Entscheidungsfindung der polnischen Behörden jedoch im Wesentlichen bereits abgeschlossen. Eine Steilvorlage, das gesamte Projekt mit Hilfe des EU-Wettbewerbsrechts zu Fall zu bringen, ist die Einräumung eines Marktmonopols für den Investor, dem nach bisherigen Planungen ein Monopol auf dem Strommarkt eingeräumt werden soll.

Inwieweit das geplante Atomprogramm ohne Monopolstellung für einen Investor wirtschaftlich überhaupt noch Sinn hat, ist fraglich. Die Mehrzahl der geplanten Reaktoren wird zu einer Zeit in Betrieb gehen, in der mit deutlich anziehenden Uranpreisen zu rechnen ist. Schätzungen zur sogenannten strategischen Reichweite bei Uran gehen davon aus, dass bei der heutigen Förderung bereits ab 2040 die Vorräte weltweit verbraucht sein werden. Allein China, dessen Aufkäufer im Rahmen einer langfristigen Einkaufsplanung derzeit die Weltmärkte abgrasen, will bis 2030 insgesamt 60 atomare Energieanlagen in Betrieb haben.

Ob es in so einer Situation noch sinnvoll ist, als Land mit eigenen reichen Kohlevorkommen ein Atomprogramm komplett neu aus dem Boden zu stampfen, sei dahingestellt. Auch im Hinblick auf Stromexporte für den deutschen Markt wird das polnische Vorhaben zu spät kommen. Die russische Atomholding Rosatom wird bereits im Jahr 2015 im Gebiet um Königsberg ein Atomkraftwerk mit einer Leistung von 2300 Megawatt in Betrieb nehmen. Für Königsberg allein ist die Anlage überdimensioniert und scheint von vornherein auf Stromexporte nach Polen, Litauen und Deutschland ausgelegt zu sein. *N. Hanert*

Bloß nicht betonen

Angst vor »Islamophobie«-Vorwurf behindert Ursachenforschung

Möglicherweise hat sich Familienministerin Kristina Schröder in den letzten Monaten gefragt, wozu sie sich den Stress antut, Beruf und Baby miteinander zu vereinbaren, wenn sie im Job derzeit nur Gegenwind spürt. Egal ob Betreuungsgeld, Frauenquote oder „Kampf gegen Rechts“, der für Schröder eher ein „Kampf gegen Extremisten“ sein sollte; ständig mischen andere Minister oder Parteikollegen sich in ihr Ressort ein. Und nun auch noch der Streit um das Thema Zwangsehen, bei dem Schröder von den mit einer Studie beauftragten Wissenschaftlern vorgeworfen wird, sie schüre Islamophobie.

Fakt ist, dass die Ministerin sich nicht wissenschaftlich exakt ausgedrückt hat. Insofern regen sich die an der Studie beteiligten Wissenschaftler zu Recht auf, allerdings bleiben die Aussagen, die Schröder getätigt hat, deswegen von der Tendenz her richtig.

Um den Wirbel um die Interpretation der Studienergebnisse zu verstehen, muss man auch wissen, dass die Wissenschaftler eigentlich dagegen waren, den ethnischen und religiösen Hintergrund der von Zwangsverheiratung Betroffenen zu ermitteln. Nur auf Druck des Ministeriums war man bereit, zumindest die in den 830 Beratungsstellen tätigen Mitarbeiter zu fragen, welchen ethnischen und religiösen Hintergrund die Hilfesuchenden ihrer Meinung nach hatten. So kam heraus, dass – so die von den Wissenschaftlern gewünschte, korrekte Formulierung – „Beraterinnen und Berater“ angaben, „dass sie davon ausgehen, dass 83,4 Prozent der Eltern der Betroffenen vermutlich muslimischer Herkunft sind“. Schröder hingegen hatte in einem „FAZ“-Beitrag gesagt, dass „nach Angaben der von Zwangsverheiratung Betroffenen 83,4 Prozent der Eltern Muslime seien“ und somit eine falsche Quelle genannt. Doch für die Ministerin ändert das nichts am Inhalt ihrer Aussage. „Wer den gemachten Angaben die Zuverlässigkeit abspricht und sie als Vermutung abtut, wirft damit praktisch den Beratungsstellen vor, leichtfertig oder vorsätzlich falsche Angaben gemacht zu haben. Gegen diesen Vorwurf nehmen wir die Beratungsstellen ausdrücklich in Schutz“, konterte Schröders Sprecher Christoph Steegmans auf die Anfeindungen.



Ministerin unter Druck: Kristina Schröder Bild: O. Lang/dapd

Offenbar hören einige Kreise nicht gern, dass Zwangsverheiratung ein überwiegend muslimisches Problem ist, doch die Ministerin ist nicht bereit, die Realität aus Sorge vor dem Vorwurf, Islamophobie zu schüren, zu verbergen. Letztendlich muss man die Ursachen eines Problems kennen, denn nur so kann man es beheben.

Und so hat sie für 2012 eine bundesweite Telefonanlaufstelle auch für von Zwangsheirat Betroffene angekündigt. Und da hiervon eben vor allem muslimische Frauen und seltener auch Männer betroffen sind, sprechen die Helfer nicht nur Deutsch, sondern eben auch die Sprachen der Herkunftsländer der Betroffenen. Die Kosten für das Telefon-Projekt „Gewalt gegen Frauen“ werden für 2012 auf etwa 3,1 Millionen Euro veranschlagt, ab 2013 mit jährlich etwa sechs Millionen Euro. *Bel*

MELDUNGEN

Keine Jobs für Ex-Taliban

Kabul – Das schlechte Ergebnis des Aussteigerprogramms für Taliban rückte anlässlich der Afghanistankonferenz auf dem Bonner Petersberg in den Vordergrund. Das für fünf Jahre mit fünf Millionen Euro ausgestattete Programm führe 2000 reintegrationswillige Taliban, doch bisher wurden für die wenigsten von ihnen Arbeitsplätze gefunden. Bisher wurden laut Informationen des „Spiegel“ nur 170 in Jobs vermittelt. Hierbei handelte es sich um ein von Deutschland finanziertes Minenräumungsprogramm. In Deutschland wirft die Opposition Schwarz-Gelb vor, dass das Scheitern dieses Programms beweise, dass man „kein Konzept für Afghanistan“ habe. *Bel*

Kaschmir entdeckt Scharia

Neu-Delhi – Indiens Demokraten schlagen Alarm. Sie fürchten eine „Talibanisierung“ des Bundesstaates Kaschmir, der mehrheitlich von Muslimen bewohnt wird und an Pakistan grenzt. Anlass dazu gibt die Verhaftung des anglikanischen Pastors Channa Mani Khanna. Er wird vor ein Scharia-Gericht gezerrt, weil er sieben Muslime zum christlichen Glauben bekehrt haben soll. Der Council of Indian Christians stellt fest, dass das Recht auf Religionsfreiheit im Vielvölkerstaat Indien von der Verfassung garantiert sei, ein die Menschenrechte ausklammerndes Scharia-Gericht also gegen geltendes Gesetz verstoße. In der seit 1957 zu Indien gehörenden Region Kaschmir mit ihren zehn Millionen Bewohnern war es in der Vergangenheit zu religiös motivierten Unruhen sowie zu bewaffneten Konflikten mit der islamischen Republik Pakistan gekommen. 2007 erklärte die Terrororganisation Al Kaida den Heiligen Krieg gegen Indien in der Kaschmirfrage. *J.F.*

Russen fürchten Stillstand

»Einiges Russland« erleidet Wahlschlappe – Massenproteste gegen Putin und Medwedjew

Am 4. Dezember waren die Russen zur landesweiten Parlamentswahl aufgerufen. Dass die Regierungspartei „Einiges Russland“ wieder die Mehrheit erlangen würde, stand längst fest. Umso überraschender ist der Ausgang: Dass die Partei trotz großzügiger Wahlversprechen, massiver Beeinflussung der Wähler und Unterdrückung der Opposition rund ein Drittel ihrer Sitze in der Staatsduma verlieren würde, kam für die meisten völlig überraschend.

Schon bei der Vorbereitung des Wahlkampfes wusste die Regierung, dass die Zustimmung für ihre Partei „Einiges Russland“ diesmal geringer ausfallen würde als bei den vorangegangenen Wahlen. Seit längerem ist die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der „Partei der Bürokraten“ sowie der Unmut über die Regierung spürbar. Bei einer Wahlveranstaltung wurde Wladimir Putin sogar ausgepfiffen, eine für ihn bislang nie dagewesene Situation, mit der er sichtlich nicht umzugehen wusste.

Die Angst vor einer starken Opposition muss groß gewesen sein, denn der Kreml sorgte im Vorfeld dafür, dass „Einiges Russland“ erneut die Mehrheit der Stimmen erhalten würde: durch Druck auf Gouverneure, Wahlkommissionen und Medien und nicht zuletzt auf Oppositionspolitiker. In Moskau erhielten vergangene Woche die Parteichefs Eduard Limonow vom „Ein anderes Russland“, Sergej Udalzow von der „Linken Front“ und Politiker anderer Vereinigungen, die alle nicht zur Wahl zugelassen waren, Vorladungen vom Polizeirevier, weil sie Protestkundgebungen am Wahltag angekündigt hatten. Die Hauptstadt hatte deshalb schon Tage vor der Wahl aufgerüstet. Über 50 000 Polizisten und Sicherheitskräfte waren im Einsatz, um Straßen und Plätze abzuriegeln.

Galt die Opposition in Russland bislang als nicht existent oder lediglich als Betätigungsfeld weniger Spinner, muss dieses Bild spätesten seit vergangenem Sonntag revidiert werden. Nicht nur, dass Oppositionelle in jedem Monat mit 31 Tagen am Monatsletzten Proteste organisieren – bei denen die Organisatoren regelmäßig verhaftet werden –, am Wahltag gingen trotz massiver Polizeipräsenz bis zu 10 000 Menschen allein in Moskau auf die Straße, um gegen Putin und Medwedjew zu demonstrieren. „Eure Wahl ist eine Farce“ und „Ohne Opposition ist die Wahl ein Verbrechen“ lauteten ihre Parolen. „Reporter ohne Grenzen“ berichtet von Behinderungen der Presse. Journalisten wurden bei ihrer Arbeit behindert, im Internet waren die Online-Ausgaben der letzten unabhängigen Medien einfach abgeschaltet. Davon

> Die Menschen haben die Nase voll von ihrer Regierung

betroffen waren auch der Radiosender „Moskauer Echo“ sowie die Zeitungen „Kommersant“ und „Gazeta.ru“.



„Eure Wahlen sind eine Farce“: Oppositionelle protestieren gegen Wladimir Putin Bild: AP

Trotz aller Bemühungen fiel am Wahlabend das Ergebnis für „Einiges Russland“ schlechter aus als erwartet. Hatte das Regierungstandem mit 52 bis 55 Prozent gerechnet, waren es am Ende nur knapp 50. Statt der absoluten Mehrheit verfügt die Partei nur noch über eine einfache. In den Regionen zeigten sich große Unterschiede. Während die Partei im Kaukasus weiterhin die absolute Mehrheit erhielt, verlor sie besonders stark in Zentralrussland und im Nordwesten, hier besonders im Königberger Gebiet, in St. Petersburg und Karelien. „Russland ist zweigeteilt: In das ‚Einige‘ und das andere“, sagte ein Beobachter.

Die Menschen in Russland haben offensichtlich die Nase voll von ihrer Regierung. Die Frage, ob das Ergebnis wohl anders ausgefallen wäre, wenn Putin mit seiner Ankündigung des geplanten Ämtertauschs mit Medwedjew bis nach der Wahl gewartet hätte, ist mit einem klaren Nein zu beantworten. Denn die Menschen sind auch von Medwedjew enttäuscht. Bei seinem Amtsantritt hatte er die Hoffnung geweckt, durch die angekündigte Modernisierung ein liberales Russland zu schaffen. Zeitweise schien es sogar so, als würde Medwedjew sich von seinem Ziehvater Putin emanzipieren und eigene Ziele und Vorstellungen durchsetzen, doch als sich immer klarer abzeichnete, wer das Zepter in der Hand hält und dass das Thema Modernisierung ein mediales und kein reales war, konnten viele den Präsidenten nicht mehr ernstnehmen.

Vor Putins Rückkehr auf den Präsidentensessel fürchten sich indessen nicht nur Oppositionelle. Auch diejenigen, denen Politik im Großen und Ganzen egal ist, befürchten eine Zeit des Stillstands und dass Russland sich unter Putin in eine Art Post-Sowjetunion zurückentwickeln wird. Denn soviel ist sicher: Wenn Wladimir Putin erst einmal Präsident ist, wird er es für viele Jahre bleiben. Weil er schon kurz nach Übernahme des Premierministerpostens per Gesetz die Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sechs Jahre erhöhen ließ, kann „Putin 2.0“, wie er scherzhaft bezeichnet wird, bis 2024 regieren. Vorausgesetzt er schafft es, sein Volk ohne allzu große Repressalien von sich zu überzeugen.

Vor der Präsidentschaftswahl am 4. März 2012 bleibt dem Premier also noch genügend Zeit, sein angeschlagenes Image zu verbessern. Das dürfte ihm nicht schwer fallen, denn er versteht es wie kein anderer, sich der Medien zu bedienen, um sich ins rechte Licht zu rücken. Auch vor der jüngsten Parlamentswahl hatten diese einseitig zugunsten „Einiges Russland“ berichtet. Für die Wahlschlappe werden Dmitrij Medwedjew und vielleicht noch ein paar Parteigrößen geradestehen müssen. Das glauben zumindest die Kritiker.

Manuela Rosenthal-Kappi

Von Athen blockiert

Griechenland giftet gegen Makedonien

Das kleine Makedonien (2,1 Millionen Einwohner) blickt in Hoffen und Bangen in die Zukunft, wobei ihm Sicherheit und Wirtschaft kaum Sorgen bereiten. Die Republik hofft, beim Nato-Gipfel in Chicago (Mai 2012) als westbalkanischer Stabilitätsfaktor endlich Nato-Mitglied zu werden, wie es ihr oft versprochen wurde. Ökonomisch ist sie auch attraktiv, da ihre Wirtschaft 2010 um 3,4 Prozent, 2011 um 5,1 Prozent wuchs und 2012 erneut um 4,5 Prozent zulegen wird. Die Inflation wird bei 2,5 Prozent liegen und die Arbeitslosigkeit bei 29,5 Prozent (nach 39 Prozent noch vor einigen Jahren). 2012 will man in Landwirtschaft, Infrastruktur und Verkehr investieren, letzteres mit Blick auf die Vekehrskorridore 8 und 10, wofür große internationale Mittel bereitstehen.

> Nördlicher Nachbar offenbar zu erfolgreich

Makedoniens Verschuldung beträgt 26,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und liegt somit deutlich niedriger als bei allen EU-Mitgliedern. Laut jüngstem Bericht von Transparency International liegt Makedonien im Korruptionsindex unter 182 Ländern auf Platz 69 vor seinem Nachbarland Griechenland (80). Den „Schnitt“ drücken die 500 000 Albaner in Makedonien, deren laxer Umgang mit Recht und Gesetz berüchtigt ist.

Im Frühjahr 2001 bekam Makedonien von der EU das erste Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen des Westbalkans, seither wurde ihm dreimal der Beginn von Beitrittsverhandlungen zugesagt, den Außenminister Nikola Popovski Anfang Dezember in Brüssel erneut einforderte. Die EU kuscht vor Athen, das Makedonien eine „Politik der territorialen Ansprüche“ vorwirft und dem kleinen Nachbarn den Zugang zu Nato und EU blockiert. Damit verstößt es gegen das makedonisch-griechische „Interimsabkommen“ vom September 1995, wogegen Skopje vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag klagt.

Es geht ihm um die „Gültigkeit des Interimsabkommens“, das die Griechen verletzt haben, wie das Gericht am 5. Dezember mit 14 gegen eine Stimme befand. Dieses Votum, verbindlich für alle UN-Mitglieder, will Athen nun mit der Annullierung des Abkommens konterkarieren und den makedonischen Nato-Beitritt als „Frühere Jugoslawische Republik Makedonien“ verhindern. Dagegen hat Premier Nikola Gruevski vertrauensbildende Gespräche angeregt.

Wolf Oschlies

Viel Stoff für US-Satireshows

Mögliche Präsidentschaftskandidaten der Republikaner machen sich selbst unwählbar

Mit 2012 steht den USA ein dramatisches Wahljahr bevor. Die Spannung steigt langsam auf einen Höhepunkt – und damit die Nervosität der Republikaner. Wer von ihren acht Kandidaten wäre am besten geeignet, den amtierenden Präsidenten Barack Obama von den Demokraten zu schlagen? Ab Januar beginnen die Vorwahlen für die Kür des Präsidentschaftskandidaten. Ein Staat nach dem anderen – beginnend mit Iowa und endend im Juni mit Kalifornien – entscheidet mit seinen registrierten republikanischen Parteimitgliedern, wer die meisten Stimmen erhält.

Was wie ein normaler demokratischer Akt aussieht, ist bisher jedenfalls in Gefahr, eine Farce zu werden. Kandidaten aus ganz anderen Bereichen als der Politik glaubten sich zunächst berufen, das Land aus der Krise zu führen. So der Millionär Donald Trump. Zum Bedauern mancher und der Erleichterung vieler stieg er rechtzeitig aus. Dann hielt Tea-Party-Aktivistin Sarah Palin die US-Bürger in Atem: Würde sie oder würde sie nicht kandidieren? Zum Bedauern der satirischen politischen TV-Shows warf auch sie das Handtuch. Und so kristallisierten sich acht Bewerber heraus, die seither in Fernsehdebatten und Reisen kreuz und quer durch die USA ihre Eignung für das mächtigste Amt der Welt bekunden. Doch zum Entsetzen der eigenen Partei gerieten die Fernsehdebatten zu oft zirkusartigen Schlachten mit Pannen.

Eindeutiger Favorit war zunächst der Ex-Gouverneur von Massachusetts Mitt Romney. Doch der ist dem Volk zu hölzern und den Rechten, vor allem der Tea Party, zu liberal. Seine Gesundheitsreform in Massachusetts wurde eine Vorlage für Obamas Reform. Auch war er für Abtreibung und andere liberalere Dinge, was er dann opportunistisch zurückzog. Was der einzigen Dame im Rennen, Tea-Party-Anhängerin und Befürworterin von Folter (Waterboarding) Michelle Bachmann, Aufmerksamkeit bescherte, bis sie außenpolitische Unkenntniss offenbarte sowie die Enthüllung, dass ihr Mann, ein protestantischer Prediger, eine christliche „Umerziehung“ für Homosexuelle betreibt. Dafür schoss der charismatische Gouverneur von Texas, Rick Perry, ins Rampenlicht, Herr über den Hinrichtungs-Rekord im Land, doch auch einem solchen für die Schaffung von Jobs. Er ist religiös-konservativ gegen Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehe, hat aber auch ein Herz für illegale Immigranten-Kinder, die in Texas Beihilfe fürs College erhalten, was ihm schadete.

> Wenig Wissen, Affären und Folter

Perry jedoch machten plötzliche Gedächtnislücken in TV-Debatten zu schaffen. Und somit war auch er aus dem Rennen, was es dem republikanischen Paradiesvogel Herman Cain erlaubte, alle Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Einziger Schwarzer, reicher Geschäftsmann, Ex-Chef von Godfather-Pizza und der National Restaurant Association. Ein erzkonservativer, humorvoller Mensch, der kein Blatt vor den Mund nimmt und das Volk im Sturm eroberte. Er übertrumpfte Mitt Romney bis ... ja bis diverse Damen ihn lange vergangener angeblicher sexueller Belästigungen anklagten. Böse Zungen behaupteten gar, die Anklagen seien von einem Gegenkandidaten lanciert worden. Aber da Cain auch in Interviews seine außenpolitische Unkenntnis verriet – „Libyen ... ach ja, Libyen ... Wie war das noch?“ und „Der Präsident von Pakistan? Wie der heißt? Paky, Paky, Paky, ..stani, stani stani“ –, trat er kurz danach von der Kandidatur zurück.

Und so blieben noch der rebellische Texas-Abgeordnete Ron Paul, Ex-Utah-Gouverneur Jon Huntsman und der Ex-Senator von Pennsylvania Rick Santorum. Vor allem aber nach der letzten Debatte in Umfragen mit 24 Prozent an die Spitze geschossen der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich. Nach einem tiefen politischen Sturz vor zehn Jahren erlebt Gingrich möglicherweise ein Comeback.

Das Rennen dürfte sich nun hauptsächlich zwischen ihm und Romney abspielen, da beide an politischer Erfahrung das restliche Feld immer weiter zurücklassen. Wobei Romney hinter dem alten Hasen Gingrich verblasst. Die Tea Party aber liebt beide nicht.

Frohlocken tun bisher nur die Comedy-Shows über den unendlichen Stoff für Komik. „Conan O'Brien-Show“-Autor Rob Kutner: „Cain war der Pizza-Guy, und plötzlich ist er der geile Guy. Perry startete als der Exekutions-Guy. Jetzt ist er der bekloppte Guy. Man hält den Atem an. Das ist phantastisch für Satire.“ Jon Stewart von der liberalen „Daily Show“ bemerkte: „Viele gläubige Republikaner dachten, Rick Perry wäre die Antwort auf ihre Gebete. Stellt sich heraus, er ist die Antwort auf unsere.“ Und „Tonight-Show“-Moderator Jay Leno, eher republikanisch gesinnt, sieht es so: „Politische Experten sagen: Wenn Griechenland untergeht, geht die Weltbank unter. Dann geht die US-Wirtschaft unter, und das kostet Präsident Obama die Wahl. Aber er hat noch drei Chancen zu gewinnen: Rick Perry, Mitt Romney und Herman Cain.“

Liselotte Millauer

Den Damm gesprengt

EZB belässt erstmals mehr Geld auf dem Finanzmarkt, als sie nach Stabilitätskriterien dürfte

Überschüssige Liquidität gefährdet nun den Wert des Geldes und droht zur Gefahr für Arbeitnehmer, Rentner und Sparer zu werden.

Seit Mai 2010 hat die Europäische Zentralbank (EZB) Staatsanleihen von Italien, Spanien und Griechenland im Wert von 203 Milliarden Euro angekauft. Nach offizieller Lesart stellen die Aufkäufe keine Inflationsgefahr dar, da die zusätzliche Geldmenge im Nachhinein problemlos neutralisiert werden kann. Ende November ist die EZB aber genau an dieser Neutralisierung gescheitert. Eine scheinbar unspektakuläre Detailfrage: Statt 203,5 Milliarden Euro hat die EZB am 29. November nur 194,2 Milliarden Euro am Finanzmarkt wieder einsammeln können. Mit der Aktion sollte die durch Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB zusätzlich entstandene Geldmenge dem Markt wieder entzogen werden.

Das Belassen von neun Milliarden Euro im Markt scheint unbedeutend zu sein, tatsächlich könnte der Schritt sich allerdings im Nachhinein betrachtet als Testlauf zu einem zweiten Tabubruch der EZB herausstellen. Bereits der Beschluss zur Finanzierung von Staatsschulden durch die EZB, der im Mai 2010 gefallen ist, stellt einen Verstoß gegen die Vereinbarungen zur europäischen Währungsunion dar. Der den Banken von der EZB nun gebotene magere Zinssatz von lediglich 0,63 Prozent, mit der überschüssige Liquidität wieder eingesammelt werden sollte, wirft die Frage auf, ob die EZB ein Scheitern des Vorhabens bewusst einkalkuliert hat. Als sicher gilt, dass mit einem etwas attraktiveren Zinsangebot durch die EZB an die Banken die überschüssige Geldmenge dem Markt problemlos wieder hätte entzogen werden können.

Falls ein Scheitern einkalkuliert war, dann ist am 29. November der Startschuss zu einer allmählichen Ausweitung der Geldmenge gefallen. Der Verdacht, dass die EZB bewusst eine inflationäre Strategie fahren will, kommt nicht von ungefähr auf. Der Ruf nach einer „aktiveren Rolle der EZB“ nach dem Vorbild von US-Federal Reserve Bank und der Bank of England wird insbesondere in den Euro-Krisenländern immer lauter. Die beiden Zentralbanken betreiben durch Ankauf von Staatsanleihen mittlerweile ausgiebig die Staatsfinanzierung per Druckerpresse.

Zur Zufriedenheit der jeweiligen Finanzminister entlastet diese Politik vom Druck der Märkte. Die US-FED hat so umgerechnet zwei Billionen Euro bereitgestellt, die Bank of England für umgerechnet 300 Milliarden Euro britische Anleihen angekauft. Beide Zentralbanken haben darauf verzichtet, die entstandene zusätzliche Geldmenge an den Märkten wieder „abzuschöpfen“. Die Kehrseite der scheinbaren Stabilisierung der Lage wird gern verschwiegen: In Großbritannien bewegte sich die Preissteigerung in diesem Jahr im Bereich zwischen vier und fünf Prozent (Oktober 2011: 4,98 Prozent). In den USA stieg der amtliche Verbraucherpreisindex von 1,63 Prozent im Januar auf 3,52 Prozent im Oktober.

Bank of England und US-Fed fördern gezielt Inflation

Anzumerken ist, dass insbesondere die amtliche Teuerungsrate der USA nur unter starkem Vorbehalt zu sehen ist. Die Preissteigerungen werden anhand eines theoretischen Waren- und Dienstleistungskorbes ermittelt, dessen Zusammenstellung zahlreiche Manipulationsmöglichkeiten zulässt. Diese Möglichkeiten werden auch massiv genutzt, so dass offizielle US-Statistiken inzwischen – aufgrund des aufgewendeten Erfindungsreichtums zur Verschleierung unliebsamer Tatsachen – weltweit ebenso berühmt wie berüchtigt sind.

Der Ökonom John Williams beschäftigt sich bereits seit Jahrzehnten mit dem Problem der Manipulation amtlicher Statistiken in den USA. In seinem Informationsbrief „Shadow Government Statistics“ veröffentlicht er regelmäßig alternativ ermittelte Werte. Statt der offiziell verkündeten Teuerungsraten von weniger als vier Prozent in den USA kommt Williams zum Beispiel aktuell auf eine Rate, die weit über zehn Prozent liegt. Auf ähnliche Werte werden sich wahrscheinlich auch die Verbraucher in der Euro-Zone zukünftig einstellen müssen – zumindest wenn Lüder Gerken vom Freiburger Centrum für Europäische Politik mit seiner Prognose Recht behalten sollte. In einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ warnte der Wirtschaftsforscher davor, „dass die meisten Regierungen in der Euro-Zone und die Europäische Zentralbank politisch eine Inflationsrate von knapp unter zehn Prozent in Kauf nähmen ..., in der Hoffnung, dass die Deutschen dabei nicht allzu sehr aufmucken“.

Die Aussage Gerkens ist eine Erklärung für das gescheiterte Einsammeln von Liquidität durch die EZB am 29. November. Die EZB hätte damit einen ersten Schritt getan, die Schulden der Euro-Problemländer durch die Notenpresse wegzuinflationieren.

Wie so etwas funktionieren könnte, hat die Bank Morgan Stanley bereits am Beispiel der USA vorgerechnet: Bei einer Inflationsrate von neun Prozent im kommenden Jahrzehnt können die USA ihre heutige Schuldenquote weiterhin beibehalten. Erfolgreich angewendet haben die USA eine solche Strategie bereits, um die durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Staatsschulden verschwinden zu lassen. Neben Anleihen, die Banken und Versicherungen dem Staat zwangsweise zu äußerst niedrigen Zinsen abnehmen mussten, war eine bewusste Inflationspolitik das zweite Element zum „Abtragen“ der US-Staatsschulden. Die Leidtragenden einer solchen langfristigen staatlichen Teilentschuldung per Notenpresse sind Sparer, Arbeitnehmer und Rentner, die durch Geldwertverlust schleichend enteignet werden.

Norman Hanert



Foto: AP

Von den Amerikanern lernen? Die Aktion der EZB unter Präsident Mario Draghi (Mitte) erinnert an das Handeln der US-Notenbank Fed unter ihrem Chef Ben Bernanke (l.) und US-Finanzminister Timothy Geithner (r.)

KURZ NOTIERT

Zu viel Risiko bei Rentengeldern: Der Rechnungshof hat den Umgang der gesetzlichen Rentenversicherung mit ihrer 18,9-Milliarden-Euro-Reserve gerügt. Das Geld sei auf wenige Anlagen konzentriert und so einem hohen Risiko ausgesetzt. Außerdem würde das Vier-Augen-Prinzip nicht gewahrt. *Bel*

Zypern erhält Hilfe aus Moskau: Als einziges EU-Land erhält das hochverschuldete Zypern eine Finanzspritze aus dem Schwellenland Russland. Schon Mitte Dezember sollen 2,5 Milliarden Euro ausgezahlt werden. Wie die Außenministerin Erato Kozakou-Marcoullis der „Financial Times Deutschland“ sagte, sei der Kredit an keine Bedingungen geknüpft, sondern werde dank freundschaftlicher Beziehungen mit Russland gewährt. Der ehemals kommunistische Präsident Demetris Christofias steht Moskau nahe. *MRK*

Ermittlungen gegen Chef des griechischen Statistikamts: Wegen des Verdachts auf Untreue wird gegen den Chef des griechischen Statistikamts, Andreas Georgiou, ermittelt. Von einer ehemaligen Mitarbeiterin des Statistikamts wurde gegen ihn der Vorwurf erhoben, 2009 das Haushaltsdefizit Griechenlands künstlich von 13,4 Prozent auf 15,8 Prozent nach oben korrigiert zu haben, um so Reformen zu erzwingen. Sollte es zu einer Verurteilung des Amtschefs kommen, wäre die Verhängung einer lebenslänglichen Haft möglich. *N.H.*

Prädikat „CO_2-frei“ untersagt: Nachdem die Schweizerische Lauterkeitskommission für faire Werbung nach Beschwerde Kernkraftwerken untersagt hat, ihren Strom mit dem Prädikat „CO_2-frei“ zu bewerben, da beim Bau der Anlagen und beim Abbau von Uran Kohlendioxid freigesetzt wird, konterm nun die Atomkraftbefürworter. Nach ihrer Beschwerde darf nun auch die Umweltorganisation My Climate Windturbinen in der Türkei und zwei andere Projekte nicht mehr als „CO_2-frei“ bewerben, bis sie nachweist, dass dies auch der Fall ist. *Bel*

Angst vor dem gelben Mann

Chinas Geld ist erwünscht, seine Investoren sind gefürchtet

Huang Nubo, chinesischer Milliardär, bekam sie massiv zu spüren, die Angst des Westens vor den Geldmagnaten aus dem Reich der Mitte. Während gleichzeitig Europas Politiker wegen ihres umstrittenen Rettungsschirms für den angeschlagenen Euro um die Machthaber in Peking und deren Geldspritzen buhlen, fürchtet die Industrie des Westens den Einfluss der Chinesen als Investoren.

Huang Nubo, der in Island für 200 Millionen Dollar 300 Quadratkilometer Land zu einem umweltfreundlichen Luxusressort ausbauen wollte, wurde sogleich mit dem bösen Chinesen „Dr. No“ aus der James-Bond-Reihe verglichen. Islands Innenminister Ogmundur Jonasson sah in Nubo eine Gefahr für die Sicherheit seines Landes und sorgte für ein Gesetz, wonach außereuropäischen Ausländern der Erwerb großer Ländereien unmöglich wird. Die Nähe zu den arktischen Tiefwasserhäfen hatte das Misstrauen gegen den Milliardär geweckt, der eng mit der kommunistischen Partei seines Landes zusammenarbeitet und auf Platz 129 der Forbes-Liste für die reichsten 400 Chinesen rangiert.

Das Ergebnis der Ablehnung: Nicht nur Huang warnte seine Landsleute vor einem Engagement in Europa, sondern auch Bao Yunjun, Vorsitzender der privaten Economy Research Association, sprach davon, dass „eine Mentalität des Kalten Krieges private Investitionen aus China als Bedrohung der nationalen Sicherheit“ sehe.

Für solche Phobien wird erst recht im kommenden Jahr gesorgt, wenn die Regierung in Peking, wie bereits von Handelsminister Chen Deming angekündigt, eine große Delegation investitionsfreudiger Geschäftsleute nach Europa anführt. Der Chef der chinesischen Investment Corporation (CIC), Lou Jiwei, bekräftigte der englischen „Financial Times“ gegenüber, dass Interesse an Beteiligungen an Projekten der Infrastruktur bestehe. Großbritanniens Schatzminister Danny Alexander begrüßte den Entschluss als wegweisend. Allerdings, so die Forderungen aus dem Reich der Mitte, das mittlerweile zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Erde aufgestiegen ist und entsprechendes Selbstbewusstsein demonstriert, müsse sich die westliche Welt im Gegenzug durch den Abbau von Handelsschranken ebenfalls erkenntlich zeigen.

Handelsschranken sollen im Gegenzug abgebaut werden

Die CIC hatte 2007 damit begonnen, Teile der massiven Währungsreserven in Höhe von 2,2 Billionen Euro (Stand 2011) in solchen Vorhaben anzulegen, etwa beim kanadischen Minenbetreiber Teck Ressources. Grundsatz für ein Engagement ist stets der Gedanke, dass die Anlage in Bereichen zu erfolgen hat, die für die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft wichtig sind oder für die Weltwirtschaft strategische Bedeutung besitzt. Aus diesem Grund sind private Investitionen stets in Peking genehmigungspflichtig.

Nach der Definition von Chiang Hsien von Allianz Global Investors sehen kleine,private Firmen des Landes als die vier Kernindustrien ihrer geplanten Investments die Sparten Umweltschutz, Biotechnologie und die IT-Branche und hochwertige Ausrüstungsgüter an. So erwarb etwa der Chemietrust China National den norwegischen Solar-Siliziumhersteller Elkem. In Deutschland stehen die Transport- und Bauindustrie im Fokus der Geldanleger, die nun die Chancen aus den fiskalischen und ökonomischen Schwächen der westlichen Industrienationen nutzen wollen und sollen. *J. Feyerabend*

Gefährlicher Metallklau

Die Bahn im Visier von Dieben – Großer materieller Schaden

Bahnreisende auf dem Weg von Hannover nach Hamburg bemerken, dass ihr ICE nicht so recht Tempo aufnimmt. Den Grund dafür erfahren sie aus dem Lautsprecher: „Infolge eines Kupferdiebstahls an den Signalanlagen wird unser Zug umgeleitet.“

Was einst vergleichsweise harmlos mit entwendeten Einkaufswagen, gefolgt von Gullydeckeln begann, nimmt ungeahnte Ausmaße an. Am ärgsten betroffen vom Buntmetallraub erscheint dabei die Bahn. Mit demontierten Metallteilen erzielen skrupellose Diebe ansehnliche Gewinne. Da werden rasch 70 Meter Kupferkabel von der Trommel abgewickelt und, zu handlichen Teilen verkürzt, abtransportiert. Das bringt locker 700 Euro in die Kasse der Delinquenten. Bei ihren Raubzügen haben sie es neben Kabelrollen auf Oberleitungen, Weichen- und Telekommunikationskabel, ja sogar Schienenstränge, abgesehen. In der Regel stehen gut organisierte, eingespielte Banden dahinter, die eine adäquate Logistik aufbieten können, falls erforderlich auch schwere Gerätschaft ins Feld führen. Hier haben es Osteuropäer zu trauriger Berühmtheit gebracht. Stetig steigende „Nachfrage“ lässt unausweichlich den Schluss gesteuerter Auftragsklaus zu. Bevorzugt ins Visier genommen werden die relativ gering frequentierten Strecken in den neuen Bundesländern, mit dem Vorteil kürzerer Transportwege Richtung Osten. Aber auch der öffentliche Nahverkehr ist von den dreisten Machenschaften nicht gefeit.

Neben der Gefährdung von Menschenleben sieht sich die Bahn mit immens hohen Kosten konfrontiert. So wurden 2010 insgesamt 350 Tonnen Kupfer, 675 Tonnen Stahl und 1200 Tonnen andere Metalle entwendet. Dabei liegt der von den Tätern erzielte Gegenwert unter den Kosten, die dem Unternehmen an materiellem Schaden entsteht, den die Bahn mit zehn Millionen Euro beziffert. Zusätzlich schlagen anfallende Reparaturkosten zu Buche. In dieser Kalkulation sind weitere Folgekosten, hervorgerufen durch Verspätungen, noch nicht einmal berücksichtigt.

Eisenbahnschienen werden codiert, um Diebe zu verfolgen

Die Bahn versucht dieser Bedrohung mit neuen Techniken zu begegnen. Wo immer gestohlene Kabel auftauchen, kann dessen Weg nun leicht zurückverfolgt werden. Dank eines neuen Verfahrens werden Schienen und Stromkabel markiert. Diese Codierung ist präparierten Banknoten vergleichbar, deren Zahlencode nur unter speziellem Licht sichtbar wird. Durch den Einsatz künstlicher DNA, die sich auf Haut und Kleidung sowie Werkzeuge der Täter überträgt, können diese leichter überführt werden. Die ausgefeilte Technologie wird schwerpunktmäßig auf den vielfach heimgesuchten Strecken eingesetzt, so zwischen der Bundeshauptstadt und Hamburg.

Aber es sind nicht allein die höheren Margen, die man mit Kupfer erzielt. Der Diebstahl dieses Metalls ist mit den geringsten Hürden verbunden: Mit den Augen der Diebe betrachtet, liegen Rohre und Dachrinnen, relativ leicht zugänglich sowie hin und wieder nur unzulänglich gesichert, auf Baustellen an der Straße zur nächtlichen Abholung bereit. Einige Täter schrecken in ihrer Rücksichtslosigkeit nicht einmal mehr vor Grabschändung zurück: Auf dem weltgrößten Parkfriedhof Hamburg-Ohlsdorf holten sie eine 600 Kilogramm schwere Bronzestatue von Sokkel. *Michael Johnschwager*

Ideologen am Werk

Von Rebecca Bellano

Die Kritik an Familienministerin Kristina Schröder (s. S. 5), sie schüre Islamophobie, ist kontraproduktiv. Die Wissenschaftler tun ja gerade so, als ob Zwangsehen auch ein deutsches Phänomen seien. Mag sein, dass um 1900 auf dem Land so mancher Vater seiner Tochter nahegelegt hat, doch den reichen Bauern von nebenan zu heiraten, denn „Liebe vergeht, Hektar besteht“, aber schon damals dürfte ihr Nein das Thema vom Tisch gefegt haben. Für die Gegenwart steht jedoch außer Frage, dass das Thema Zwangsehen erst über Zuwanderer aus bestimmten Kulturkreisen nach Deutschland getragen wurde.

„Wer die gesellschaftliche Dimension von Religion negiert, macht einen methodischen Fehler, kommt in der Analyse zu schrägen Ergebnissen und zieht falsche Schlüsse“, schreibt die deutsch-türkische Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek in der „Welt“. Auch zeige die Studie, wie eine Migrationsforscherlobby in der Lage sei, Wissenschaft zu ideologisieren und Integrationsprobleme immer zunächst auf soziale, ökonomische und Bildungsdefizite zu reduzieren. Besser als Necla Kelek kann man es gar nicht auf den Punkt bringen. Hinzu kommt: Wer ein Problem nicht beim Namen nennt, behindert dessen Lösung.

Föderalismuskeule

Von Manuel Ruoff

Die Parlamente sind mal voller und mal leerer, aber immer voller Lehrer, wusste schon der weise Otto Graf Lambsdorff, und man darf von den Fröschen nicht erwarten, dass sie den Tümpel trockenlegen, in dem sie leben. Doch auch für die Nichtlehrer unter den Politikern birgt die Lehrerverbeamtung Vorteile. Für Angestellte müssen sofort Sozialbeiträge gezahlt werden, bei Verbeamtungen hingegen kommt das dicke Ende in Form hoher Pensionen erst, wenn die dafür verantwortlichen Politiker schon lange nicht mehr im Amt sind.

Und trotzdem gibt es ab und an einmal wieder ein Bundesland, das den Lehrern ihr Beamtenprivileg nehmen will. Zurzeit ist es Berlin. Da kommt dann die Föderalismuskeule zum Einsatz: Das Beamtenprivileg müsse wieder her, da sonst andere Bundesländer die guten Lehrer abwerben würden. Spekuliert wird dabei auf einen widersinnigen Wettbewerb um Lehramtskandidaten und Lehrer zwischen den Ländern auf Kosten des deutschen Steuerzahlers.

Natürlich haben die damaligen Besatzungsmächte den Föderalismus im Grundgesetz verankern lassen, um die Deutschen zu schwächen getreu dem Worte „Teile und herrsche“. Aber sicherlich hätten weder sie noch die Hüter des Grundgesetzes etwas dagegen, wenn sich die Landespolitiker einmal darauf einigen könnten, bundesweit Lehrer nur noch als Angestellte zu beschäftigen. Dann nämlich verlöre endlich die unselige Föderalismuskeule ihre Wirkung.

Falsche Freunde am Hindukusch

Von Jan Heitmann

Ein Treffen der Hoffnung sollte sie sein, die Bonner Afghanistan-Konferenz, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu dauerhafter Stabilität und Frieden am Hindukusch. Doch die Euphorie ist Ernüchterung und Enttäuschung gewichen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass einer der wichtigsten Akteure bei dem großen Treffen auf dem Petersberg fehlte: Pakistan. Dessen Außenministerin Hina Rabbani Khar hat sich nach einem Nato-Luftangriff, bei dem pakistanische Soldaten getötet wurden, in die Schmollecke zurückgezogen und ihre Teilnahme abgesagt. Wie klug von ihr, denn so konnte sie nicht mit dem konfrontiert werden, was westliche Geheimdienste unlängst herausgefunden haben: Eine unbekannte Zahl von Gefallenen der Isaf-Truppen geht auf das Konto des pakistanischen Geheimdienstes ISI. Denn der führt offenbar einen geheimen Terrorkrieg gegen den Westen. So sollen in Peshawar US-amerikanische Sturmgewehre nachgebaut und an die Taliban geliefert werden. Außerdem ist davon die Rede, dass Terroristen in Pakistan ausgebildet und über die Grenze nach Afghanistan geschleust werden. Um den Terror gegen die Friedenstruppen zu optimieren, soll Pakistan sogar vorhaben, gemeinsam mit dem Iran getarnte Trainingszentren einzurichten, um Aufständische für militärische Operationen, Sabotage und Selbstmordattentate auszubilden. Die Bundesregierung muss endlich erkennen, dass sie mit den Machthabern in Islamabad die falschen Freunde hofiert.

Afghanistan und Pakistan unterstützen den Terror

Nicht nur Pakistan bezahlt Terroristen, damit sie auf westliche Soldaten schießen. Auch der afghanische Geheimdienst NDS kooperiert mit Aufständischen. So gibt es Erkenntnisse, dass dieser hinter dem Anschlag auf einen Schützenpanzer der Bundeswehr steckt, bei dem im Juni ein Soldat getötet und fünf weitere verletzt wurden. Allzu laut empören dürfen wir Deutschen uns darüber eigentlich nicht. Unsere Soldaten und Polizisten haben den Auftrag, die afghanischen Sicherheitskräfte auszubilden. Und die scheinen gelehriger zu sein, als erwartet, denn offensichtlich haben sie genau geschaut, wie der Verfassungsschutz hierzulande agiert. Da kann es nicht verwundern, dass auch in Afghanistan die Grenze zwischen Geheimdienst und Terrorismus bis fast zur Unkenntlichkeit verwischt ist.

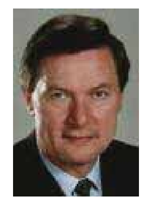
Selbst jenseits dieser Betrachtung, die zu Zynismus hinreichend Anlass gibt, ist generell festzustellen: Die westliche Friedensmission am Hindukusch ist gescheitert, mögen sich die rund 1000 Teilnehmer der Afghanistan-Konferenz auch noch so eifrig gegenseitig auf die Schultern klopfen. Frieden und Stabilität sind nicht in Sicht. Zehn Jahre nach Beginn des Engagements der westlichen Staatengemeinschaft herrschen dort stattdessen Terror, Korruption und Drogen und ein Präsident Hamid Karsai, dem zum Machterhalt jedes Mittel recht zu sein scheint.



Kein freundschaftlicher Handschlag, sondern nur symbolische Handlung ohne tieferen Wert: Statt Konzepte zur dauerhaften Konfliktlösung vorzulegen, brachten die Konferenzteilnehmer nicht viel mehr als gesichtswahrende Begründungen für den Abzug der ausländischen Truppen zustande

Bild: H. J. Knippertz/dapd

Gastkommentar



Ukraine und EU – Ist der Traum ausgeträumt?

Von Dr. Klaus Rose

In Brüssel war man ratlos. Da wurde die ehemalige Ministerpräsidentin der Ukraine, Julia Timoschenko, von den neuen Potentaten wegen „Amtsmissbrauchs“ zu sieben Jahren Haft verurteilt. Mag die mit ihrer Kornähren-Frisur charakteristische ukrainische Spitzenpolitikerin zwar auch nicht fehlerfrei gearbeitet haben, aber gleich von ihren Nachfolgern weggesperrt zu werden? Nein, das erinnerte doch zu sehr an die Praktiken längst vergangener Regime. Das konnte man in der EU nicht einfach durchgehen lassen. Aber hat nicht auch der Westen versagt?

Mitte Oktober entschloss man sich in Brüssel, den Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, kurz vor einem wichtigen Besuch wieder auszuladen. Die kolportierte Begründung war, dass man mit einem „solchen Politiker“ keine EU-Verbindung aufbauen wolle. Was hätte man in Brüssel der Ukraine angeboten? Nichts Geringeres als eine Freihandelszone sowie ein Assoziierungsabkommen, also die Vorstufe eines möglichen EU-Beitritts. Und jetzt? Verspielt man wegen der „Causa Timoschenko“ einfach die Zukunft? Oder steckt anderes dahinter?

Von gutem Willen beseelt, aber auch in knallharter Realpolitik traten nach dem Ende der Sowjetunion und seit der neuen Freiheit des ukrainischen Volkes praktisch alle Politiker und Publizisten für die Einbindung des jungen Staats in die europäischen Strukturen ein. In unmittelbarer Nachbarschaft zur immer selbstbewusster werdenden EU sollten nur Staaten und Gesellschaften sein, die sich „EU-gesittet“ benehmen. Das Rechts- und Sozialsystem sollte genauso passen wie die Wirtschaftsstruktur oder die Militärdoktrin. Deshalb strebten alle nach Kiew. Den Beitritt des 50 Millionen Einwohner starken Staates zur EU sah man im europäischen Interesse. Schon 1992 veranstaltete beispielsweise die Hanns-Seidel-Stiftung eine Konferenz in Kiew, um bei den Grundstrukturen der neuen Demokratie zu helfen. Auch der deutsche Verteidigungsausschuss reiste 1995 nach Kiew und Odessa – und von dort aus weiter nach Moskau, um die „Öffnung der Nato“ zu untermalen. Die jeweiligen Mitglieder der deutsch-ukrainischen Parlamentarier-Gruppe im Deutschen Bundestag waren intensiv beschäftigt, Veranstaltungen jeder Art, in Deutschland und in der Ukraine, zu organisieren und damit die Anbindung der Ukraine an den Westen zu erreichen.

Ab 1991 gab es Bemühungen zur Westintegration

Zunächst glaubte auch der Freistaat Bayern, auf alte Wurzeln zurückgreifen zu können. Kiew und München sollten enger zusammenrücken. Noch im Jahr 2007 war Ministerpräsident Edmund Stoiber in Kiew und auf der Krim aufgetreten. Er wurde hinterher in den bayerischen Medien folgendermaßen zitiert: „Stoiber sagt Ukraine Unterstützung zu“ und „Stoiber umwirbt die Ukraine“. Wörtlich hieß es: „Die Ukraine kann auf ihrem europäischen Weg mit der vollen Unterstützung der Bundesregierung und Bayerns rechnen.“

Betrachtete man damals die Ukraine noch aus dem hehren Blickwinkel der „Orangenen Revolution“, die 2004 die ganze freie Welt fasziniert? Hatte der außenpolitisch nicht sonderlich versierte Edmund Stoiber zu diesem Zeitpunkt noch nichts vom Wutschaum Pekings vernommen, das auf keinen Fall eine Ansteckungsgefahr zulassen wollte? Oder von der Abneigung Moskaus, das „an russischen Grenzen“ niemals die EU oder gar die Nato haben wollte? Das aber doch die baltischen Staaten als EU- und Nato-Länder vor die Nase gesetzt bekam? Jedenfalls dachte man bald bloß noch an einen „Pufferstaat“ Ukraine, der die beiden Blöcke auseinander halten sollte. Kam diese neuerliche Idee etwa von der Bedeutung des Wortes „Ukraine“, das man mit „Grenzland“ übersetzen kann? Denn irgendwie baute der Westen plötzlich hohe Hürden auf. Als sich die volle Demokratisierung nicht sofort einstellte, übrigens auch nicht in Bulgarien und Rumänien, ging der Westen zunehmend auf Distanz. Er brachte alle möglichen Gründe ins Spiel, um die vorher angestrebte EU-Integration nicht weiter verfolgen zu müssen. Da fragt man sich, ob der „russische Zukunftspfad“ wichtiger geworden war, weil man dort umworben oder bei Unbotmäßigkeit auch beschimpft wurde, was man wegen Erdgas- und anderer Geschäfte keinesfalls zulassen konnte.

Dann kam die unsägliche Debatte auf, maßgeblich auch von Edmund Stoiber: „Wer will denn noch alles in die EU?“ Bayern hatte inzwischen eine besonders liebevolle Beziehung zu Moskau entwickelt. Dort sitzen seit langem die großen bayerischen Unternehmen, dort sind bilaterale Wirtschaftsbüros eingerichtet, dort residiert die Hanns-Seidel-Stiftung – schon lange tagte sie nicht mehr in Kiew. Mit den kleinen Verwandten in Kiew hielt man keinen Kontakt mehr.

Im 9./10. Jahrhundert nach Christus gab es nicht Moskau, sondern das Großreich der Fürsten von Kiew, die „Kiewer Rus“. Deren Herrscher Wladimir, genannt der Heilige, nahm 988 das Christentum im byzantinischen Ritus an. Als im 13. Jahrhundert die Mongolen durch die Lande wüteten, zerbrach die Macht der Großfürsten von Kiew. Es entwickelten sich eigenständige Völker, die Russen oder auch die Weißrussen. Moskau blühte auf. Es beanspruchte die „Kiewer Rus“ als seine Vorgeschichte, ganz wie Deutsche und auch Franzosen Karl den Großen als ihren Urahn sehen. Mit der Unterbrechung durch die Zaren-Hochburg St. Petersburg blieb Moskau das Zentrum Russlands. Kiew aber lag im Brennpunkt verschiedener europäischer Mächte, von Polen und von Litauern und sogar von Schweden, die 1709 in Poltawa (Zentralukraine) eine Entscheidungsschlacht verloren. Man darf auch nicht die Kosaken vergessen, die ursprünglich Leibeigene waren und dann umso mehr ihre Freiheit betonten. Das Russland sich durch die polnischen Teilungen große Landstriche des eigentlichen ukrainischen Gebiets einverleibte und nicht mehr hergab, soll ebenfalls erwähnt sein.

Bedeuten Fußball-EM und Klitschko eine neue Sicht im Westen?

Heute lockt also das wiedererstandene Russland. Es ist vor allem der nationale Erwecker Wladimir Putin, der eine eurasische Union anstrebt und damit der „ruhmreichen“ Sowjetunion zu neuem Glanz verhelfen will. Mit einer Zollunion als Gegengewicht zur EU-Freihandelszone sollen Russland, Weißrussland, die Ukraine und Kasachstan verbunden werden. Präsident Viktor Janukowitsch denkt von seiner geografischen Herkunft und seinem politischen Lebenslauf zwar pro-russisch. Er weiß aber aus historischen Überlegungen, dass sein Land erneut im großen Russland verschwinden könnte. Denn als „Pufferstaat“ wird die Ukraine keine Überlebenschance haben.

Manchmal entsteht Großes aus Banalem. So wird sich im Jahr 2012 der europäische Blick wegen der Fußball-Europameisterschaft monatelang auf Polen und die Ukraine fokussieren. In deutschen Medien wird man viel über das Leben in der Ukraine hören und lesen. Die Geschichte wird bemüht, auch die gemeinsame polnisch-ukrainische Zusammenarbeit. Die europäischen Netzwerke können vertieft werden, grenzüberschreitende Verkehrssysteme neu aufgebaut entstehen. Doch bisher haben weder der Fußball noch das sympathische Auftreten der beiden Klitschko-Brüder etwas am Politik-Stil der Oligarchen und des ehemaligen Kommunisten Janukowitsch geändert. Die große Chance für wahre Demokratie und Freiheit scheint auf lange Zeit vertan. Aber dafür lebt es sich gut mit Moskau, nicht wahr?

Der CSU-Politiker Dr. Klaus Rose, geb. 1941, gehörte dem Bayerischen Landtag und von 1977 bis 2005 dem Bundestag an. In den Jahren 1997/98 war er Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium.

Die Nachtseite des Sozialismus kannte sie nicht

»Eine mütterliche Träumerin«: Zum Tode der deutschen Schriftstellerin Christa Wolf

Christa Wolf verteidigte die DDR als das moralisch bessere Deutschland. Noch im Dezember 1989, nach dem Mauerfall, unterzeichnete sie den Aufruf „Für unser Land“, der für eine Reform der DDR im Sinne eines menschlichen Sozialismus warb. Vielleicht ohne es selbst zu wissen, stand Christa Wolfs Schreiben in der Tradition des deutschen Idealismus.

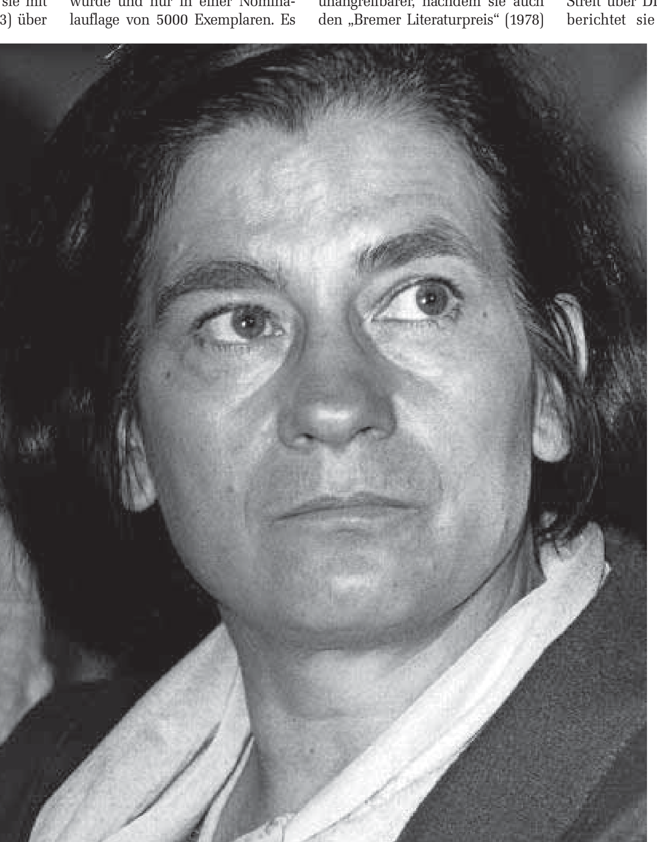
In ihrem Essay „Blickwechsel“ (1970) hatte die Schriftstellerin ein einschneidendes Erlebnis ihrer Jugend angedeutet: „Es war jener kalte Januarmorgen, als ich in aller Hast auf einem Lastwagen meine Stadt in Richtung Küstrin verließ und als ich mich sehr wundern musste, wie grau diese Stadt doch war, in der ich immer alles Licht und alle Farben gefunden hatte, die ich brauchte. Da sagte jemand in mir langsam und deutlich: Das siehst du niemals wieder.“ Ein aufmerksamer Beobachter der literarischen Produktion Christa Wolfs konnte ahnen, dass sie sich früher oder später des gewaltigen Stoffes von Flucht und Vertreibung annehmen würde.

Die am 18. März 1929 in Landsberg an der Warthe in Ostbrandenburg geborene Wolf geriet als Flüchtlingsmädchen mit ihren Eltern zunächst nach Mecklenburg. Sie war begeisterte Jungkommunistin, wurde 1949 SED-Mitglied und blieb es trotz aller Kritik an Staat und Gesellschaft bis Juni 1989. In Jena und Leipzig studierte sie Germanistik. 1951 heiratete sie ihren Studienfreund Gerhard Wolf, ihre beiden Töchter Annette und Katrin wurden 1952 und 1956 geboren. Nach dem Staatsexamen arbeitete sie als Verlagslektorin in Halle und als Redakteurin der Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“, lebte bis 1976 in Kleinmachnow in der märkischen Provinz und seitdem in Ost-Berlin.

> Sie rieb sich wund an der DDR in Treue zu ihr

Nach der Veröffentlichung der „Moskauer Novelle“ (1961), die heute vergessen ist, wurde sie mit „Der geteilte Himmel“ (1963) über Nacht berühmt. Es ist die Geschichte der gescheiterten Liebesbeziehung zwischen dem Chemiker Manfred Herrfurth (29), der die Ineffizienz sozialistischer Planwirtschaft erkennt und vor dem 13. August 1961 nach West-Berlin geht, und der Lehrerstudentin Rita Seidel (19), die ein Praktikum im Waggonwerk Halle-Ammendorf ableistet und in kindlicher Unschuld an den Sozialismus glaubt. Die Entscheidung gegen ihren Verlobten und für den Sozialismus überfordert ihre Kräfte. Während der Arbeit bricht sie zusammen und kommt für Wochen ins Krankenhaus: „Wer in der Welt hatte das Recht, einen Menschen ... vor solche Wahl zu stellen, die, wie immer er sich entschied, ein Stück von ihm forderte?“ Das Buch, das 1964 verfilmt wurde, löste eine heftige Diskussion aus, die kaum einzudämmen war. Die wichtigsten Stimmen sammelte Martin Reso in seinem Buch „‚Der geteilte Himmel‘ und seine Kritiker“ (1965). Schließlich beendete Horst Sindermann, SED-Bezirkssekretär von Halle, die Diskussion mit einem Machtwort: „Wenn auf einem Drittel Deutschlands die Arbeiterklasse gesiegt hat, ist das ein Glück.“

Sechs Jahre später kam es erneut zu Kontroversen mit der Partei über den Roman „Nachdenken über Christa T.“, der die Jahreszahl 1968 trug, aber erst 1969 ausgeliefert wurde und nur in einer Nominalauflage von 5000 Exemplaren. Es ging um den Tod einer jungen Lehrerin, die am Sozialismus zerbricht. Die Apologeten des „realen Sozialismus“ wie Max Walter Schulz warfen ihr daraufhin vor, mit ihrem Buch die „Arbeiterklasse“ verraten zu haben. Aber durch ihre auch in Westdeutschland erschienenen Romane, Erzählungen und Essaybände wurde ihre Position immer unangreifbarer, nachdem sie auch den „Bremer Literaturpreis“ (1978) und den „Georg-Büchner-Preis“ (1980) erhalten hatte. In ihrer Erzählung „Kassandra“ (1983) kritisierte sie schließlich auch die sowjetische Kriegsindustrie, eine Passage, die in der DDR-Ausgabe des Buches gestrichen wurde. In ihrem Textstück „Was bleibt“, 1979 entstanden, aber erst 1990 veröffentlicht, womit sie einen heftigen Streit über DDR-Literatur auslöste, berichtet sie vom unerwarteten Besuch einer jungen Kollegin, die, 1977 frisch entlassen aus dem Frauenzuchthaus Hoheneck im Erzgebirge, nach Ost-Berlin gefahren war und bei ihr an der Haustür geklingelt hatte. Sie nennt keinen Namen, es war die Lyrikerin Gabriele Kachold (1953), die wegen „Staatsverleumdung“ verurteilt war. Diese Welt da ganz unten, die Nachtseite des Sozialismus, kannte sie nicht und wollte sie nicht kennen. Der DDR-Lyriker Durs Grünbein (1962) begegnete ihr nach dem Mauerfall im Dezember 1989: „Sie konnte nicht fassen, was ich als Augenzeuge berichtete und am eigenen Leib erfahren hatte ... Hier saß einer der für den Kommunismus ewig verlorenen Söhne einer mütterlichen Träumerin gegenüber, und beide hatten wohl füreinander Mitleid.“



Ein deutsches Leben aus der Idee: Christa Wolf (1929–2011) Bild: pa

Christa Wolf hat das erlebt, was vier Millionen spätere DDR-Bürger auch erlebt haben: Flucht, Vertreibung, Heimatverlust. Eine Handvoll DDR-Schriftsteller, unter ihnen Werner Heiduczek aus Oberschlesien, Elisabeth Schulz-Semrau aus Ostpreußen, Ursula Höntsch-Harendt und Armin Müller aus Niederschlesien, haben versucht, diesen „ungeheuren Verlust“ (Max Frisch) literarisch zu bewältigen. Auch Wolfs Roman „Kindheitsmuster“ (1976) über ihre frühen Jahre in der Neumark und nach der Flucht in Mecklenburg, hat heftige Kritik erfahren müssen, obwohl sie sich bemüht hatte, die von der Roten Armee in den deutschen Ostgebieten angerichteten Vertreibungsverbrechen nicht in aller Grausamkeit zu beschreiben, sondern lediglich anzudeuten. Dass sie nicht offen darüber schreiben konnte, teilt sie ihren Lesern in diesem Buch auch unumwunden mit. So berichtet sie vom Besuch in einem Moskauer Krankenhaus, wo sie einen sowjetrussischen Geschichtsprofessor trifft, der im Sterben liegt und der sie tröstet: „Du würdest die Zeit erleben, da man offen und frei über alles werde reden und schreiben können.“

> »... da man offen und frei über alles werde schreiben können«

Das Romangeschehen verläuft auf drei Zeitebenen, deren unterste die Kindheit und Jugend der Nelly Jordan von 1932 bis 1947 in Landsberg und auf dem Land bei Schwerin ist. Die zweite Ebene ist eine Reise, die sie mit Ehemann, Bruder und Tochter 1971 in den Geburtsort Landsberg unternimmt, der polnisch Gorzów Wielkopolski heißt. Diese Erkundungsreise in die Vergangenheit soll der „Gedächtnisüberprüfung“ dienen. Die dritte Ebene schließlich, die Reflexionsebene, umfasst den von Selbstzweifeln überlagerten Vorgang der Niederschrift vom 3. November 1972 bis 2. Mai 1975. Die Vergewaltigungen aber während des Kriegsendes, die sie nicht ausklammern möchte, werden in ihrem Roman von desertierten Sowjetsoldaten begangen, nicht von der kämpfenden Truppe. Dass diese Deserteure aber, als sie deutsche Frauen vergewaltigten, Angehörige der Roten Armee waren, diese Schlussfolgerung überlässt sie dem Leser. Am Donnerstag Morgen vergangener Woche ist Christa Wolf im Alter von 82 Jahren in Berlin gestorben.

Jörg Bernhard Bilke

Fenster zum Himmel

Malermönche aus dem siebenbürgischen Kloster Sambata zu Gast im Glasmuseum Rheinbach

Die vorweihnachtliche Sonderausstellung des Spezialmuseums für Böhmisches Glas im Eifelstädtchen nahe Bonn zeigt unter dem Motto „Fenster zum Himmel“ eine Auswahl von 25 Hinterglasikonen. Die neue Kabinettausstellung im Glasmuseum wurde am 1. Advent im Beisein des Generalkonsuls von Rumänien in Bonn, Vlad Vasiliu, eröffnet. Drei Mönche aus dem siebenbürgischen Kloster Ober-Mühlendorf [Sambata de Sus] – dem bekannten rumänisch-orthodoxen Wallfahrtsort im Kreis Kronstadt – wirkten zur Freude der zahlreich erschienenen Vernissagegäste bei der Veranstaltung aktiv mit. Die Malermönche führten nicht nur für alle sichtbar vor, wie eine Ikone in Hinterglastechnik entsteht, sie sangen auch passend zur Adventszeit typische vorweihnachtliche Volksweisen aus ihrer Heimat.

Die Museumsleiterin Ruth Fabritius führte in die Ausstellung ein – und erwies sich als intime Kennerin der Materie: Über rumänische Hinterglasmalerei hatte die gebürtige Siebenbürgerin ihre Dissertation verfasst. In ihrem Vortrag wies Fabritius auf die Besonderheiten der auf Glas gemalten rumänischen Ikonen als Einzelfall innerhalb der traditionellen ostkirchlichen Bilderwelt hin. So erfuhren die Besucher, dass die Anfänge der Hinterglasmalerei aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Einführung von volkstümlichen katholischen Hinterglas-Andachtsbildern durch Glashüttenarbeiter aus Süddeutschland, Böhmen und der Slowakei standen. Doch anders als in Mitteleuropa wurden in Siebenbürgen die Heiligenbilder nicht in Glashütten gestaltet, sondern von rumänischen Bauernmalern und auch von Mönchen gefertigt. Die Motive konzentrierten sich dabei mehrheitlich auf christlich-orthodoxe Szenen, jedoch gab es auch Malereien, die bäuerliche Lebenswelten darstellten. Bauernmalerei war auch eine bei den Siebenbürger Sachsen verbreitete Kunstrichtung, die sich allerdings verstärkt auf die Dekoration von Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen bezog.

Nicula, ein Dorf in der Nähe von Klausenburg, galt für lange Zeit als das wichtigste Herstellungszentrum für Hinterglasikonen. Weitere Zentren entstanden in der Umgebung von Hermannstadt, bei Karlsburg [Alba Iulia] sowie in Schei und eben Ober-Mühlendorf [Sambata de Sus] bei Kronstadt. Viele der wertvollen, farbenfrohen Ikonengemälde auf Glas wurden in Rumänien sowie im Ausland von Kennern gesammelt – und fanden sich im Gepäck des einen oder anderen siebenbürgisch-sächsischen Spätaussiedlers wieder, der sie als Erinnerung an die Heimat nach Deutschland mitgebracht hat.

In der Rheinbacher Präsentation zeigten die griechisch-orthodoxen Mönche Vater Siluan, Vater Mihail und Vater Stefan anhand einiger Beispiele, wie die Ikonenmalereien im Kloster am Fuße der Südkarpaten heute geschaffen werden. Der Ausstellungstitel „Fenster zum Himmel“ ist darauf zurückzuführen, dass die Ikonen in der christlichen Orthodoxie als direkte Verbindung des Malers wie auch des Betrachters zu Gott beziehungsweise zum Glauben gelten – wie ein Fenster in die übersinnliche Welt.



Präsentieren ihre Hinterglas-Ikonen: Drei orthodoxe Mönche Gr. Bild: D. Göllner / Kl. Bild: Glasmuseum Rheinbach

Bei den ausgestellten Hinterglasmalereien handelt es sich um Ikonen, die nach traditionellen Motiven im Rahmen des vorgegebenen Kanons unter anderem von den Malermönchen Calinic Morar, Ieronim Codlea, Stefan Rambulea, Petru Mitrofan und Liviu Chirila geschaffen wurden. Beeindruckend ist insbesondere die Konstanz der Formsprache, die bis in die Gegenwart hinein gepflegt wird. Trotzdem ist die eigene Handschrift eines jeden Malers in den Hinterglasbildern zu erkennen. Zu sehen sind mehrere Festtagsikonen sowie mit Goldblatt verzierte Bildnisse des Heiligen Nikolaus, der Gottesmutter Maria und des walachischen Fürsten Constantin Brâncoveanu, der als Märtyrer heiliggesprochen wurde. Weitere Motive sind der Geburt Christi, dem Letzten Abendmahl und der Kreuzigung gewidmet.

Die Finissage der Ikonen-Schau in Rheinbach findet am 7. Januar 2012 statt.

Dieter Göllner

Wählte der General nur das »kleinere Übel«?

Vor 30 Jahren verhängte Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht über Polen – Es folgte ein »Krieg gegen das Volk«

Gibt es bei Wojciech Jaruzelskis Kriegern ein Schuldbewusstsein? Als Polens Verfassungsgericht Anfang 2009 den Junta-Generälen von 1981 und ihren Tausenden Bütteln die Offizierspensionen strich, haben sie heftig protestiert, hätten sie doch legal gehandelt. Die Täter stehen nicht allein. Bis heute hält der Streit um die Beurteilung des Militärputschs vor mittlerweile drei Jahrzehnten an.

Von Jaruzelskis einstigen 20 Mitverschwörern sind zehn verstorben und drei „ernsthaft“ krank. Ihnen allen hilft der Streit um das „kleinere Übel“, die Erinnerung daran zu vernebeln, mit welcher Brutalität die Junta 1981 ihren „Krieg gegen das Volk“ führte. Es war ein Krieg, den in der Nacht zum 13. Dezember, einem Sonntag, 70000 Soldaten und 30000 Sonderpolizisten mit 2000 gepanzerten Fahrzeugen und 1750 Panzern starteten. „Jodla“ (Tanne) lautete der Tarnname einer Aktion, bei der nach vorbereiteten Listen 3000 Personen in 40 vorbereitete Internierungslager verschleppt wurden. Später folgten noch 7131 Personen, darunter der ehemalige KP-Chef Edward Gierek und andere Genossen, die man aus schierem Populismus als „verantwortlich für die Wirtschaftskrise“ einsperrte. Zeitgleich lief die „Aktion Azalia“ an, bei welcher in 451 Zentralen alle zivilen Telefone Polens abgeschaltet wurden, selbst die von Botschaften und Konsulaten. Wie viele Menschen damals starben, weil man keine Hilfe für sie rufen konnte, wurde in Polen oft gefragt und nie beantwortet.

Das war erst der Anfang. Um 6 Uhr morgens redete Jaruzelski über Radio und Fernsehen von „tödlicher Gefahr für das Vaterland“, welcher „der Selbsterhaltungstrieb des Volks“ begegnen müsse, während im Minutentakt neue Verbote und Strafgesetze verkündet wurden, darunter für 80 „Verbrechen“ die Todesstrafe. Versammlungen aller Art, Veranstaltungen, Publikationen, Reisen, Streiks, Zeitungen – mit Ausnahme zweier Parteiblätter – waren verboten. Nächtliche Ausgangssperren wurden verhängt, Bahn und Betriebe unter militärische Aufsicht gestellt, Briefe zensiert.

Dabei war die Stasi der DDR behilflich, die seit Mitte 1980 in Warschau mit einer „operativen Gruppe“ präsent war. Die Oberaufsicht über die Stasi und ihr polnisches Pendant SB führte der sowjetische KGB. Auf deren Konto gingen (mindestens) 91 Todesopfer bei Protesten unter anderem in Danzig, Krakau, Lublin und Kattowitz.



Sie trotzten dem Verbot durch die Junta: Demonstration für die Gewerkschaft „Solidarität“ Bild: pa

Nach 16 Monaten Dauer wurde der Kriegszustand am 22. Juli 1983 aufgehoben, viele seiner repressiven Bestimmungen blieben weiter in Kraft. 1983 traten 850000 Menschen aus der kommunistischen Partei aus, bis 1986 flüchteten Hunderttausende vorwiegend junge Menschen aus Jaruzelskis Polen. Am 1. Februar 1982 wurden dort die Lebensmittelpreise um 241 Prozent, die für Heizung und Energie um 171 Prozent erhöht. Die Realeinkommen der Leute sanken 1982 um 30 Prozent, während Polens Auslandsverschuldung auf 50 Milliarden US-Dollar stieg.

Bei Polen unvergessen bleibt die Welle deutscher Hilfsbereitschaft in den Jahren 1980 bis 1982, die sich in über zehn Millionen Paketen niederschlug – für die darbenden Nachbarn, die häufiger und härter als der Rest des östlich des Eisernen Vorhangs gelegenen Teils Europas gegen ihre stalinistischen Unterdrücker aufbegehrten. 1956 und 1970 hatte das Regime sie mit Waffen „pazifiziert“ – seit Juli 1980 hungerte es sie mit Warenknappheit und Wucherpreisen aus. Die Polen antworteten mit Streiks, deren Massiertheit die Machthaber einlenken ließ, zumal sie von einer spontan gebildeten unabhängigen Gewerkschaft mit dem Namen „Solidarität“ koordiniert wurden.

Die Not wurde drückender, die Streiks gingen weiter. Ab April 1981 gab es Lebensmittel auf Karten, im darauffolgenden Winter drohte eine totale Energiekrise. 62 Prozent der Polen hielten zur „Solidarität“, sechs zu den regierenden Kommunisten. Deren Führung, seit Februar 1981 unter General Wojciech Jaruzelski, rätselte, ob sie alsbald von verbitterten Polen oder erbosten Sowjets verjagt würde. Zehn Millionen Mitglieder zählte die „Solidarität“, zirka jeder dritte Erwachsene, die nur zu gern kurzen Prozess mit den „Roten“ gemacht hätten. Gefährlicher waren die Sowjets, die Polen mit 78 Garnisonen und 100000 kampfbereiten Rotarmisten ihrer „Heeresgruppe Nord“ im Würgegriff hielten. Bereits im Dezember 1980 sollen sie den Plan fertig gehabt haben, Polen im Rahmen des Manövers „Sojuz 80“ mit 15 sowjetischen, zwei tschechoslowakischen und einer DDR-Division zu besetzen. Das konnte Jaruzelski mit der Versicherung abwenden, man werde mit der „Solidarität“ allein fertig. Aber für alle Fälle veranstaltete Moskau im September mit „West-81“ das größte Armeemanöver der Nachkriegszeit und die Generalprobe einer Invasion Polens. Jaruzelski kam mit dem „Kriegszustand“ als „zło mniejsze“ (kleineres Übel) dem zuvor.

General Jaruzelski hat später immer wieder behauptet, auf seiner eigenen Website wojciech-jaruzelski.pl, vor Gericht und anderswo, dass er Schlimmstes verhütet habe. Nicht wenige Polen nehmen ihm das ab, andere wie etwa das „Institut für Nationales Gedenken“ (IPN) beschuldigen ihn, die Sowjets um „Hilfe“ gebeten zu haben. Dritte werfen ihm vor, mit pseudopatriotischen Lügen einen Staatsstreich zu bemänteln, und als Zeugen der Anklage benennen sie Moskaus Spitzenpolitiker Jurij Andropow, der noch am 10. Dezember 1981 gewarnt hatte, die Sowjetunion könne sich neben dem verheerenden Afghanistan-Abenteuer weitere „Risiken“ nicht leisten und „denkt nicht daran, Truppen nach Polen zu entsenden“. *Wolf Oschlies*

Widerstand mit Humor

Armeegeneral Wojciech Jaruzelski sowie die 14 Generäle, der eine Admiral, die drei Obristen und die zwei Oberstleutnante, die vor drei Jahrzehnten die Macht in Polen an sich rissen, nannten sich selber „Militärrat der nationalen Rettung“, abgekürzt „Wron“. Diese selbst gewählte Abkürzung gebar sofort böse Reime wie „Wron won za Don“ (Wron raus hinter den Don). Dann wurde „Wrona“ daraus, was „Krähe“ heißt und an den Weltkrieg erinnerte, als die Polen den deutschen Reichsadler so nannten. Jetzt sagten sie „Wrona skona“, die Krähe (Junta) verreckt.

Der 35-jährige Stanislaw Danielewicz, Musikredakteur an der Danziger „Ostseezeitung“, veröffentlichte am 12. Februar 1982 einen langen Artikel über neue Langspielplatten, in dem die Anfangsbuchstaben der Absätze „Wrona skona“ ergaben. Die Zensur schlief, die Zeitungsausgabe wurde bereits nach einem Tag gegen einen halben Liter Wodka gehandelt.

Die Zensur schlief weiter, als im Juli in Spanien die Fußballweltmeisterschaft lief. Deren Maskottchen war der kleine „Naranjito“, den Polens Presse wochenlang abbildete, immer mit Jaruzelskis dunkler Brille und seinen Pausbacken angereichert. Daneben standen fiktive Todesanzeigen für „Wojciech“. Wappentier wurde die „zolw“ (Schildkröte) als Symbol für langsames Arbeiten. „Zima wasza, wiosna nasza“ (der Winter gehört euch, der Frühling uns) drohten zahllose Mauerinschriften. Und so kam es ja auch – nicht sofort, aber sehr gründlich. *W.O.*

Queen Victorias bessere Hälfte

Albert von Sachsen, Coburg und Gotha: Vor 150 Jahren starb der wohl bekannteste Prinzgemahl aller Zeiten

Wohl kein anderer Prinzgemahl wurde von seiner Königin so sehr geliebt wie Albert und kein zweiter hat eine derartige Bedeutung für die Heimat seiner Ehefrau gewonnen wie er. Verkuppelt wurden die beiden Liebenden von ihrem gemeinsamen Onkel Leopold. Dieser Sachse war nämlich nicht nur König der Belgier, sondern auch der Bruder von Queen Victorias Mutter, Victoire von Sachsen-Coburg-Saalfeld, und von Alberts Vater, Herzog Ernst I. von Sachsen-Coburg und Gotha. Die beiden Liebenden verband jedoch nicht nur der gemeinsame Onkel sowie ihre Liebe zu Romantik und Musik, sondern auch der frühe Verlust eines Elternteils. Victoria verlor ihren Vater, den Duke of Kent and Strathearn Edward Augustus, bereits in ihrem ersten Lebensjahr. Und Albert verlor seine Mutter gleich doppelt. Sie wurde schuldig geschieden und musste 1824 Familie und Land verlassen. Da war Albert gerade fünf Jahre alt. Wenige Jahre später, 1831, ist die damals gerade 30-Jährige dann fern von Heimat und Familie in Paris an Gebärmutterkrebs gestorben.

Für Victoria wie Albert war Leopold mehr oder weniger Elternteilersatz. Er arrangierte es, dass sich die beiden 1836 auf ihrem 17. Geburtstag in London kennenlernten. Victoria war sofort von ihrem deutschen Cousin begeistert, wie denn überhaupt sie der verliebtere Part war. Ihrem Onkel Leopold offenbarte sie, dass Albert alle Eigenschaften besitze, die sie sich wünsche, und sie zum ersten Mal Aussicht „auf ein großes Glück“ habe.

Leopold nutzte die nun folgenden Jahre, Albert für höhere Aufgaben vorzubereiten. In seiner Hauptstadt Brüssel lernte sein Neffe das Funktionieren einer liberalen westeuropäischen Monarchie. Danach ging es nach Bonn zum Studium des Staatsrechts, der Finanzwissenschaft und der Volkswirtschaft an der dortigen Universität.

> Hinter jedem guten Mann steht eine noch bessere Frau, gilt in diesem Falle umgekehrt

1839, Victoria war mittlerweile Königin, arrangierte Leopold einen zweiten Besuch Alberts in London. Wieder wusste der Sachse die Hannoveranerin von sich zu begeistern und so machte sie ihm einen Heiratsantrag. Der Prinz war weniger euphorisch, doch glaubte er mit der Königin eine gute Wahl getroffen zu haben. Seiner geliebten Großmutter schrieb er: „Ich bin fest überzeugt, der Himmel hat mich in keine schlechten Hände gegeben, und wir werden zusammen glücklich sein. Seit jenem Augenblick tut Victoria alles, was sie mir an den Augen absehen kann.“ 1840 wurde geheiratet.

Wenn Viktoria Albert auch geradezu abgöttisch liebte, so versuchte sie ihn doch von den Regierungsgeschäften fernzuhalten. Zu prägend waren für das gebrannte Kind die Versuche in ihrem Umfeld gewesen, sie zu bevormunden. „Ich mag nicht, dass er meine Rolle in Staatsgeschäften übernimmt“, ließ sie ihren Premierminister wissen.

Während ihrer Schwangerschaften musste sie jedoch ihren Mann nolens volens als Vertreter gewähren lassen. Und bereits bei der zweiten Schwangerschaft zeigte der bestens ausgebildete Albert, dass er dem britischen Regierungssystem konsequenter Rechnung trug als seine Frau. Während Victoria partout einen Regierungswechsel von den Whigs zu den Torries vermeiden wollte aus Anhänglichkeit gegenüber dem Premier und weil alle ihre Hofdamen dem



Sein früher Tod war ein Verlust: Prinzgemahl Albert Bild: Archiv

Whig-Lager zuzurechnen waren, erkannte Albert, dass zum Überleben der Monarchie im parlamentarischen System dessen Überparteilichkeit vonnöten war. Er einigte sich mit dem späteren Torry-Premier Robert Peel auf den Verbleib der meisten Hofdamen mit Ausnahme von dreien und ermöglichte so den reibungslosen Übergang von der Whig- zur Torry-Regierung des Jahres 1841.

Schließlich wusste Albert seine Frau wie auch deren Land von seinen politischen Qualitäten zu überzeugen. Er wurde ihr wichtigster Ratgeber und vertrat sie gerade auch dort, wo ihre Defizite lagen, wie beispielsweise auf dem Gebiet der Sozial- oder Kulturpolitik. Von ihm stammte die Initiative zur ersten Weltausstellung in London von 1851.

Außer als Ehemann lernte Victoria Albert auch als klugen Ratgeber und liebevollen Vater ihrer vielen Kinder zu schätzen. Entsprechend groß war der Jammer, als Albert erst 42-jährig am 14. Dezember 1861 wohl an Magenkrebs verstarb. Mit der Königin trauerte ihr ganzes Land. Ein geflügeltes Wort besagt, dass hinter jedem guten Mann eine noch bessere Frau stehe. Im Falle der Queen und ihres Prinzgemahls ließe sich der Spruch umdrehen. *Manuel Ruoff*

Vater des Jugendherbergswerks

Vor 50 Jahren starb der ostpreußische Lehrer und leidenschaftliche Wanderer Richard Schirrmann

Wer in einer fremden Stadt nach einer preisgünstigen Unterkunft sucht, denkt häufig fast automatisch an eine Jugendherberge: Seit über 100 Jahren bieten die Herbergen Reisenden ein günstiges Bett für die Nacht – und darüber hinaus einen Ort, an dem sich die unterschiedlichsten Menschen begegnen können. Die Idee, ein dichtes Netz von Jugendherbergen einzurichten, stammt von Richard Schirrmann. Am 14. Dezember jährt sich sein Todestag zum 50. Mal.

Schon in jungen Jahren zog es den am 15. Mai 1874 in Grunenfeld im ostpreußischen Kreis Heiligenbeil geborenen Richard Schirrmann in die Natur. Als Lehrer wollte er seine Schüler lieber im Freien unterrichten als in einem Klassenzimmer – und so organisierte er so oft wie möglich Wanderungen ins Grüne. Schirrmann war überzeugt davon, dass die Kinder auf diese Weise deutlich mehr lernen konnten als im starren Frontalunterricht seiner Zeit.

Richard Schirrmann Bild: Archiv

1901 kehrte Schirrmann Ostpreußen den Rücken und zog zunächst nach Gelsenkirchen im Ruhrgebiet. Zwei Jahre später wechselte er erneut den Wohnort und ließ sich in der Kleinstadt Altena im Sauerland nieder. Auch dort arbeitete er als Lehrer und mit der Unterstützung seiner Vorgesetzten konnte er sein Konzept der „Wandernden Schule" umsetzen.

Als Geburtstag der Jugendherbergsbewegung gilt der 26. August 1909: Schirrmann war mit einer Klasse von Altena aus nach Aachen unterwegs, als die Gruppe von einem Gewitter überrascht wurde – und nur mit Mühe konnte der Lehrer für sich und seine Schützlinge eine Unterkunft finden. Seinen eigenen Aufzeichnungen zufolge lag Schirrmann dort in der Nacht wach, hörte dem tosenden Unwetter zu und entwickelte seine Jugendherbergs-Idee: In jedem wanderwichtigen Ort in Tagesmarsch-Abständen eine Herberge einzurichten, in der wandernde Jugendliche unterkommen konnten.

Das Wandern war in der Zeit um 1900 eine populäre Freizeitbeschäftigung. Viele junge Menschen zog es in die Natur. Die „Wandervögel" nutzten die Wochenenden oder die Ferien für Fahrten mit wenig Gepäck und ohne den Komfort der Zivilisation.

Richard Schirrmann wollte mit seiner Jugendherbergs-Idee ausdrücklich Unterkünfte für alle Jugendlichen – also Jungen und Mädchen, Volksschüler und Studenten – einrichten. Bei seiner eigenen Schule machte er den Anfang – und richtete in der Ferienzeit in den Klassenräumen ein Behelfslager für Wandergruppen ein. Hilfe bekam Schirrmann vom Sauerländischen Gebirgsverein (SGV) – einer Organisation, aus der 1919 das DJH hervorging. Schirrmann war selbst SGV-Mitglied und lernte dort seine engsten Mitstreiter kennen – unter anderem den Geschäftsmann Wilhelm Münker, der als erster Geschäftsführer des Jugendherbergswerkes Schirrmanns rechte Hand wurde. 1912 wurde auf der Burg Altena die erste ständige Jugendherberge der Welt eröffnet. Schirrmann selbst wurde dort Herbergsvater.

Kurz nach Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 meldete Schirrmann sich freiwillig – er kämpfte bis Kriegsende an der französischen Front. Seine Kriegserlebnisse beeinflussten seine Vorstellungen vom Jugendherbergswerk nachhaltig. Um künftig weitere Kriege zu verhindern, setzte er auf Völkerverständigung. Seine Jugendherbergen sollten „Friedensbrücken" werden, in denen sich junge Menschen unterschiedlicher Nationalitäten kennen- und schätzen lernen sollten – die gedanklichen Grundlagen für das spätere internationale Jugendherbergswerk.

Jugendherbergswerk: Das Mutterhaus, die Burg Altena im Sauerland Bild: pa

Der „Vater des Jugendherbergswerkes" und seine Mitstreiter warben unermüdlich für ihre Idee. Der Idealist Schirrmann selbst verfasste unzählige Artikel über die positive Wirkung des Wanderns und seine Vorstellung von Unterkünften für junge Reisende. Außerdem war er ein talentierter, mitreißender Redner und reiste durch ganz Deutschland, um neue Mitstreiter und Förderer zu gewinnen. Und das mit Erfolg: Nach und nach wuchs das Jugendherbergswerk. Es bildeten sich in ganz Deutschland regionale Landesverbände und Ortsgruppen, die in allen Landesteilen neue Jugendherbergen einrichteten. 1930 gab es bereits etwa 2100 Herbergen – und seit Mitte der 20er Jahre investierte das DJH auch immer mehr Geld in sogenannte „Musterherbergen", die auf die Bedürfnisse der jungen Wanderer eingestellt waren: mit Schlafsälen für Jungen und Mädchen, einem Aufenthaltsraum und Waschräumen.

Neben dem Herbergswerk lag Schirrmann noch ein zweites Projekt sehr am Herzen: 1925 gründete er auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz bei Paderborn das Kinderdorf „Staumühle". Bis 1931 veranstaltete er dort jedes Jahr in den Sommermonaten eine Art Schullandheim in größerem Ausmaß. Mehr als 1000 Schüler mit ihren Lehrern kamen hier unter, wurden unterrichtet, wanderten oder spielten im Freien. Das Kinderdorf sollte nach Schirrmanns Vorstellung „Familiencharakter" haben – denn er hatte immer von vielen Kindern geträumt.

Sein eigenes Privatleben entsprach diesem Wunsch erst im zweiten Anlauf. Seit 1903 war er verheiratet – allerdings war die Ehe nicht glücklich. Seine erste Frau Gertrud teilte sein vielfältiges Engagement nicht und konnte ihm nach der Geburt seiner ersten Tochter keine weiteren Kinder schenken. 1929 wurde die Ehe geschieden und Schirrmann heiratete erneut. Seine zweite Frau Elisabeth war vom Wandern ebenso begeistert wie er selbst und teilte seine Liebe zu Kindern und zur Musik. Bis 1942 brachte sie insgesamt sechs Kinder zur Welt.

Nachdem 1933 die Nationalsozialisten das Jugendherbergswerk übernommen und unter die Kontrolle der Hitlerjugend gestellt hatten, blieb Schirrmann noch einige Jahre Ehrenvorsitzender des DJH und engagierte sich für das Internationale Jugendherbergswerk, zog sich jedoch bald ganz ins Privatleben zurück. Er zog mit seiner Familie nach Grävenwiesbach im Taunus, wo er wieder als Volksschullehrer arbeitete.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm er von dort aus Kontakt zu seinen alten Mitstreitern auf und bemühte sich, das Jugendherbergswerk wieder aufzubauen. Nützlich waren ihm dabei die guten Kontakte ins Ausland. Zu der ersten Internationalen Jugendherbergskonferenz nach dem Krieg 1946 in Schottland wurde er von einem amerikanischen Freund mit einer Privatmaschine eingeflogen – er war damit der erste deutsche Zivilist, der nach 1945 britischen Boden betrat. Für sein Engagement rund um das Jugendherbergswerk wurde Schirrmann 1952 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Mittlerweile, fünf Jahrzehnte nach Schirrmanns Tod, gibt es in mehr als 90 verschiedenen Ländern auf allen Kontinenten Jugendherbergen; mehr als 530 sind es nach Angaben des Deutschen Jugendherbergswerks (DJH) allein in Deutschland. *Stefanie Hanke*

Die »Seele der schlesischen Reformation«

Vor 450 Jahren starb Caspar von Schwenckfeld – Seine Lehre lebt in der »Schwenckfelder Church« fort

Caspar von Schwenckfeld entstammte einer Familie des schlesischen Uradels und kam im November oder Dezember 1489 im Herrenhaus des etwa 20 Kilometer nördlich von Liegnitz gelegenen Dorfes Ossig zur Welt. Seine Mutter soll eine kroatische Adlige gewesen sein, während die Vorfahren väterlicherseits einst in der Schlacht von Wahlstatt 1241 gegen die Mongolen gekämpft hatten. Das Familienwappen der adeligen Familie v. Schwenckfeld zierte seitdem eine tatarische Kopfbedekkung.

Nach dem Besuch der Liegnitzer Lateinschule und der Universitäten von Köln und Frankfurt an der Oder diente Schwenckfeld verschiedenen schlesischen Herzögen als Berater. Bereits mit 34 Jahren zwang ihn jedoch zunehmende Schwerhörigkeit, seinen höfischen Ämtern zu entsagen. Schwenckfeld warf sich nun mit ganzer Kraft auf ein ihm zum neuen Lebensinhalt gewordenes Interessengebiet, das Studium der Bibel.

Als Folge eines persönlichen Erweckungserlebnisses hatte er bereits einige Jahre zuvor, nämlich 1518, damit begonnen, mit Interesse und innerer Sympathie das öffentliche Auftreten des sechs Jahre älteren Reformators Martin Luther zu verfolgen. Besonders angesprochen, ja geradezu befreit fühlte er sich von dessen Schrift „An den christlichen Adel deutscher Nation". Parallel zu Luther im Kurfürstentum Sachsen trat Schwenkfeld im heimatlichen Schlesien als theologischer Laienprediger auf. Ihm gelang es, seinen früheren Dienstherren, den einflussreichen und mächtigen Herzog Friedrich II. von Liegnitz, zur neuen Lehre zu bekehren. Man hat Schwenckfeld später als „Seele der schlesischen Reformation" bezeichnet.

Zerwürfnis mit Luther über die Abendmahlslehre

Doch der Schlesier war kein kritikloser Anhänger Luthers und zudem, wie so viele andere Schlesier, von mystisch-spiritualistischem Gedankengut geprägt. Am Sonnabend, den 2. Dezember 1525, kam es in Wittenberg zu einer von ihm gesuchten längeren Aussprache mit Luther. Die persönliche Aussprache sollte eigentlich zu einer Klärung strittiger theologischer Probleme führen, endete allerdings mit einem heftigen Bruch, der sich trotz späterer Bemühungen Schwenckfelds nie mehr heilen ließ. Vornehmlich beruhte das Zerwürfnis auf divergierenden Auffassungen zur Abendmahlslehre.



Caspar von Schwenckfeld: Kupferstich von Theodor de Bry Bild: Archiv

Nicht erst in den Jahrzehnten seines späteren theologischen Wirkens in Straßburg, Württemberg und Ulm, sondern bereits damals erwies sich Schwenckfeld als ein sehr konsequenter Anhänger von Glaubens- und Gewissensfreiheit. Insofern war er in seinen Bestrebungen de facto ein ziemlich früher Vorläufer der französischen Aufklärer und König Friedrichs des Großen. Der schlesische Adelige bestand eindringlich darauf, dass der Staat nicht berufen sei, über die Form des Gottesdienstes zu bestimmen, und auch den Menschen nicht vorschreiben dürfe, was diese zu glauben hätten. Die christliche Lehre war für Schwenckfeld in erster Linie eine Lehre des Herzens, nicht eine Lehre des Gesetzes. Gewissenszwang bringe nämlich nur Heuchler hervor, aber keine wahren Christen. Dabei war sich Schwenckfeld bewusst, dass er mit solchen weitgefassten Ansichten von christlicher Freiheit keineswegs allen Zeitgenossen gefiel. Die Glaubensfreiheit, die Schwenckfeld selbst den zu jener Zeit arg verpönten Wiedertäufern zubilligte, trug das Ihre zur Verzeichnung Schwenkfelds als „Schwärmer" beziehungsweise „Sektierer" durch die spätere lutherische Orthodoxie bei.

Überzeugter Streiter für die Glaubens- und Gewissensfreiheit

Die Wirren der beginnenden Gegenreformation erlebte Schwenckfeld fern der schlesischen Heimat in Süddeutschland. Da er keine Berührungsängste gegenüber der katholischen Religion verspürte, verbrachte er die Jahre 1547 bis 1550 unter dem falschen Namen „Eliander" im Franziskanerkloster zu Esslingen, wo er angespannt schriftlich an der Ausgestaltung seiner Lehre arbeitete. Alt geworden, verstarb der beständig umhergehetzte Schwenckfeld schließlich am 10. Dezember 1561 im Haus seiner Gönnerin Agathe Streicher in Ulm.

Seine Lehre lebte in Schlesien und der Oberlausitz fort, wo unter jesuitischem Druck schließlich im Jahre 1734 zirka 40 Familien nach Nordamerika aufbrachen, um dort in Philadelphia getreu den schwenckfeldischen Glaubensauffassungen zu leben. Im US-Bundesstaat Pennsylvania existiert noch heute als evangelische Freikirche die „Schwenckfelder Church", die zwischen 2500 und 3000 Anhänger zählt und Anknüpfungspunkte zu Pietisten wie Quäkern aufweist. Zu den wertvollsten Besitztümern jener „Schwenckfelder Church" gehört eine von Schwenckfeld in den Jahren 1530 bis 1535 mit eigenhändigen Anmerkungen versehene Bibel. Obwohl Schwenckfeld in Deutschland heutzutage weitgehend vergessen ist und sein theologisches Gedankengut kaum mehr eine Rolle spielt, so offenbarte er doch in seinem Denken und Fühlen eine ungewöhnliche ökumenische Weite und zugleich ein Streben nach Erkenntnis göttlicher Wahrheit, dem man auch heutzutage den Respekt nicht versagen kann. *Jürgen W. Schmidt*

Ein Mordsskandal des Verfassungsschutzes

Zu: „Die Nazi-Macher“ (Nr. 46)

Die in diesem Beitrag an den Anfang gestellte Frage: „Welche Rolle spielt der Verfassungsschutz in unserem Land?“ ist überflüssig, seit das Bundesverfassungsgericht im Prozess zum NPD-Verbotsantrag erkennen musste, dass die in der NPD sukzessive aufgebaute Neonazi-Kulisse das Werk des Verfassungsschutzes selbst ist. Erinnert sei an die damaligen Fernseh-Filmsequenzen. Sie zeigten enttarnte V-Leute des Verfassungsschutzes bei der Arbeit, wie sie emsig Hetzplakate und Fahnen zum Versammlungsort der NPD schleppten. Welcher Vollidiot läuft schon mit einem auf die Glatze tätowierten Hakenkreuz herum, wenn er nicht dafür von interessierter Geheimdienstseite angestiftet und gut bezahlt wird?

Die Verbotsbefürworter, allen voran Ex-Innenminister Otto Schily (SPD) als Spiritus Rektor, waren gut beraten, den Verbotsantrag besser fallen zu lassen und auch nicht zu wiederholen. Die gerichtliche V-Leute-Vorladung hätte die konspirative Schurkerei zu einem Skandal werden lassen. Womöglich hätte der Prozess schon damals zutage befördert, dass die V-Leute des Verfassungsschutzes mit dem NPD-Observierungsobjekt in einer Art nützlicher Symbiose lebten: NPD-Leute, die sich willig als V-Leute anwerben ließen, um die immer klamme Parteikasse mit Teilen ihres Agentensalärs auffüllen zu können.

Was eigentlich will Frank-Walter Steinmeier (SPD) erreichen, wenn er trotzig wie ein kleiner Junge auf dem Verbot der NPD besteht?

Unterdessen harren viel gewichtigere Dinge der Aufklärung: Warum konnte die jahrelang mordende Terrortruppe „NSU“ dem dichten Agentennetz des Verfassungsschutzes entgehen? Wer hat ein Interesse daran, dass die verhaftete Mittäterin Beate Z. noch immer schweigt oder schweigen muss und ad hoc keine parlamentarische Untersuchungsgruppe gebildet wurde?

Dieter Bock, Burgstall

Nicht mehr ob, nur noch wie

Zu: „Teurer Etikettenschwindel“ (Nr. 47)

Ich gebe dem Autor Hans-Jürgen Mahlitz recht, wenn er feststellt, dass der Ausstieg aus der Kernkraft unvorbereitet war. Deshalb ist es wichtig, jetzt die richtigen Weichen zu stellen. Atomstrom deckt maximal 20 Prozent unseres Bedarfs in Deutschland. Wer gegen den Ausstieg mit Kosten argumentiert, sollte auch so fair sein, die Ausgaben wie Transporte, zukünftige Ausgaben für nicht geklärte Endlagerung und sonstige Unwägbarkeiten dazuzuzählen, die zahlen wir nämlich schon lange über unsere Steuern.

Wir werden nicht im Dunkeln stehen, wenn wir die Atomkraft nicht mehr nutzen. Das ist eine Frage des guten Willens und des bewussteren Umgangs mit Strom. Wie so vieles wird Strom an den Börsen gehandelt und wie dort Preise entstehen, die nicht den eigentlichen Kosten entsprechen, können wir täglich beim Heizöl sehen. Mir wird in diesen Bereichen zu viel getrickst und verschleiert.

Ohne Deutschland wäre der Umweltschutz nicht so weit vorangeschritten, wie es derzeit der Fall ist. Auch da waren anfangs viele Gegenstimmen zu hören. Inzwischen geht es nur noch darum, wie wir die Umwelt schützen, nicht mehr, ob wir es überhaupt tun.

Wiltraud Beckenbach, Altleiningen

Nicht souverän

Zu: „Sehr merkwürdig“ (Nr. 47)

Niemand, der mit offenen Augen durch die politische Welt geht, wird wohl die Sache mit der nicht vorhandenen staatlichen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland bezweifeln. Dass diese Tatsache allerdings von einem hohen Vertreter der politischen Elite dieses Staates unumwunden ausgesprochen wird, ist doch mehr als erstaunlich. Denn offiziell wird ja behauptet, dass die Bundesrepublik seit dem Zwei-plus-vier-Vertrag voll souverän geworden sei. Alles andere seien unhaltbare Behauptungen von rechten Verschwörungstheoretikern, die hierdurch nur ihre Feindschaft zu diesem Staatswesen zum Ausdruck brächten.

Thomas Wagner, Recife, Brasilien

Unbegreiflich

Zu: „Die Wahrheit über Ilja Ehrenburg“ (Nr. 43)

Wer nach allem, was wir heute über Ehrenburgs Aktivitäten während des Zweiten Weltkrieges und danach wissen, an einer ihn ehrenden Straßenbenennung festhält, handelt unbegreiflich. Die Vertreterin der Initiative Ilja Ehrenburg Rostock stellte die meisten Argumente des Hauptreferenten in Abrede. Ihr Standpunkt stieß bei der Masse der Zuhörer auf keine Gegenliebe.

Ein Aufruf des sowjetrussischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg, der als Flugblatt unter den sowjetischen Soldaten verteilt wurde: „Töte! Töte! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht! Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute!“

Günter Balschuweit, Suhl



„Volkskammer“ der DDR: Parlament eines nicht souveränen Staates. Ähnlichkeiten mit heute sind weder beabsichtigt noch zufällig, sondern unvermeidlich Bild: Wikipedia/Lutz Schramm

Miserable Ergüsse

Zu: „Ist das Kunst oder kann das weg?“ (Nr. 47)

Müssen die vielen modernen Kunstergüsse derart miserabel sein? Eine Komposition ist modern, wenn alle beteiligten Musiker aneinander vorbei spielen. Ein Bild ist modern, wenn, wie in Yasmina Rezas Drama „Kunst“, auf einer überdimensionierten gerahmten weißen Leinwand nichts zu sehen ist. Ein Theaterstück ist modern, wenn es vom Regisseurdiktator hinreichend verhunzt ist.

Zu den von den Putzkräften beseitigten „Kunstwerken“ eine kleine Ergänzung. Auf einer Mainzer Karnevalssitzung verkörperte ein Büttenredner einen Museumsführer, der auf einen an der Wand hängenden roten Behälter hinwies und dazu sagte: Hier stehen die Besucher immer etwas ratlos davor und dann muss ich ihnen erklären, dass es sich um einen Feuerlöscher handelt.

Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

Ein böser Verdacht

Zu: „Kreditgeber wider Willen“ (Nr. 47)

Das, was ein Journalist eruiert hat, müsste unseren zuständigen Politikern und den Bundesbankern doch auch aufgefallen sein. Als Unternehmer/Banker hätte ich da sofort einen Riegel vorgeschoben, Maastricht-Vertrag hin oder her. Vielleicht wollte man das aber gar nicht.

Sepp Papmahl, Denkendorf

Vor eigener Tür

Zu: „Erdowahn“ (Nr. 47)

Die von Rechtsextremisten begangenen Morde sind unfassbar. Erdogan bezeichnet seine getöteten Landsleute als „Märtyrer“ und türkische Medien bezichtigen Deutschland des sanktionierten Völkermordes. Er will deshalb in Deutschland eingreifen.

Zweifellos ist es alleine die innere Angelegenheit Deutschlands, die Verbrechen aufzuklären. Man soll Tote nicht gegeneinander aufrechnen, aber es muss in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass in der Türkei Christen aus rassistischen Gründen ermordet werden. Erdogan täte gut daran, zuerst vor der eigenen Tür zu kehren.

Gisela Recki, Troisdorf

Tapferkeit Stauffenbergs – Manstein Mitwisser

Zum Leserbrief: „20. Juli: Den Alliierten passte das Attentat gar nicht ins Konzept“ (Nr. 46)

Was der Leserbriefschreiber da so alles mitteilt, ist hinreichend bekannt: bedingungslose Kapitulation, keine Sympathie der damaligen Gegner gegenüber den Putschisten, aussichtslose Lage zum weiteren Kriegsverlauf et cetera.

Es ist jedoch einfach nicht wahr, wenn behauptet wird, von Manstein sei nicht Mitwisser der Putschvorbereitungen gewesen. Der damalige Oberst von Gersdorff hat in dieser Hinsicht den Generalfeldmarschall ständig „bearbeitet“. Das ist überliefert, Gersdorff hat den Krieg überlebt. Mansteins Reaktion: „Preußische Feldmarschälle meutern nicht.“ (Joachim Fest: „Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli“)

Von Manstein galt als der beste Feldherr und Stratege der Wehrmacht, solche Leute mussten mit Hitler in Konflikt kommen. Immerhin hat von Manstein die Putschisten nicht verraten.

Oberst von Stauffenberg war am 20. Juli sowohl Attentäter als auch Motor und Seele in der Berliner Bendlerstraße – ohne ihn lief nichts. Das konnte nicht gut gehen.

Wer das Deutsche Kreuz in Gold – eine reine Tapferkeitsauszeichnung – trug, wie Stauffenberg, konnte kein Feigling sein.

Auch die anderen Putschisten waren als Frontoffiziere hochdekoriert. Von Gersdorff erhielt später als Generalmajor das Ritterkreuz.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf den Leserbriefschreiber, wenn er sich mit Hitlers Aussage anfreundet, beziehungsweise diese übernimmt („kleine Gruppe feiger und dummer Offiziere“). Offensichtlich scheint ihm da Hitler mehr zu imponieren als eine gehaltene Rede zum 20. Juli in Berlin. Seine Feststellung zu den Feierlichkeiten ist eine Geschmacklosigkeit und auch ungehörig. Aber es gibt ja in Deutschland Meinungsfreiheit, auch wenn sie in einer solch billigen Polemik vorgetragen wird.

Das schreibt jemand, der als sechsjähriges Kind am 30. April 1945 durch Kriegsereignisse sein Bein verloren hat. Ich bin überzeugt, dass die Putschisten – hätten sie eine Chance gehabt – so oder so „Schluss“ gemacht hätten. Auch in Anbetracht einer bedingungslosen Kapitulation. Das große Bluten und Sterben fing nach dem 20. Juli 1944 noch einmal richtig an.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Neudeutsche Banausen

Zu: Diskreditierung der Deutschbalten

„Der Spiegel“ behauptet, die Esten hätten die Altstadt von Reval „in ein mittelalterliches Disneyland verwandelt, mit Kopfsteinpflaster, Glockentürmen und buntbemalten Bürger- und Gildehäusern“. Das Blatt verschweigt, dass die Esten eine von Deutschen geschaffene einstige Hansestadt so erhalten haben, wie es die neudeutschen geschichtsvergessenen und heimatlosen Banausen nie vermocht oder gewollt hätten. Das Trauerspiel um das Berliner Schloss ist nur ein Beispiel von vielen für diesen blamablen Niedergang unserer Kultur.

Dahinter steht vermutlich eine Geisteshaltung, die Lennart Meri, der bedeutende ehemalige estnische Ministerpräsident, 1995 so erklärte:

„Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Wenn man aber die Moral zur Schau trägt, riskiert man, nicht sehr ernst genommen zu werden.“

Sozusagen als Beweis unserer Reue ist es den deutschen Exekutoren der angloamerikanischen „Reeduction“ gelungen, im Sinne der „Neusprech“ Orwells aus Mitteldeutschland Ostdeutschland zu machen. Durch Berichte wie den angeführten gerät in Vergessenheit, dass auch zwischen Oder und Narwa Deutsche gelebt und in vielen Jahrhunderten dieses Land kultiviert haben. Wenn man darauf hinweist, dass durch die schon vor 1939 geplante „ethnische Säuberung“ 13 Millionen Deutsche ihre Heimat verloren haben, wird es heißen, sie seien selber schuld.

Hermann K. H. Evers, Bad Schwalbach

Neue Volkskammer

Zu: „Schäubles Schliche“ (Nr. 45)

Es ist eine Lüge, wenn mir deutsche Parteien erklären, ich sei als deutscher Staatsbürger frei und gehöre einem souveränen Land an, wie zum Beispiel ein Engländer, Franzose, Italiener oder Spanier.

Volksparteien, die ihrer Wählerklientel verschweigen, was sie wirklich vorhaben; Volksparteien, denen das eigene Volk nur ein Linsengericht wert ist; Volksparteien, die unsere Wehrmacht beleidigen, begehen Verrat!

Kein anderes Land, das der Europäischen Union angehört – außer Finnland – wurde wie Deutschland seit 1919 territorial versehrt, ausgeraubt und bis heute schamlos erpresst.

Die Volksparteien schweigen. Der „Reichstag“ in Berlin hat sich wieder in eine Volkskammer verwandelt: Nur nackt ab, ist rücksichtsvoll zueinander.

Gottlieb Ernst Zarbock, Kassel

Welche Wahrheit?

Zu: „Dauerleihgabe an die Litauer“ (Nr. 43)

Die falsche Darstellung der Ereignisse nach 1920, insbesondere die Zeit von 1923 bis 1939, seitens der Litauer ist von Memelländern und auch vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (zum Beispiel im „Memeler Dampfboot“ Nr. 4 von 2009, „70 Jahre Wiedereingliederung des Memelgebietes 1939 – Vertraglich immer noch deutsch“) heftig kritisiert worden. Alle Bemühungen um eine Richtigstellung der Geschichte waren bisher vergebens.

Zu denken gibt allerdings in diesem Zusammenhang die Rede des Bundesvorsitzenden der AdM anlässlich der Archivübergabe in Memel. Sein geschichtlicher Rückblick ließ die zwischen Memelländern und Litauern strittigen Jahre zwischen den zwei Weltkriegen einfach aus. Warum wurde gerade diese Zeit ausgelassen? Wollte er bei so einem „festlichen Akt“ unangenehme Berührungspunkte vermeiden?

Nach Aussage des Direktors Juozas Siksnelis haben litauische Historiker nach Übergabe des Archivs jetzt die Möglichkeit, „sich aus der Welt der Mythen zu befreien“. Er spricht von „Unwahrheiten und von verdrehter Geschichte“, die seitens der Litauer wiederholt werden „wie verzaubert lebendige Märchen“. Nach seiner Aussage wird „das Ordnen des Archivs seine Zeit in Anspruch nehmen, aber dann wird die Wahrheit aufgehen wie eine Blume“. Welche Wahrheit?

Janne Neuman, Sankt Augustin

Ohne zu fragen ins Ausland geschafft

Zu: „Dauerleihgabe an die Litauer“ (Nr. 43)

1. Bei dem ersten vor vier Jahren gescheiterten Versuch der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM), das Archivgut der Memeländer nach Litauen zu verbringen, wurden die Leser des „Memeler Dampfbootes“ noch um ihre Meinung gefragt, Damals hagelte es Proteste gegen dieses Vorhaben. Spenden und Mitarbeit der Memelländer ließen das Projekt scheitern.

2. Vier Jahre später war es lediglich der einsame Beschluss der AdM, das Archiv nun endgültig nach Litauen zu geben; er wurde ohne Befragung der Melländer im Oktober 2011 realisiert.

3. Nach Paragraf 96 des Bundesvertriebenen-Gesetzes (BVFG) ist es gesetzliche Aufgabe von Bund und Ländern, „das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Verriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten“. Aber der Einwand, dieses Bundesgesetz sei für den Verein AdM juristisch nicht bindend, wäre an Zynismus kaum zu überbieten. Der inzwischen bereits verstorbenen Erlebnisgeneration, die ihr privates Archivgut der AdM in Vertrauen auf eine verantwortungsvolle Aufbewahrung übereignet hat, kann man diesen juristischen Einwand nicht mehr vorhalten, aber was ist mit deren Kindern und Kindeskindern, die noch im Besitz wertvoller Zeugnisse aus dem Memelland sind? Wie erklärt die AdM ihnen, dass man – Vertriebenengesetz hin, Raum- und Personalnot her – das anvertraute Archivgut in einer Nacht- und Nebelaktion ins Ausland gibt und die AdM-Mitglieder dazu vorher nicht befragt?

4. Der Raumbedarf des in Oldenburg eingelagerten Archivguts beträgt nach meiner mehrmaligen Inaugenscheinnahme rund 50 Kubikmeter, bei einer Grundfläche von zirka 25 Quadratmetern und einer Lagerhöhe von 2 Metern (einschließlich zwei Gänge). Bei allem Respekt vor Lager- und Personalnot – wenn es tatsächlich überhaupt keine Alternative zur Auslandsverlagerung gegeben hätte: Kartons kaufen, Archivgut rein und zukleben. Wenige Kubikmeter trockener Lagerraum hätten ausgereicht, um das Archivgut der AdM auf absehbare Zeit in Deutschland für die Nachwelt zu erhalten.

Günter Uschtrin, Regesbostel-Rahmstorf

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 49 – 10. Dezember 2011

MELDUNGEN

Anschlag auf Moschee geplant

Königsberg – Ein 20-jähriger Schweißer wurde vergangene Woche in Königsberg festgenommen, weil er verdächtigt wird, einen Anschlag mit einer selbstgebastelten Bombe auf eine Moschee vorbereitet zu haben. Der junge Mann wurde erwischt, als er eine 50-Liter-Gasflasche und eine 25-Liter-Sauerstoffflasche auf das Gelände der Moschee in der Schönfließer Allee schleppte. Außer dem Gas hatte der Mann noch eine Maske, ein Feuerzeug, eine Dose Maschinenöl und eine Spraydose mit Farbe bei sich. Die Polizei geht davon aus, dass der Festgenommene den Strahl aus der Spraydose auf die Gasflaschen richten und anzünden wollte, um jene dann zur Explosion zu bringen. Inzwischen hat der Schweißer gestanden, er habe den Sakralbau in die Luft sprengen wollen, weil er mit der Ausbreitung der fremden Religion in seiner Stadt nicht einverstanden sei. Den Mann erwartet nun ein Gerichtsverfahren wegen Verübung eines terroristischen Akts. Vor einem Jahr wurde mit dem Bau des muslimischen Gotteshauses am Südpark begonnen. Der Baubeginn wurde von zahlreichen Protesten von Ökologen und Königsberger Bürgern begleitet. Angst vor Überfremdung ist auch in anderen Regionen gegenwärtig. *MRK*

20000 nehmen illegale Drogen

Königsberg – Etwa 20000 Menschen konsumieren im Königsberger Gebiet regelmäßig illegale Drogen. Von diesen wird jeder zehnte in der zentralen Suchtklinik behandelt. Das hat die Drogenbekämpfungsbehörde des Königsberger Gebietes mitgeteilt. Stolz verweist sie darauf, dass die Zahl der Drogenkranken damit seit 2005 um 15 Prozent zurückgegangen sei, was vor allem auf polizeiliche Maßnahmen zurückgeführt werden könne. In dem nun zu Ende gehenden Jahr wurden verstärkt Drogen beschlagnahmt. Dieses kann man entweder als Erfolg der Polizei interpretieren oder als Hinweis darauf, dass sich die im Gebiet umgesetzte Drogenmenge deutlich erhöht hat und die von den Behörden verbreiteten Erfolgsmeldungen nicht der Wahrheit entsprechen. *T.W.W.*

Skinheads verurteilt

Königsberg – Ein Königsberger Gericht hat drei Russen wegen „rassistisch motivierter Übergriffe“ zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Die jungen Männer im Alter von 21, 24 und 26 Jahren hatten im April einen kirgisischen Gastarbeiter sowie einen einheimischen Obdachlosen durch Schläge und Tritte getötet und anschließend zwei Frauen zum Teil durch Anzünden schwer verletzt. Die Urteile des Gerichts beliefen sich auf Haftstrafen zwischen über neun und 17,5 Jahren. *T.W.W.*

In Ostpreußen wird aufgerüstet

Radarsystem in Neukuhren ist einsatzbereit – »Iskander«-Raketen sollen vor Nato-Angriffen schützen

Russlands Präsident Dmitrij Medwedjew trumpft in den letzten Monaten seiner auslaufenden Amtszeit noch einmal auf. In einer Fernsehansprache wandte er sich am 23. November zum Thema Raketenabwehr an das russische Volk: Das Militär wird mit neuester Ausrüstung ausgestattet, gegen die Nato-Erweiterung in traditionell russischen Interessengebieten wird Russland verstärkt militärische Präsenz zeigen. Er gab den Befehl, zum 1. Dezember die Funkmessstation „Woronosch-DM“ bei Neukuhren [Pionersk] in Dienst zu stellen.



Militärische Präsenz im Königsberger Gebiet: Soldat hisst die Fahne der Artillerie und Raketen-Streitkräfte Bild: Ullstein

Dass Russland mit der Aufstellung eines US-Raketenschutzschildes in Europa Probleme hat, ist nichts Neues. Was überrascht, ist der Zeitpunkt, zu dem Noch-Präsident Medwedjew seinen Aufrüstungsbefehl ausspricht. Will er seinem Volk noch einmal zeigen, was in ihm steckt oder nutzt er vielmehr die Gunst der Stunde, da sowohl die USA als auch EU-Staaten vordergründig mit der Bewältigung der Schuldenkrise beschäftigt sind? Beides scheint plausibel.

Wiederholt hatte Medwedjew bei G8-Gipfeln den europäischen Staatslenkern zu verstehen gegeben, dass er sich als Partner nicht ebenbürtig angenommen fühle, Russland aber eine Partnerschaft auf Augenhöhe erwarte. Immer wieder hatte er Gegenmaßnahmen in Aussicht gestellt für den Fall, dass der Westen sich Verhandlungen mit Russland zum Thema Raketenabwehr verschließt. Doch die Forderungen des Russen gingen den Nato-Partnern zu weit. Er verlangte eine Zusicherung per Vertrag, dass der Raketenschild nicht gegen Russland gerichtet sei. USA und EU wurden indessen nicht müde zu betonen, dass der geplante Schutzschild keine Bedrohung für Russland darstelle und deshalb ein schriftliches Dokument nicht vonnöten sei. Die Ankündigung des US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama, vom Raketenschirm abzulassen, sorgte in Moskau zunächst für Entspannung. Dann wurde aber klar, dass die USA doch daran festhalten, wenn auch in abgespeckter Form. Nachdem Rumänien, Polen und auch die Türkei ihre Bereitschaft erklärt haben, Radarsysteme auf ihren Territorien zuzulassen, sieht Medwedjew sich offenbar gezwungen zu handeln.

Die Radarstation in Neukuhren hat einen Radius von 5000 Kilometern. Sie kann Raketen und andere Flugobjekte in ganz Europa bis zum Atlantik aufspüren. Insgesamt sind bereits drei weitere Funkmessstationen vom Typ „Woronesch-DM“ im Einsatz, zwei im Raum St. Petersburg und eine weitere im Gebiet Krasnodar. Eine weitere soll bald im Raum Irkutsk installiert werden mit dem Ziel, den chinesischen Luftraum zu kontrollieren. Parallel dazu hat Medwedjew die Stationierung moderner Raketen im Süden und Westen der Russischen Föderation angekündigt. Im Königsberger Gebiet könnten also demnächst schon „Iskander“-Raketen stationiert werden.

Ziel: Militärisches Gleichgewicht sichern

Die Ausweitung der Radarsysteme kann als Antwort auf die Raketenabwehr des Westens gesehen werden, vieles spricht jedoch für eine zunehmende Nervosität der Russen, denn auch andernorts baut der Kreml seine Verteidigungsbereitschaft aus: In einer sich rasch ändernden Weltlage gilt es, das militärische Gleichgewicht zu sichern. Überall dort, wo die Nato ihre Präsenz erweitert, versucht auch Russland, Einfluss zu nehmen, sei es militärisch oder wirtschaftlich. Erst kürzlich hat der Kreml Kriegsschiffe in Richtung Syrien verlegen lassen, unter anderem einen U-Boot-Zerstörer. Der russische Generalstabschef Nikolaj Makarow begründete den Standortwechsel mit einem Manöver, doch geht es um die Präsenz im Mittelmeer. Mit seinem Stützpunkt an der syrischen Küste setzt Russland ein Gegengewicht zur Nato, die durch ihren Einfluss in der Türkei und ihren Einsatz im Irak in dem Raum präsent ist. Wirtschaftlich sichert Russland sein Interesse an mehr Präsenz im Mittelmeerraum, indem es dem hoch verschuldeten Zypern Kredite gewährt (siehe Meldung Seite 7). *Manuela Rosenthal-Kappi*

Diskussionen um Königsberger Straßenbahn

Zurzeit ist das Verkehrsmittel veraltet und unwirtschaftlich – Für die Modernisierung des Fuhrparks fehlt Geld

Der Trend, dass in Königsberg immer mehr Straßenbahnlinien stillgelegt werden, hält an.

Als vor kurzem im Museum Friedländer Tor eine Ausstellung zum 65. Jubiläum der russischen Straßenbahn in Königsberg eröffnet wurde, war neben dem Bürgermeister Alexander Jaroschuk auch der Direktor des städtischen Verkehrsunternehmens „KaliningradGorTrans“ Anatolij Muchomor anwesend. Obwohl die Ausstellung der Geschichte des Verkehrsmittels gewidmet war, interessierten sich die meisten Besucher für dessen Zukunft, falls die Straßenbahn überhaupt noch eine hat. Jaroschuk sagte, er selbst sei für den Ausbau des Straßenbahnnetzes, aber in letzter Zeit habe die Stadtverwaltung aus ökonomischen Gründen gegenteilige Entscheidungen treffen müssen. Im kommenden Jahr werde die Stadt sich mit der Erneuerung des Gleisbettes mit Hilfe deutscher Technik beschäftigen, um die Straßenbahn leiser zu machen. Jaroschuk räumte ein, dass der Fuhrpark dringend modernisiert werden müsse, hierfür aber schlichtweg kein Geld da sei. Diese Frage müsse deshalb auf 2013 vertagt werden. Die Wahl des Bürgermeisters wird im März 2012 stattfinden und es ist nicht sicher, dass die Königsberger Jaroschuk wiederwählen werden. Deshalb schildert der Bürgermeister in den schönsten Farben die märchenhaftesten Perspektiven bezüglich der Entwicklung des Stadtverkehrs. Er erklärte, dass asiatische Geschäftsleute ihm einen ungewöhnlichen Vorschlag unterbreitet hätten. Eine Art „Schwebebahn“, die das Zentrum mit den umliegenden Stadtteilen verbinden soll, sei die Lösung des Problems. Doch ein solches Projekt sei erst recht nicht zu finanzieren. Weil es nicht möglich sei, das Straßenbahnnetz in Königsberg auszubauen, gelte es, das noch vorhandene zu erhalten. Jaroschuk zeigte sich überzeugt, dass es in Königsberg auch in Zukunft eine Straßenbahn geben werde. Muchomor erinnerte daran, dass zurzeit überall in Europa Straßenbahnlinien wieder in Betrieb genommen werden und meinte, Königsberg solle sich dieser Tendenz anschließen, bedauerte zugleich jedoch die fehlenden Mittel.

Bürgermeister hat Wahlkampfthema entdeckt



Ein Verkehrsmittel mit ungewisser Zukunft: Königsbergs Straßenbahn Bild: Tschernyschew

Während die Politiker sich für den Fortbestand der Straßenbahn aussprachen, ist die Einstellung der Linie Nummer 1 bereits beschlossen. Zunächst wird sie ihre Route durch die Stadt ändern, aber ob diese dann später auch eingestellt wird, ist nicht sicher. Als Ersatz für die bisherige Route der Straßenbahn Nr. 1 wurden Busse gekauft. Ein Bus kostet umgerechnet 36000 Euro, insgesamt wurden zehn Busse bereitgestellt.

Laut Muchomor ist die Linie 1 wirtschaftlicher als die Linie 5, die nur wenige Passagiere hat. Meist wird diese Linie von Rentnern genutzt, die verbilligte Monatskarten erhalten, die wiederum zu 168000 Euro Verlust führen. Damit die Straßenbahn Gewinne einfährt, müssten die Fahrkarten mindestens 60 Cent kosten, doppelt so viel wie bisher. Doch nach einer solchen Preiserhöhung würden noch weniger Menschen Straßenbahn fahren.

Der Politiker stellte in Aussicht, dass in etwa fünf Jahren die Straßenbahn in Königsberg modern und schnell sein werde. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

in der letzten Folge konnten wir schon Erfreuliches berichten, aber es hat sich noch viel mehr getan. Da hatte Frau **Ursula Schäning-Dumke** von dem steinernen „Barto“ in ihrer Heimatstadt Barten geschrieben, der in ihrer Erinnerung im Garten von Dr. Gotthardt hinter dem Zaun stand, und auch nach dem Verbleib der Familie des Tierarztes gefragt. Nun verschieben sich ja die Dimensionen, wenn man älter wird – wer kennt das nicht, wenn er die Stätten seiner Kindheit nach Jahrzehnten betritt und verwundert feststellen muss, dass manches doch anders ist, als man es in der Erinnerung hatte? So versetzte Ursula Schäning-Dumke den Barto um etwa 50 Meter: Er stand nicht hinter dem Gartenzaum des Gotthardtschen Anwesens, sondern auf einem freien Platz vor der Einfahrt zur alten Ordensburg. Wer das jetzt richtig gestellt hat, muss es schon genau wissen, denn es ist niemand anders als der Sohn des Tierarztes aus Barten, Herr Dr. **Dietrich Gotthardt** aus Pattensen. Er hat sofort seine ehemalige Schulgefährtin – damals **Ursula Aulich** – angerufen, und das war wohl mehr, als sie auf ihre Frage, ob die Kinder des Tierarztes noch leben, erwartet hatte. Dr. Gotthardt konnte ihr mitteilen, dass alle Geschwister noch leben. Er ist sich sehr über die „Barto“-Veröffentlichung in unserer Kolumne gefreut, denn er fühlt sich mit seiner Heimat eng verbunden und ist seit 1974 schon zehnmal in Barten gewesen. Und so kann er uns Aktuelles über diese sagenhafte Figur berichten, die sich heute auf dem Schlosshof in Allenstein befindet; mit einer kleinen Hinweistafel auf ihren Ursprungsort Barten. Neuerdings steht auch eine große Nachbildung in dem neuen „Freilichtmuseum“ in der Nähe der Wolfsschanze, wie Herr Dr. Gotthardt in diesem Sommer feststellen konnte, allerdings als Frau bezeichnet. Da hat wohl die „Gustebalde“ aus Bartenstein Modell gestanden. In Barten lebt der echte „Barto“ als Abbildung des Originals in einem Schaukasten an der Kirche weiter. Und nun kommt es: Tatsächlich steht ein „Barto“ im Garten des Hauses, in dem Dr. Dietrich Gotthardt aufwuchs, und wie Frau Schäning-Dumke sich zu erinnern glaubte – aber heute! Vor dem Haus, das von dem jetzigen Bewohner sehr gut restauriert wurde, befindet sich eine aus Ytong-Stein geschnitzte Barto-Figur. Dieses Beispiel hat die Enkelin von Dr. Gotthardt angeregt, für seinen Garten in Pattensen auch einen „Barto“ zu schnitzen. Was durch ein Foto, das Frau Schäning-Dunke in einem Ostpreußenbuch entdeckte, sich doch alles an Wissenswertem ergeben hat! Das dürfte nicht nur die Fragestellerin überrascht haben. Ich war es jedenfalls und danke Herrn Dr. Gotthardt für sein ausführliches Schreiben.

Große Überraschung auch für Herrn **Knut Walter Perkuhn** aus Wriedel – ich glaube, so langsam werden wir für ihn wirklich zu einer „wundervollen Familie“. In dem Mosaik seiner Lebensgeschichte, an der er arbeitet, fehlten einige Puzzleteilchen, aber nun weist diese Stelle keine Lücken mehr auf, im Gegenteil, sie ist überreichlich bestückt. Es ging um das Kapitel seiner Jugend, das in Königsberg spielt, als der Junge aus dem Kreis Bartenstein dort als „Pensionsschüler“ in einer Familie wohnte, die ihm eine Freundin seiner Mutter vermittelt hatte, bei der er oft zu Besuch war. Ihren Namen wusste er noch: **Lilly Lüttjohann**, aber wo das schöne Haus stand, in dem sie einen Kindergarten eingerichtet hatte, war ihm entfallen. Er erinnert sich nur daran, dass es einen herrlichen Garten hatte, in dem der Junge mit den Kindern spielen und toben durfte. Eigentlich wollte Herr Perkuhn nur die Adresse wissen, die er bisher nicht feststellen konnte, zumal er auch nicht genau wusste, ob der Name stimmte. Er hatte eine mögliche Anschrift bereits von mir erhalten, es war die des Kaufmanns **Georg** Lüttjohann – vermutlich der Vater von Lilly – in der Regentenstraße 1 im Stadtteil Amalienau. Schon das erste Telefongespräch, das er nach der Veröffentlichung seiner Frage in der Nummer 45 der *PAZ* mit einer Königsbergerin führte, brachte für ihn unerwartete Informationen. Die 88-Jährige konnte ihm nicht nur mitteilen, dass die Adresse stimmte, sondern wusste ihm als ehemaliges Kindergartenkind von Lilly Lüttjohann auch viel über ihre Betreuerin und das Haus zu berichten. Sie besitzt noch zwei Fotos aus ihrer Kindergartenzeit, eins zeigt Lilly Lüttjohann in dem Gartenzimmer, das zweite die betreuten Kinder auf einem Ausflug nach Cranz. Die alte Dame will Herrn Perkuhn die Fotos zum Kopieren zusenden.

War das schon mehr als erwartet, so brachte einige Tage später ein zweiter Anruf weitere Überraschungen. Frau **Roswitha Kulikowski** erinnerte sich ebenfalls an den Kindergarten, und sie besitzt noch ein vor 20 Jahren aufgenommenes Farbfoto von dem Haus, das noch heute steht. Sie kannte auch die Familie, in der 1942 der Junge als Schüler wohnte, und sie hat mit der Tochter seiner ehemaligen Pensionsmutter noch immer Verbindung. Und nun kommt noch Herrn Perkuhns eigene Familie ins Spiel. Vor einiger Zeit hatte Herr Perkuhn eine Kurzbiografie über seinen Großonkel **Karl Ludwig Perkuhn** und das Gut Groß-Ratshof geschrieben, dass dieser im Jahr 1900 an die Stadt Königsberg verkaufte. Der Oberamtmann besaß eine große Villa in der Regentenstraße 4-6, über die Roswitha Kulikowski ebenfalls Auskunft geben konnte. Sie kannte auch seinen Besitzer. „Frau Kulikowski wusste noch sehr viel über Amalienau zu erzählen, und wir konnten viele Erinnerungen austauschen! So klein kann die Welt sein!“, beendet Herr Perkuhn seinen Erfolgsbericht.



Bild: privat

An Königsbergs Douglaspark: Die Villa von Karl Ludwig Perkuhn, Regentenstraße 4-6

Aber das ist noch nicht alles. Denn auch ich bekam Zuschriften zu diesem Thema, darunter eine längere, die nicht nur glänzend geschrieben ist, sondern in der die eigenen Erinnerungen an die Kindheit in Amalienau in eine präzise Schilderung der Kriegs- und Fluchtzeit eingefügt sind. Der Umschlag war an mich adressiert, hatte aber keinen Absender, es lag auch kein Begleitschreiben mit Adressenangabe dem Manuskript bei. Ich weiß nun leider nicht, wer diesen Bericht geschrieben hat, auf den ich gerne näher eingehen möchte. Ich nehme nicht an, dass die Schreiberin oder der Schreiber anonym bleiben will, sondern dass hier ein Versehen vorliegt und bitte deshalb um Namensmeldung. Da sich der Bericht direkt auf den Suchwunsch von Herrn Perkuhn bezieht, will ich die Stellen zitieren, die das Bild von dem Kindergarten in Amalienau ergänzen. Es ist da zu lesen:

„In dem schönen Garten – vermutlich der Douglas-Park – verbrachte ich bis zu meinem achten Lebensjahr viele, viele Stunden. Sobald es im Frühjahr etwas wärmer wurde, kletterte ich auf ‚meinen Baum‘ und saß stundenlang in lichter Höhe auf einem dicken Ast. Bald wusste ich, wo das Rotkehlchen nistete, die Eichhörnchen wohnten und in welchem Laubhaufen die Igelfamilie lebte. Nachdem ich eingeschult worden war und lesen gelernt hatte, nahm ich ständig einen ganzen Stapel Bücher mit. So bepackt verschwand ich regelmäßig, insbesondere im Sommer, nach dem Schulunterricht und dem Mittagessen mit meiner Mutter und nach Erledigung der Schulaufgaben in den ‚Garten meiner Träume‘, um mich in die Bücher zu vertiefen. So ab Sommer 1943 bis August 1944 konnte ich immer wieder eine große Kinderschar beobachten, die aus der Regentenstraße durch eine kleine Gartenpforte zusammen mit ihren Erzieherinnen in den Garten kam und es sich dort gemütlich machte. Es wurden Spiele miteinander veranstaltet, die Kinder saßen im Gras, sangen Lieder oder hörten den Geschichten zu, die ihnen die Betreuerinnen vorlasen. Es dauerte eine gewisse Zeit, bis ich entdeckt wurde, aber ich blieb auf meinem Baum, fühlte mich absolut nicht gestört, betrachtete aus meiner Perspektive die Kinder und das Spiel.“

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Bild: Pawlik

Es wird dann noch auf den am Hammerweg angelegten Gemüsegarten hingewiesen, der zu einer Gärtnerei in der Kastanienallee gehört, und auf den kleinen, mit Entenflott bedeckten Teich, der im Krieg als Löschteich diente.

„Ich schildere die Gegebenheiten deswegen so genau, weil ich mir vorstellen kann, dass der Herr, der Ruth Geede die Anfrage schickte, sich daran besser erinnern kann. Denn es ist ja offen, ob es überhaupt der gesuchte Garten ist“, ist weiter zu lesen.

Die Vermutung ist berechtigt, denn Herr Perkuhn beschreibt ja den Privatgarten des Hauses Lüttjohann. Aber es ist durchaus möglich, dass Lilly Lüttjohann auch ihre kleine Schar in diesen Park geführt hat. Wie auch immer: Diese Erinnerung spricht für die – schon in der Kindheit bewusst empfundene – Liebe zur Natur, die nun einmal ein Teil unseres ostpreußischen Wesens ist.

Und das gefällt wohl auch unseren jüngeren Leserinnen und Lesern, was mir wieder in einem Brief bestätigt wurde, den ich kürzlich erhielt. Frau **Anorthe Nielsen** aus Göttingen hat ihn geschrieben und schon über die Anfangszeilen habe ich mich gefreut. Steht doch da zu lesen: „Bei uns wird das *Ostpreußenblatt* zerfleddert, wenn Tochter und Enkelin zu Besuch kommen. Enkelin nimmt sofort die ‚Familie‘, Tochter die Leserbriefe als erstes, und ich fange von hinten an. Ich bin mit dem *Ostpreußenblatt* groß geworden. Mein Vater verteilte es im Lager Friedland an die Aussiedler und steckte ihnen die Elchschaufel an.“ Frau Nielsen ist eine geborene Czudnochowski, die Familie stammt aus dem Kreis Johannisburg, sie selber wurde in Lyck geboren. Als sie in diesem Sommer in ihrer Heimat war, besuchten sie dort das Archiv, um nach Unterlagen für ihre Familiengeschichte zu suchen, und sie wurden fündig. „Wir fanden das Grundbuch meines Großvaters **Adolf Czudnochowski**, geboren in Schunowen, Kreis Johannisburg, später Sadunen. Darin standen auch diese Namen: **Roch**, **Gertrud**, *1. Oktober 1922 und Roch, **Siegfried**, *26. Oktober 1924, beide in Schunowen. Und nun ergibt sich die Frage: Welche Verbindung besteht zwischen den Familien Czudnochowski und Roch? Vielleicht lassen sich Angehörige finden, die mir weiterhelfen könnten. Für jeden Hinweis wäre ich dankbar.“ Weil Frau Nielsen auf anderem Wege bisher nicht weitergekommen ist, hofft sie nun auf unsere Ostpreußische Familie, und da dürfte nicht nur die Enkelin gespannt sein, ob sich etwas ergibt und wenn ja, was. Bei Gertrud und Siegfried Roch handelt es sich wohl um Geschwister, die vielleicht noch leben, oder es könnten sich ihre Nachkommen finden lassen. (Anorthe Nielsen, Kopenhagenstraße 18 in 37079 Göttingen, Telefon 0551/66818.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Zum Totlachen

Niedersachsen hilft bei Dozentenausbidung

Deutsch als Minderheitensprache in der Erwachsenenbildung“ lautet der Titel eines gemeinsamen Projektes des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) mit Sitz in Oppeln und der in Hannover beheimateten Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (AEWB). Sinn und Zweck des Projektes ist die Ausbildung von Dozenten für den Deutschunterricht für Erwachsene im Raum Oppeln.

Dabei will man sich der Aufgabe offenkundig spielerisch annehmen. „Im Prinzip besteht bei vielen immer noch der Gedanke, Erwachsene spielen nicht. Sie spielen sehr gerne. Und wenn man sich darauf einlässt“, so Stephanie Pasdika von der AEWB, „können sie sich alles besser merken und dabei wirklich totlachen.“

„Bei all diesen Spielen, ob Bingo oder Obstkorb, geht es darum, alle Sinne anzusprechen. Nur so kann das Lernen Spaß machen und ist im Endeffekt viel effektiver“, haut Frank Navel, seines Zeichens freier Trainer für Erwachsenenbildung, in dieselbe Kerbe.

Gemeinsames Projekt von VdG und AEWB

Die AEWB ist, wie man auf ihrer Internetseite nachlesen kann, „vom Land Niedersachsen mit dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) vom 23. November 2004 auf den Weg gebracht worden. Im Januar 2006 hat die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung ihre Arbeit in der Bödekerstraße 18 in Hannover aufgenommen.“ *PAZ*

»Beispiel für andere Länder«

Rumänien ehrt BdV-Vizepräsident Bernd Fabritius mit seinem höchsten Orden

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) Bernd Fabritius ist von Rumänien mit dem höchsten nationalen Verdienstorden ausgezeichnet worden. Dazu erklärt die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach:

„Die Verleihung des höchsten Nationalen Verdienstordens der Republik Rumänien durch den rumänischen Staatspräsidenten an den Bundesvorsitzenden der Siebenbürger Sachsen und BdV-Vizepräsidenten Dr. Bernd Fabritius macht das gute Verhältnis zwischen der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen und dem rumänischen Staat deutlich.



Bernd Fabritius: Bei seiner Rede im Bayerischen Landtag anlässlich der Ordensverleihung

Bild: Siebenbürgische Zeitung

Diese Ehrung für den Repräsentanten der aus Siebenbürgen stammenden Deutschen zeigt, dass es ein gutes und vertrauensvolles Miteinander geben kann, trotz der Verwerfungen und Schrecknisse aus der Mitte des 20. Jahrhunderts.

In anderen europäischen Ländern sollte man dringend die eigene Politik gegenüber den vertriebenen Deutschen überprüfen und sich ein Beispiel an Rumänien aber auch Ungarn und der Slowakei nehmen. Ein gutes Miteinander nützt beiden Seiten und trägt zu einem versöhnten Europa bei.

In der Verleihungsurkunde an Dr. Bernd Fabritius heißt es: ‚Es wird der Nationale Orden für vertrauensvolle Verdienste im Grade eines Kommandeurs Herrn Dr. Bernd Fabritius, dem Vorsitzenden des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in der Bundesrepublik Deutschland und Präsidenten des Weltverbandes der Siebenbürger Sachsen, verliehen.‘

Damit ist sein erfolgreiches Bemühen, ‚mit dem Herkunftsgebiet der Siebenbürger Sachsen einen zielorientierten Dialog zur Lösung gemeinsamer Anliegen zu führen und auch eine Brückenfunktion im Sinne eines guten Miteinanders in Europa wahrzunehmen‘, von höchster Stelle in Rumänien gewürdigt worden.

Nicht zuletzt die Rede des rumänischen Außenministers Dr. Theodor Baconschi auf dem Heimattag der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, in der er versichert, dass die Siebenbürger als willkommene Landsleute in Rumänien vermisst werden, zeigt den Wandel im Verhältnis unserer Länder.“ *PAZ*

Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Schlenger, Irmgard, geb. **Arndt**, aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, am 12. Dezember

ZUM 101. GEBURTSTAG

Bednarz, Frieda, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 17. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Lutz, Meta, geb. **Koske**, verw. **Falk**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 16. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Horsch, Frieda, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 17. Dezember

Makarowski, Klaus, aus Lyck, am 12. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bender, Fritz, aus Ebenrode, am 17. Dezember

Kempf, Ruth, geb. **Lukas**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 12. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Labrenz, Ella, geb. **Walter**, aus Groß Lehwalde, Kreis Osterode, am 15. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kaninke, Ewald, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Dezember

Lingk, Hans Joachim, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 16. Dezember

Sawicki, Helene, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 14. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Andres, Eleonore, geb. **Bartels**, aus Heiligenbeil, am 16. Dezember

Buksa, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Hoffmann, Frieda, geb. **Naujokat**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 15. Dezember

Thomsen, Ursel, geb. **Losch**, aus Neidenburg, am 18. Dezember

Wasilewski, Elfriede, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bednarz, Ernst, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember

Dannappel, Karl, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 15. Dezember

Grzegorzewski, Ruth, geb. **Wedemann**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Naporra, Otto, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Nikolai, Waltraud, geb. **Moldehn**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember

Preuß, Hildegard, geb. **Dagott**, aus Rothenen, Kreis Samland, am 14. Dezember

Rayer, Inge-Ruth, geb. **Supplieth**, aus Pillau, Kreis Samland, am 16. Dezember

Schirrmacher, Erna, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 18. Dezember

Strümpel, Elisabeth, geb. **Olschewski**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 12. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Böhringer, Marianne, geb. **Jahnert** (Janert), aus Königsberg Pr. und Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Dezember

Brandstädter, Margarete, geb. **Berkoben**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember

Galla, Ursula, geb. **Klinge**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 13. Dezember

Hentschel, Annemarie, aus Lyck, am 13. Dezember

Hoppenberg, Elli, geb. **Bienko**, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Lenk, Margarete, geb. **Köhn**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 14. Dezember

Martin, Emilie, geb. **Rudel**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember

Mast, Ruth, geb. **Prießner**, aus Schlesien, am 16. Dezember

Niggenaber, Erna, geb. **Gutsch**, aus Mandtkeim, Kreis Samland, am 12. Dezember

Prößdorf, Frieda, geb. **Thurau**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, am 13. Dezember

Raffel, Walter, aus Osterode, am 14. Dezember

Salecker, Gertrud, geb. **Dupke**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blank, Meta, geb. **Blank**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 14. Dezember

Boy, Gertrud, geb. **Wiertschoch**, aus Borken, OT Niederhorst, Kreis Lyck, am 14. Dezember

Eggert, Gertrud, geb. **Langner**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

Fürst, Luise, geb. **Matschuck**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Dezember

Hermann, Elfriede, geb. **Theophil**, aus Ebenrode, am 14. Dezember

Herrmann, Helmuth, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember

Holzapfel, Ursula, geb. **Metauge**, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 15. Dezember

Krause, Anna, geb. **Gusek**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember

Lyß, Elfriede, geb. **Schwedt**, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember

Mey, Greta, geb. **Schmeling**, aus Ebenrode, am 14. Dezember

Pecher, Hildegard, geb. **Wobbe**, aus Lüdtkenfürst Friedrichshof, Kreis Heiligenbeil, am 17. Dezember

Rudzio, Hermann, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 16. Dezember

Sauter, Margarete, geb. **Zeheter**, aus Lötzen, am 14. Dezember

Schümann, Ida, geb. **Gulatz**, verw. **Zötl**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 14. Dezember

Sender, Herbert, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

Sinowzik, Margarete, geb. **Patz**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adamski, Heinrich, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 14. Dezember

Bethke, Gerda, aus Treuburg, am 17. Dezember

Böhme, Christel, geb. **Dous**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 15. Dezember

Drasba, Margarete, geb. **Paczenski**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 13. Dezember

Gustavsson, Elly, geb. **Poschmann**, aus Heiligenbeil, am 15. Dezember

Haecks, Minoka, geb. **Krajewski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Kais, Irmgard, geb. **Mitzkatis**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember

Mix, Annelore, geb. **Killat**, aus Sommershöfen, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember

Oestmann, Elfriede, geb. **Mrotzek**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Rang, Christine, geb. **Kannenberg**, aus Lyck, am 15. Dezember

Redlof, Christa, geb. **Achenbach**, aus Ebenrode, am 16. Dezember

Rosumek, Lothar, aus Lötzen, am 15. Dezember

Sadowski, Hubert, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Schade, Franz, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember

Schöler, Willi, aus Pillau, Kreis Samland, am 13. Dezember

Schüffler, Frieda, geb. **Neumann**, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Stein, Christel, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. Dezember

Tams, Käthe, geb. **Welsch**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. Dezember

Tetzlaff, Lieselotte, geb. **Kaminski**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. Dezember

Wilk, Elfriede, aus Lyck, am 13. Dezember

Wrobel, Reinhard, aus Treudorf, am 16. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Burmeister, Ilse, geb. **Steinkraus**, aus Neidenburg, am 12. Dezember

Butter, Hildegard, geb. **Vetter**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember

Czyperreck, Helga, geb. **Schmidt**, aus Lyck, am 18. Dezember

David, Johann, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember

Dorroch, Bruno, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Ehrke, Dorothea, geb. **Wilke**, aus Treuburg, am 17. Dezember

Enstipp, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Dezember

Fiedler, Erika, geb. **Janz**, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember

Graffenberger, Bruno, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 12. Dezember

Greszki, Georg, aus Allenstein, am 16. Dezember

Groß, Bruno, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 18. Dezember

Jegelka, Kurt, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 18. Dezember

Jonashoff, Inge, geb. **Penellies**, aus Altginnendorf, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember

Juska, Heinz, aus Lyck, am 12. Dezember

Käsch, Christel, geb. **Kotowski**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Kaunat, Werner, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Dezember

Kopetsch, Fritz, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 13. Dezember

Lauterbach, Ilse, geb. **Plew**, aus Lyck, am 18. Dezember

Linnemann, Ruth Elisabeth, geb. **Wengelnik**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 12. Dezember

Malter, Gerda, geb. **Schönfeld**, aus Lindenau, Kreis Heiligenbeil, am 1. Dezember

Mannsfeld, Irene, geb. **Rattay**, aus Treuburg, am 15. Dezember

Naschekewitz, Ruth, geb. **Timm**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember

Pauser, Inge, geb. **Lasogga**, aus Königsberg Pr., am 8. Dezember

Pempe, Heinz, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 12. Dezember

Pulver, Waltraud, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember

Rüdiger, Eva, geb. **Thal**, aus Kirschdorf, Kreis Heiligenbeil, am 15. Dezember

Samsel, Christel, geb. **Stobbe**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember

Schmidt, Ursula, geb. **Mikat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember

Schulte, Elisabeth, geb. **Laschat**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember

Slaby, Lisbeth, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 15. Dezember

Teubler, Richard, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. Dezember

Urbschat, Günther, aus Kutzen, Kreis Treuburg, am 14. Dezember

Zohner, Helga, geb. **Riedel**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 14. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Anders, Christel, geb. **Schröter**, aus Heiligenbeil, am 12. Dezember

Gottschalk, Hildegard, geb. **Hube**, aus Schwengels OT Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 15. Dezember

Hermann, Christel, geb. **Sczech**, aus Heiligenbeil, am 12. Dezember

William, Inge, geb. **Eisenblätter**, aus Heiligenbeil, am 16. Dezember



Noch, Walter, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, und Frau Lieselotte, geb. **Kersten**, am 15. Dezember

Ostdeutscher Weihnachtsmarkt – Sonnabend, 10. Dezember, 14 bis 18 Uhr: Ostdeutscher Weihnachtsmarkt im Westpreußischen Landesmuseum Münster. Im Rahmen dieser Veranstaltung bieten die ostdeutschen Landsmannschaften zahlreiche hausgemachte Spezialitäten an und einen besinnlichen Nachmittag. An den Tischen der Landsmannschaften gibt es Spezialitäten, die in Münster in dieser Form kaum ein zweites Mal zu finden sind: schlesisches Häckerle, Weihnachtliches in Klöppelarbeit, Bunzlauer Keramik, Pommersches Schmalz, Danziger Goldwasser und Gebäck sowie hausgemachter schlesischer Mohnkuchen. Um 16 Uhr Vortrag „Die Kripplein-Christi-Kirche in Fraustadt. Eine außergewöhnliche lutherische Kirche“. Die Besonderheit dieses Ortes bewirkte, dass die frommen Menschen aus ganz Europa, welche die Kripplein-Christi-Kirche sehen wollten, nach Fraustadt kamen. Eintritt frei.

Informationen über Telefon (02506) 81012-10, Fax (02506) 81012-14. *EB*

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

TERMINE DER LO

Jahr 2012

10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Lüneburg
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Otheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest, voraussichtlich in Allenstein
23. bis 25. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
26. bis 28. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 10. Dezember, 11.30 Uhr, NDR: Mauerjahre. Die Jahre 1976 bis 1978.
SONNABEND, 10. Dezember, 20.15 Uhr, BR: Vincent van Gogh. Ein Leben in Leidenschaft. USA 1956.
SONNTAG, 11. Dezember, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 11. Dezember, 23.40 Uhr, MDR: Putin und der Westen.
MONTAG, 12. Dezember, 22.45 Uhr, ARD: Staatsaffären um Sex und Macht.
MONTAG, 12. Dezember, 23.30 Uhr, ARD: Babi Jar – Das vergessene Massaker.
DIENSTAG, 13. Dezember, 17.45 Uhr, 3sat: Die Deutschen: Heinrich und der Papst.
DIENSTAG, 13. Dezember, 20.45 Uhr, MDR: Mitteldeutsche Wahrzeichen: Wie der Brocken zur Festung wurde.
DIENSTAG, 13. Dezember, 22.25 Uhr, 3sat: Die jüdische Lobby. Spurensuche in Amerika.
MITTWOCH, 14. Dezember, 17.45 Uhr, 3sat: Die Deutschen: Barbarossa und der Löwe.
MITTWOCH, 14. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Alexander der Große. „Der Makedonier“. Doku.
MITTWOCH, 14. Dezember, 22.15 Uhr, N24: Die Hauptstadt hebt ab – Berlins neuer Mega-Airport.
DONNERSTAG, 15. Dezember, 17.45 Uhr, 3sat: Die Deutschen: Luther und die Nation.
DONNERSTAG, 15. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Die Schönen des Ostens. „Tallinn – Die Ungeduldige“.
FREITAG, 16. Dezember, 15.15 Uhr, RBB: Winter in Ostpreußens Zauberwald.
FREITAG, 16. Dezember, 17.45 Uhr, 3sat: Die Deutschen: Wallenstein und der Krieg.
FREITAG, 16. Dezember, 20.15 Uhr, WDR: Meine Kindheit in der Weihnachtszeit.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.de.

Heimatbrief 2011 – Im Heimatbrief 2011 hat sich kein Druckfehler, sondern ein technischer Fehler eingeschlichen. Wir bitten dieses Versehen zu entschuldigen. Im nächsten Heimatbrief werden die Wohnorte wieder richtig erscheinen. Wir möchten Sie noch einmal bitten, Ihre Angehörigen zu informieren, wenn in Ihrer Familie ein Todesfall eintritt oder die Anschrift sich verändert, die Kreisvertreter zu informieren. Es ist sehr schade, wenn viele Heimatbriefe den Empfänger aus diesen genannten Gründen nicht erreichen und wieder zurückkommen. Es entstehen dadurch unnötige Kosten und es würde viel Arbeitsaufwand gespart. Allen Lesern des Heimatbriefes eine schöne Adventszeit!



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Trauer um Heinz-Karl Przyborowski – Wir erhielten die traurige Nachricht, dass am 16. November 2011 unser langjähriger Schriftleiter, Oberstudienrat a. D. Heinz-Karl Przyborowski im Alter von 94 Jahren verstorben ist. Als verantwortlichem Schriftleiter verdanken wir ihm 31 Angerburger Heimatbriefe. Bei seinen Leserinnen und Lesern hat er sich großes Ansehen erworben. Nach dem Verständnis des Schriftleiters sollte der Angerburger Heimatbrief informieren, interpretieren, dokumentieren und heimatpolitische Aussagen nicht scheuen. Ihm war klar, dass damit ein hohes Maß an Verantwortung verbunden war. Erstmals erschien zu Pfingsten 1968 in seiner Verantwortung der Angerburger Heimatbrief Nr. 58. Weitere Ausgaben bis zur Nr. 73 folgten (Weihnachtsausgabe 1975). 1976 zwang eine schwere Erkrankung Heinz-Karl Przyborowski, diese sehr arbeitsaufwändige Aufgabe in andere Hände zu geben. Als Not am Mann war, stellte er sich 1985 nochmals als Schriftleiter zur Verfügung, um nach Vollendung des 75. Lebensjahres dieses Amt endgültig abzugeben. In dieser Zeit waren die Ausgaben Nr. 97 bis 111 erschienen. Diese Arbeit war oft nur mit großem persönlichen Einsatz und in unermüdlicher Kleinarbeit zu schaffen. Auch viele Artikel stammen aus seiner Feder. Die Landsmannschaft Ostpreußen hat sein großes Engagement für Angerburg und Ostpreußen mit der Verleihung des „Silbernen Ehrenzeichens“ an seinem 70. Geburtstag gewürdigt. Heinz-Karl Przyborowski hat in den vielen Jahren seines unermüdlichen Wirkens und Schaffens für seine Heimat seine Person stets in den Hintergrund treten lassen. Er hat seiner Heimat über viele Jahre ehrenamtlich gedient und die freiwillig übernommenen Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt. Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten. Die Angerburger aus Stadt und Kreis sowie alle, die Heinz-Karl Przyborowski kannten, gedenken seiner in großer Dankbarkeit.

Kurt-Werner Sadowski,

Anmerkung der Redaktion: In Folge 48 hat sich bedauerlicherweise der Fehlerteufel eingeschlichen. Kurt-Werner Sadowski ist selbstverständlich nach wie vor Kreisvertreter. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Standardwerk über den Kreis Gerdauen für den Gabentisch – Liebe Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen, für das bevorstehende Weihnachtsfest möchten wir Ihnen unsere große Dokumentation „Kultur im ländlichen Ostpreußen“ über die Geschichte, Güter und Menschen im Kreis Gerdauen besonders ans Herz legen. In zwei Bänden mit zusammen mehr als 1400 Seiten und zahlreichen Abbildungen hat der Architekturhistoriker Dr. Wulf D. Wagner unserem Heimatkreis ein eindrucksvolles Denkmal gesetzt und wissenschaftlich fundiert durch akribische Forschungsarbeit in Archiven sowie mit der Hilfe zahlreicher Zeitzeugen und Familienangehöriger der letzten Bewohner und Beschäftigten unserer Güter und Vorwerke ein Standardwerk des Kreises Gerdauen geschaffen, das in keinem Bücherschrank fehlen sollte. Für das Ergebnis der jahrelangen mühevollen und auch finanziell sehr aufwändigen Arbeit bekamen Autor und Heimatkreisgemeinschaft viel Anerkennung. So befand Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen: „Mit Ihrer Dokumentation haben Sie wirklich eine Maßstäbe setzende Publikation vorgelegt, zu der man Ihnen nur gratulieren kann und die für die Nutzer äußerst gewinnbringend ist.“ (Schreiben vom 12. Oktober 2009). Dr. Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, lobte: „Der Inhalt überzeugt, vom Beginn bis zum Ende: Herr Wagner hat hier erneut unter Beweis gestellt, wie gründlich und umfassend er seine Materie bearbeitet. Mit Blick auf die bislang erschienene Literatur zur Geschichte ostpreußischer Güter möchte ich sagen, dass hier ein Werk vorgelegt wurde, das in seiner Fülle von Details Maßstäbe setzt.“ (Schreiben vom 3. Februar 2010). Den Erlös aus dem Verkauf unserer Dokumentation wollen wir zur Sicherung unserer Heimatstube in Rendsburg und des angeschlossenen Archivs verwenden, damit diese auch in Zukunft für unsere Kinder und Enkel zur Verfügung stehen und von der Geschichte und Kultur des Kreises Gerdauen und seiner Menschen erzählen. Deshalb unsere große Bitte: Werben Sie im Kreise Ihrer Verwandten, Freunde und Bekannten für unsere einzigartige Dokumentation. Vielleicht haben Sie ja auch selbst Interesse an dem Werk oder möchten mit ihm anderen eine Freude zu Weihnachten machen. Dann besteht die Möglichkeit, die beiden Bände zum Preis von jeweils 39,95 Euro (zuzüglich Versandkosten) bei der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen, Herrn Hans Eckart Meyer, Oberstraße 28a, 24977 Langballigholz, Telefon (04636) 84 08, zu bestellen. E-Mail-Bestellungen richten Sie bitte an folgende Adresse: eckartmeyer@t-online.de. Die Dokumentation ist zudem im Buchhandel erhältlich (ISBN 978-3-89876-356-1 für Band I, und ISBN 978-3-89876-467-4 für Band II). Wir weisen darauf hin, dass sich das vollständige Personen- und Ortsregister für beide Bücher am Schluss des zweiten Bandes befindet, ebenfalls das Literaturverzeichnis.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

37. Gesamtdeutsches Heimattreffen des ostpreußischen Regierungsbezirkes Gumbinnen – „Ich lass von meiner Heimat nicht, sie birgt das Elternhaus …“ Es ist der 19. November, ein Tag, nicht wie ein jeder, zumindest für Heimatvertriebene, denn an diesem Spätherbsttag fand im Spornitzer „Landhotel“ das 37. Gesamtdeutsche Heimattreffen des ehemaligen ostpreußischen Regierungsbezirks Gumbinnen statt. 82 aus nah und fern angereiste Landsleute, Ost- und Westpreussen, Einwohner des Regierungsbezirkes Gumbinnen, des Samlandes und der Elchniederung, denen Mecklenburg, Brandenburg und Hamburg zum neuen Wohnort wurde, reisten an. Dr. Hahn begrüßte die Angereisten, unter denen sich auch die Autorin Wunsch und der Autor Buchholz, Propst Labesius und ein Bläsertrio der „Jagdhornbläsergruppe Weidmannsheil e. V. Eldenburg/Lübz“ befand. Er übermittelte Grüße Verhinderter und gedachte der Verstorbenen des letzten Jahres durch eine Schweigeminute. Das Bläsertrio spielte dann und in Anbetracht des bevorstehenden Totensonntags sowie der folgenden Adventszeit das von Philipp Nicolai stammende Kirchenlied „Wachet auf, ruft uns die Stimme…“ aus dessen Buch „Freudenspiegel des ewigen Lebens“. Mit dem vom Bläsertrio gespielten und von den Anwesenden im Stehen gesungenen Ostpreußen- und Deutschlandlied (3. Strophe) wurde auf den Tag eingestimmt. Propst Labesius legte das genannte Kirchenlied seiner nun folgenden Kurzpredigt zugrunde. Wie bisher gestalteten die Landsleute das Programm durch eigene Beiträge selbst. Besonders wirkte die Lm. Jonuscheit hieran mit. Auch blieb Zeit zum Plachandern und zum Betrachten von Fotos aus der Heimat und der Gegenwart. Beide ostpreußischen Autoren stellten ihre Werke vor, wozu auch das vielen bekannte Buch des Autors Buchholz „Iwan, das Panjepferd – eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden“ gehörte. Bemerkenswert ist, dass dieses Buch zur Pflichtliteratur in estnischen Schulen zählt. Die Autorin Wunsch berichtete, dass ihr letztes Buch auf der jüngsten Frankfurter Messe erfolgreich vorgestellt worden sei. Das Bläsertrio spielte zwischen den Beiträgen der Vortragenden Heimatlieder und gegen Ende des Vormittagsprogramms „Macht hoch die Tür“ und „Alle Jahre wieder“ als Einstimmung auf das Weihnachtsfest. Der um 13 Uhr vorgeführte Film „Ostpreußen im Inferno“ zeigte die sich gegen Kriegsende in Ostpreußen abspielenden grausamen Kampfhandlungen in äußerster Brutalität. Die Veranstaltung war trotz organisatorischer Pannen erfolgreich. Für die hierfür von den Teilnehmern entgegengebrachte Nachsicht sei gedankt. Man verabschiedete sich, wünschte sich ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes Neues Jahr 2012. – Die nächsten Treffen im gleichen Hotel werden am 31. März und 17. November 2012 stattfinden.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e. V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Rückblick als Heimatforscher auf das Jahr 2011 – Bei den Kreisgemeinschaften Insterburg gab es in diesem Jahre zwei wichtige Ereignisse. Nach vielen Jahren des Ringens erfolgte im März 2011 endlich der notarielle Vertrag zur Fusion der Kreisgemeinschaft Insterburg-Land mit der Kreisgemeinschaft Insterburg-Stadt. Seit dem 12. Oktober, also wenige Tage vor der letzten Jahreshauptversammlung, hat das Vereinsregister beim Amtsgericht Krefeld die Fusion bestätigt. Somit gibt es jetzt nur noch eine „Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e. V. in der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.“, mit einer neuen Satzung. Die im Sommer 2011 durchgeführten Wahlen mussten noch nach der alten Satzung erfolgen, letztmalig. Als Wahlbeobachter habe ich festgestellt, dass die Wahlbeteiligung gegenüber der letzten Wahl 2007 deutlich zurückgegangen ist. Mit den jetzigen Wahlergebnissen müssen wir zufrieden sein und für die nächste Wahlperiode die Belange aller Insterburger im Auge behalten. Ich erhielt von 210 abgegebenen gültigen Wahlbriefen mit 177 Stimmen die meisten Stimmen bei Insterburg-Land und bedanke mich an dieser Stelle für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Ich glaube, immer schon die Interessen aller Insterburger in unserer Gemeinschaft vertreten zu haben und war stets ein Befürworter der Fusion unserer beiden Vereine. Meine Kassenprüfungen führten letztlich zu einem anderen Denken bei den von Ihnen gewählten Vertretern. Unser 1. Vorsitzender Reiner Buslaps hat die Neuausrichtung in seinem Rechenschafts- und Geschäftsbericht 2010/2011 (vgl. IB S. 231 bis 235) sehr deutlich dargestellt. Meine Teilnahme am Ostpreußentreffen in Erfurt war für mein Engagement ein großer Erfolg. Ich konnte sehr viele Landsleute persönlich begrüßen, unter anderem auch Landsleute aus Schwägerau im Kirchspiel Norkitten. Alfred Seidenberg und Siegfried Schulz arbeiten seit einigen Jahren an einem Heimatbuch über Schwägerau, das sie gerade fertiggestellt haben. Sie möchten lebendige Erinnerungen von vergangenen Zeiten und Menschen, die das Leben im Dorf Schwägerau wesentlich mitprägten, wecken. „Die Erinnerung bleibt“, so heißt ihr Büchlein, bestens geeignet als schönes Geschenk zu Weihnachten. Über unseren jungen Kirchspielvertreter Thomas Schröder für Obehlischken / Schulzenhof berichtete ich schon im letzten IB. Gerne hätte ich jetzt auch noch einen engagierten Vertreter für das Kirchspiel Didlacken. Vielleicht fühlt sich jemand angesprochen…? Im Rahmen meines ehrenamtlichen Engagements bei der Kreisgemeinschaft Insterburg organisiere ich seit vielen Jahren auch Busfahrten nach Insterburg, mit dem vornehmlichen Ziel, insbesondere in die früheren Kirchspiele Norkitten und Schwalbental zu fahren, um dort den Mitreisenden Gelegenheit zu geben, die Stellen aufzusuchen, wo ihre Großeltern gelebt haben und ihre Eltern geboren wurden. Mehr als die Hälfte der Mitreisenden wurden nach dem Kriege geboren. Dieses zeigt mir, dass es schon ein starkes Interesse gibt, nach den familiären Spuren zu suchen, auch wenn manchmal nicht mehr als ein Stück von einem Ziegelstein gefunden wird. Ich bin erstaunt und hoch erfreut, welch großes Interesse meine nächste Reise im Juli 2012 bisher geweckt hat. Die Organisation einer solchen Reise bedeutet regelmäßig einen enormen Zeitaufwand, den niemand erkennt. Diese Zeit aber geht regelmäßig für meine heimatlichen Recherchen „verloren“. So habe ich große Zweifel, ob ich weitere Reisen nach Insterburg organisieren

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

soll. Immer wieder bin ich in den früheren Dörfern rund um Norkitten und Schwalbental unterwegs, auf der Suche nach den letzten Spuren. Ich habe längst begonnen, zielgerichtet zu „fahnden“. Mein bisheriger Schriftwechsel sowie erhaltene Dokumente sind in zirka 140 Aktenordnern nach Dörfern getrennt sortiert und abgelegt. Ich will jetzt doch alsbald mit den einzelnen Heimatbüchern beginnen. Da bleibt dann aber keine Zeit mehr, Heimatfahrten nach Insterburg zu organisieren. In diesem Jahr bekam ich viele unerwartete Kontakte zu Nachfahren von Landsleuten aus dem Kirchspiel Schwalbental, so z. B. zu Nachfahren der Familien Pohl, Krikowski, Gawehn und Klein aus Dallwitz, zu den Familien Bark, Dimsak, Jacksties und Krenz aus Schwerfelde, zu Schnewitz aus Dreibrüken, zu Kallweit, Hagen und Gribkowski aus Storchfelde, zu Moesus und Rosenau aus Hasenfeld. Aus dem Kirchspiel Norkitten bekam ich in diesem Jahre wiederum viele neue Kontakte, z. B zu Nachfahren der Familie Gallinat aus Otterwangen, zu Nachfahren der Familien Barteck und Degner aus Norkitten, zu Naujock und Schwagereit aus Groß Jägersdorf usw. Auch in diesem Jahr erhielt ich noch viele heimatliche Fotos und Personenstandsurkunden. Von wem kann ich noch Urkunden aus Norkitten und Jodlauken / Schwalbental erhalten? Gerade erst habe ich wieder eine Anfrage wegen Erbenermittlung von einem Nachlassverwalter erhalten. Von wem kann ich noch Fluchtberichte erhalten? Sehr gerne bedanke ich mich an dieser Stelle bei allen Landsleuten, die mein Wirken um den Kreis Insterburg durch eine kleine finanzielle Zuwendung zu würdigen wussten. Bleiben Sie alle Ihrem Heimatgedanken treu! Bitte unterstützen Sie auch weiterhin mein Wirken um die Kirchspiele Norkitten und Schwalbental! Allen Lesern des Insterburger Briefes wünschen meine Frau Angelika und ich eine besinnliche Adventszeit, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und glückbringendes Neues Jahr 2012 in Gesundheit und Frieden. Gedenken wir auch unserer verstorbenen Landsleute! Sie sind unter uns, solange wir sie nicht vergessen haben! Ich grüße Sie alle in heimatlicher Verbundenheit. Alfred Warschat, Bürgershof 1, 50769 Köln, Telefon (0221) 7002670. (alfredwarschat@freenet.de).



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

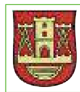
Die Kreisgemeinschaft Königsberg-Land bietet auch für das nächste Jahr einen interessanten **Kalender** an. Die verschiedenen Landschaften unserer Heimat und andere typisch ostpreußische Motive – dieses Mal ist es besonders die ostpreußische Tierwelt – werden Sie erfreuen und Ihnen die Schönheit und Vielfalt unserer Heimat vor Augen führen. Beschenken Sie sich selbst, Ihre Familie oder Ihre Freunde! Format DIN A4 hoch, 13 Blätter, Spiralbindung, 12 Euro einschließlich Porto. Zu bestellen bei der Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg, Gisela Broschei, Telefon (02161) 895677 oder bei Carl Mückenberger, Telefon (0571) 46297.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Busreise nach Königsberg vom 26. Juli bis 4. August 2012 – Eine zehntägige Busreise nach Königsberg mit Zwichenübernachtung in Schneidemühl im Hotel Gromada-Rodilo. Weiterfahrt nach Braunsberg. Dort kommt die russische Reiseleiterin Nadja zur Abfertigung. Weiter zum Hotel Kaliningrad, da bleiben die Teilnehmer sieben Nächte. Am ersten Tag findet eine Tagesfahrt nach Pillau statt. Die nächsten Tage geht es nach Arnau-Waldau-Heiligenwalde, dann nach Tilsit-Insterburg-Gestüt Georgenburg. Der 31. Juli steht zur freien Verfügung. Am 1. August geht es nach Rauschen über Palmnicken, am 2. August zur Kurischen Nehrung. Am 3. August fährt die Gruppe dann zur Grenze Braunsberg in Richtung Stettin, dort ist eine Übernachtung im Hotel Panorama vorgesehen. Am 4. August fährt die Reisegruppe nach Deutschland zurück. Programmänderung vorbehalten. Weitere Informationen und das komplette Programm erhalten Sie bei Willi Skulimma, Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.



MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Ewald Rugullis, Steinauer Straße 77, 40721 Hilden, Tel. (02103) 40594.

Als Kreisvertreter durch den Heimatkreis – Im Sommer verbrachte ich 14 Tage in der Heimat. Als Vertreter des Heimatkreises Memel-Land besuchte ich zahlreiche dort verbliebene Deutsche und deutschstämmige Landsleute. Überall wurde ich sehnsüchtig erwartet, zumal ich nicht mit leeren Taschen kam. Aus dem Fonds der Bruderhilfe der LO werden alljährlich Mittel ausgeschüttet, die ich mit den dortigen Gruppenvorsitzenden an alte und sozial bedürftige Menschen verteilte. Wie seit Jahren hat mich mein ortskundiger Fahrer und Dolmetscher, Helmar Meiszus, Prökuls, begleitet. Wir haben während der Tage den Kreis von Nimmersatt bis Sveksna und von Plicken bis Schwenzeln kreuz und quer befahren. Am frühen Morgen des 28. Juli holte er mich aus meinem Quartier bei der „Sandora“ in der Marktstraße 35 (turgus gatve) ab. Zunächst ging es durch das nördliche Kreisgebiet. Dort begleitete uns die dafür zuständige Vorsitzende, Frau Edita Dargiliene. Dank ihrer Vorbereitung fanden sich an manchen Orten, von Kollaten bis lit. Krottingen, jeweils mehrere Landsleute ein. Die Älteste, für ihr Alter noch geistig und physisch rüstige Dame, wird im Februar 2012 schon 100 Jahre alt. Leider durfte der Aufenthalt überall nur kurz sein. Die Zeit drängte. Die Wege waren weit und teils schlecht. In Plicken besuchten wir die Friedhöfe und Pfarrer Fetingis und die Kirche. In aller Kürze wurde viel gefragt und erzählt, denn schließlich sind Helmar und ich dort alte Bekannte. Aglohnen, wo Erika Juknevicienе erste Vorsitzende der Gruppe ist, war das nächste Ziel. Auch hier war die Begegnung mit den Altchen erfreulich und erfahrungsreich. Nach der Besichtigung des Denkmals der Eva Simonaityte und einem Rundgang um die schöne Kirche in Wannagen, eilten wir durch Ayssehnen nach Stankeiten. Hildegard Sk., geb. Stonies, erwartete uns schon in ihrem von herrlichen Blumen umgebenen Häuschen. Obwohl sie kränklich und 83 Jahre ist, zeigte sie sich geistig noch sehr rege, an allen Geschehnissen interessiert. Jetzt drängte Helmar, denn wir wurden in Gropischen/Prökuls bei meinem Schulfreund Ernst Fregin vom Kichenvorstand erwartet. Es galt die nächsten Schritte zur Sanierung des Gemeinde- und Jugendhauses (früher Zahnarzt Endruteit) zu besprechen. Der Tag war reich mit der Beglückung Bedürftiger, aber auch mit neuen und tief gehenden Erfahrungen gefüllt. Spät am Abend in Memel angekommen, galt es, sich für den nächsten Tag vorzubereiten. Der nächste Tag war für Sveksna reserviert. Zahlreiche Störche auf den Feldern, aber auch die den Flug übenden Jungtiere auf den Nestern, konnten wir beobachten. In Sveksna erwartete uns Vanda Riteriene, geb. Konrad, mit ihren Geschwistern. Es sind entfernte Verwandte von mir, denn unsere Väter waren, über die Linie Konrad, Cousins. Die Gastgeber zeigten großes Interesse an der Erklärung der verwandtschaftlichen Verhältnisse unserer Sippen. Immerhin bin ich noch der einzige Mensch, zu dem sie, nach fast 60 Jahren, Kontakt haben. Über Saugen kamen wir nach Wilkieten, wo wir die kranke Waltraut J. (geb. Wallat) bescherten. Waltraut, eine Schulfreundin von Helmar, erinnerte ihn an den Schultag, an dem sie bei einer Feier zusammen tanzen und sich ein Küsschen geben mussten. Auf dem Heimweg machten wir einen Schwenk nach Launen, wo wir den Nachbarhof Brinkies besuchten. Die jetzigen Besitzer haben den Hof zur wahren Augenweide gemacht. An der Nordseite hat der Litauer etwa 500 Eichenbäumchen gepflanzt. Man erlebt also positive Erfahrungen, die auch Helmar beeindruckten. In Memel angekommen, empfing uns der Trubel des Meeresfestes (juros svente). Das Fest, eine besondere, jährlich wiederkehrende Veranstaltung in der Stadt, hinterließ bei mir erneut viele interessante Eindrücke. Ein größeres Ereignis war der Gottesdienst in Prökuls. Pfarrer Petkunas konnte sich über das volle Gotteshaus freuen. Denn in Absprache mit mir hatte Helmar für diesen Tag seine Gruppe in das ehemaligen Gemeindehauses zum Empfang der Bruderhilfe eingeladen. Von den etwa 30 erschienenen Empfängern wurde den Gebern, also der Bruderhilfe, viel Lob und Dank zuteil. Ich erklärte den Menschen wiederholt die Herkunft und den Sinn der Hilfe und dass die Mittel aus dem Fonds der Bruderhilfe, einer Einrichtung der LO kommen. Im weiteren Verlauf des Tages fuhren wir beide zunächst zum elterlichen Hof in Schwenwokarren. Hier stehen heute nur noch Reste von vormals acht Gebäuden und der weitere Verfall ist vorgezeichnet. Wir wurden dort schon von den Neubesitzern mit Freude erwartet. Es gab vieles zu berichten. Beim anschließenden Besuch des alten Dorffriedhofes konnte ich eine ordentliche Pflege feststellen. Der Friedhof wird seit einem Jahr von der Gemeindeverwaltung in Prökuls von Bewuchs freigehalten. Die fünf Gräber meiner Vorfahren pflegen die Neubewohner unseres Hofes. Am Ende dieses ausgefüllten Tages, besuchten wir noch einige Höfe und Ortschaften, in denen früher Verwandte ihren Besitz hatten. Abgeschlafft, aber um manche Erfahrung bereichert, waren wir froh, am späten Abend Memel anzusteuern. In der folgenden Woche war an zwei Tagen Prökuls mein Ziel. Der Ort macht insgesamt einen passablen Eindruck. Hier und da gibt es Mängel zu verzeichnen. Die Stadtverwaltung hat manches Objekt in Planung, was aber wegen der Finanzierung verzögert wird oder gar scheitert. Ein Projekt besagt, dass Prökuls eine Umgehungsstraße bekommen soll. Sie soll von Dittauen, über Wowerischen und Stragna, etwa nach Schilleningken führen. Stolz ist man auf die neuen Kanalisation und auf die neuen Straßendecken nebst den Gehwegen. Mit dem Ausbau der Wasserleitungen ist man immer noch beschäftigt. Der Ausbau der großen ehemaligen Markthalle zu einem Sport- und Kulturzentrum geht nach einem vorläufigen Stopp wieder weiter. Wesentlich für mich war ein Gespräch mit dem Kirchenvorstand vor Ort über den Verlauf der Arbeiten am Gemeinde- und Jugendhaus. Im MD berichte ich darüber mehr. Da die zu erneuernden Fenster noch nicht voll finanziert sind, wird sehr dringend um Spenden

Advents- und Weihnachtsberichte – Überall kommen dieser Tage unsere Leser zusammen, um gemeinsam die traditionellen vorweihnachtlichen Feiern zu begehen. Leider ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich Beiträge zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Mitarbeiter und unsere Leser dafür um Verständnis.

gebeten. Ein Geldgeber macht seine zugesagte, große Zuwendung vom Nachweis der Gesamtfinanzierung abhängig. Ich bitte deshalb also nochmals um eine Spende. Die Menschen dort werden für jede Hilfe dankbar sein. Weiter stand ein Besuch im Simon-Dach-Haus in Memel an. Magdalena Piklaps hatte mich nach einer Vorstandssitzung dorthin eingeladen. Am 7. August machten Helmar und ich nochmals eine Fahrt durch die Heimatorte. Überall sah man den zunehmenden Verfall von Häusern. Die Fußgängerbrücke in Lankuppen, einst ein mit Stolz gepriesener Übergang über die Minge, wird nun an vielen Stellen brüchig und morsch. Über den Verfall der Schule, die wegen Einsturzgefahr, aber auch wegen Kindermangel, geschlossen werden musste, ist jeder Kommentar überflüssig. Der nahe Dorffriedhof wird nur noch dürftig gepflegt. Den Abschluss dieses Tages, aber auch meiner offiziellen Vorhaben, bildete das Friedhofsfest in Schwenzeln, einem alten Fischerdorf am Haff und Moor. Pfarrer Petkunas konnte sich auch hier einer großen Schar Gläubiger erfreuen. In Memel fand ich auch die Gelegenheit, das Eva-Simoneityte-Museum zu besuchen, wo das Archiv der AdM untergebracht wurde. Ich war von den lichten Räumlichkeiten positiv beeindruckt. Gleich in der Nähe des Museums fand ich das kleine Kaffee „Prökuls“. Es liegt etwas versteckt in der H. Manto gat./ Ecke M. Mazvydo aleja. Das Unternehmen wird von den deutschen Eheleuten Hinrichsen betrieben. Ein deutscher Bäckermeister sorgt für eine gute Qualität; auch nach deutschen Rezepten. Ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall. Zusammenfassend kann ich wiederholt von einer aufschlussreichen Reise sprechen. Überall, wo Helmar und ich einkehrten, wurden wir überaus herzlich empfangen. Als Zeichen der Gastlichkeit, ein Zeichen unserer dort schon früher geübten Mentalität, hat man uns immer wieder reichlich bewirtet. Gerade dieses stimmte mich etwas nachdenklich und betroffen. Es sind doch in Wirklichkeit meist arme Schlucker, ob es Deutsche oder Litauer sind. Sie tischen dem Gast alles auf, was die Küche her gibt, selbst wenn sie selber dabei Verzicht üben müssen. Ich konnte persönlich auch diesmal Land und Leute näher kennenlernen. In Gesprächen kam es dazu, dass diese Menschen von mir etwas über die Geschichte des Memellandes von 1920 bis 1939 hören wollten. Unverblümt die wahre Geschichte, und das ergab sich bei mehreren Gelegenheiten. Es waren Erfahrungen, die uns in Eintracht und Freundschaft näher zusammenrücken ließen. Es waren aber auch im Lande betrübliche Feststellungen zu machen. Drei Jahrzehnte fahre ich nun, fast jedes Jahr, in die Heimat. Mit Verbitterung und Traurigkeit, konnte ich leider vielerorts den schleichenden und unaufhaltsamen Verfall der in Jahrhunderten geschaffenen Besitzungen unserer Vorfahren erleben. Dennoch sage ich, dass wir unserer unvergesslichen Heimat Ostpreußen, trotz Widerwärtigkeiten, verpflichtet sind und solange wir leben treu verbunden bleiben müssen.

Ewald Rugullis



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Heimatbrief – Der neue Heimatbrief ist erschienen. Er präsentiert sich in einem neuen Gewand. Der Tilsiter Rundbrief ist mit dem Heimatbrief der Tilsit-Ragniter vereinigt und heißt jetzt „Land an der Memel mit Tilsiter Rundbrief“. Der ilsiter Rundbrief hat damit nicht aufgehört zu existieren. Er wird als Bestandteil von „Land an der Memel“ weitergeführt. Schon seit langem wird über eine Zusammenlegung der beiden Heimatbriefe debattiert. Manche Artikel erschienen doppelt, viele Berichte aus dem Kreisgebiet waren auch für die Tilsiter interessant und etliche Artikel aus Tilsit interessierten auch die Tilsit-Ragniter. Das führte oft dazu, dass viele sowohl „Land an der Memel“ als auch den „Tilsiter Rundbrief“ bezogen. Es wurde versucht, die Doppelbezieher aus den neuen Versandlisten zu löschen. Dennoch kann es in der ersten Zeit noch Doppellieferungen geben. Wir bitten in Fällen der Doppelversendung um Mitteilung an Stadtgemeinschaft Tilsit, PF 241, 09002 Chemnitz oder Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, Frau Lüders, Kührener Str. 1 B, 24211 Preetz.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

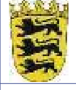
Frauen ohne Entschädigung

Antrag des BdV wurde vom Innenministerium abgelehnt

Der Deutsche Frauenrat unterstützt die Forderung, deutsche Zwangsarbeiterinnen zu entschädigen. Die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates hat am 13. November mit großer Mehrheit den Antrag beschlossen. Der Bundesinnenminister hatte zuvor eine Forderung des Bundes der Vertriebenen nach einer humanitären Geste gegenüber den deutschen Zwangsarbeiterinnen abgelehnt, da es sich um ein allgemeines Massenschicksal der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg handelte. Eine humanitäre Geste in Form einer Einmalzahlung für die wenigen noch Lebenden konnte auch in den Haushaltsberatungen des Bundestages am 12. November über den Etat des Innenministeriums nicht durchgesetzt werden. Bisher sind alle Versuche fehlgeschlagen, eine gesetzliche Regelung für verschleppte, vergewaltigte und zu Zwangsarbeit verpflichtete Frauen zu erreichen. Die Wenigen (geschätzt werden unter 10 000 Frauen und Kinder), die noch leben, leiden unter dauerhaften seelischen und körperlichen Folgeschäden, die nicht als Kriegs- oder Haftfolge anerkannt werden. In Deutschland wird der Opfer von Kriegen in aller Welt gedacht und ihnen wird Hilfe angeboten. Die deutschen Frauen bleiben davon ausgenommen. *EB*

> Allgemeines deutsches Massenschicksal

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Donnerstag, 15. Dezember, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: **Vorweihnachtsfeier**.

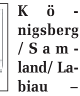
Weinheim – Mittwoch, 14. Dezember, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Thema: „**Vorweihnacht zu Hause**“, „Zeit der Hoffnung – Zeit der Freude“, Walter Scheffler „Vorweihnacht im alten Königsberg“. Mit weiteren Geschichten und Gedichten rund um die Advents- und Weihnachtszeit in Ostpreußen.

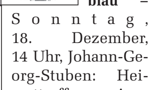


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



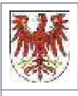




Königsberg / Samland/ Labiau – Sonntag, 18. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben: Heimattreffen. Auskunft erteilt Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 14. Dezember, 13.30 Uhr, Die Wille, Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 771 23 54.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Brandenburg – Freitag, 9. Dezember, 14 Uhr, Gemeindesaal „Heilige Dreifaltigkeit“, Neustädtische Heide 25: **Adventsfeier.** Für Kaffee und Kuchen mit Kinderprogramm und Weihnachtsmusik ist gesorgt.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Protokoll des Heimatnachmittags (Vorleseveranstaltung) der Landsmannschaft Ost- /Westpreußen und Heimatkreis Elbing am 18. November, 14.30 Uhr, im Barlachhaus – Begrüßung durch die Vorsitzende Marita Jachens-Paul, besonders drei Mitglieder ihrer eigenen Familie. 23 Personen insgesamt anwesend. Alice Schwiedop, heute abwesend, feierte am 3. November ihren 90. Geburtstag. Anschließend gab es eine Kaffeetafel mit Keksen, Kaffee und Tee. Um 15 Uhr folgte die Eröffnung des Kulturnachmittags durch die Vorsitzende Marita Jachens-Paul. Die drei Geburtstagskinder des letzten Monats wurden namentlich genannt. Der Landesvorsitzende Helmut Gutzeit ließ herzliche Grüße ausrichten. Das *Ostpreußenblatt* hatte am 19. November den von Pressewart Jürgen Sandmann verfassten Bericht über das 85. Stiftungsfest am 28. Oktober in vollem Umfang abgedruckt. Maritas Jachens-Paul berichtete von einer Tagung der Landesvorstände mit dem Bundesvorstand in Bad Pyrmont (60 Teilnehmer), an der sie als stellvertretende Landesvorsitzende Bremen teilgenommen hatte, mit Beschlüssen zum Ostheim in Bad Pyrmont und zur definitiven Durchführung des Ostpreußentreffens 2014 auf Bundesebene (wahrscheinlich wieder in Erfurt). Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern feiert im nächsten Jahr seinen 20. Geburtstag. Marita Jachens-Paul überbrachte Grüße vom neuen Sprecher der Ostpreußen, Stephan Grigat. Der Vorlesenachmittag war Lore Jachens gewidmet. Die Vorsitzende gab eine Kurzbiografie ihrer Mutter, die von 1994 (Tod des Vaters und Vorsitzenden Heinrich Jachens) bis 1998 (plötzlicher Tod Lore Jachens) die Gruppe leitete. Sie war zeit ihres Lebens Schreiberin von Geschichten, Erlebnissen und Anekdoten. Aus ihrem Buch „Damals“ las die Vorsitzende die Erzählungen „Sehnsucht nach Zuhaus“, „Unterwegs durch den Schnee“, „Kahnchenfahren auf dem Schlossteich in der Hauptstadt Königsberg“ im Sommer 1942 und „Weihnachtseinkauf in der Kreisstadt Labiau“. Nach einer Pause setzte die Vorsitzende die Lesung mit Geschichten von Lore Jachens fort: „Vorweihnachtsgedanken und –streiche“ und „Die Fahrt nach Kulm von Weihnachten 1940 bis März 1941“. Zum Schluss des Vorlesenachmittags trug die 2. Vorsitzende Barbara Sandmann Lore Jachens schönste Geschichte „Der Kleiderschrank“ vor. Kassenwart Wolfgang Paul spendierte eine Runde „Quitte“. Vorstandsmitglied Stefanie Flotow brachte zwei Kurzgeschichten zu Gehör: „Buchstabieren auf ostpreußisch“ (Ein Gartenfest in Königsberg) und „Leben und leben lassen“ (Die Mentalität der Ostpreußen). Das Schlusswort sprach Marita Jachens-Paul.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Referat Kultur – Sonnabend, 10. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562: „**Adventsfeier Landesgruppe**“. Die Veranstaltung beginnt mit der Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Klingbeutel und gemeinsamem Singen des Heimatlieds „Land der dunklen Wälder“ unter Mitwirkung des Ostpreußenchores. Anschließend wird der Chor mit seiner Dirigentin Hanna Guzinski die Teilnehmer weihnachtlich einstimmen. Nach der Kaffeepause gegen 15 Uhr beginnt dann ein heimatliches buntes Programm. Es werden Gedichte und Geschichten vorgetragen im Wechsel mit gemeinsamen Singen. Moderation und Leitung der Veranstaltung: Kulturreferent Siegfried Grawitter, Telefon (040) 20 57 84. Saaleinlass ist bereits um 13 Uhr. Das Restaurant Rosengarten ist über S- und U-Bahnstation Ohlsdorf zu erreichen. Von dort sind es noch fünf Minuten Fußweg.

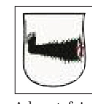
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14:30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg/Harburg – Sonntag, 11. Dezember, 10 Uhr, St. Johannis-Kirche, Bremerstraße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Probst Pollmann und Pastor Ludwig Fetingis aus Bliaiai, Litauen, werden predigen. Im Anschluss lädt die Gruppe zum Gespräch im Gemeindesaal bei Kaffee und Gebäck ein. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen. Die Kirche ist mit der S-Bahn, Linien S 3 und S 31, Station Harburg Rathaus zu erreichen. Von dort sind es noch 10 Minuten Fußweg. PKW-Stellplätze sind bei der Kirche vorhanden.

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 12. Dezember, 15 Uhr, Gasthaus „Waldquelle“, Höpenstraße 88, 21217 Seevetal (Meckelfeld), Zufahrt mit Buslinie 443 bis Haltestelle „Waldquelle“: Heimatnachmittag und vorweih-nachtliche Feier unter Mitwirkung des Ostpreußenchores Hamburg.

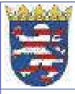
KREISGRUPPE



Sensburg – Sonntag, 11. Dezember, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Adventsfeier. Anmeldung bis zum 3. Dezember bei Kurt Budszuhn, Telefon (04101) 72767.

Weihnachtskonzert des Ostpreußenchors Hamburg

Freitag, 16. Dezember, 15 Uhr, St.-Gabriel-Kirche, Hartzloh-Platz 17. Die Kirche kann mit dem HVV-Bus von Barmbek mit der Linie 172 oder 7 (bis Hartzloh) erreicht werden. Von dort zirka sieben Minuten Fußweg. Informationen bei Ilse Schmidt, Telefon (040) 254 39 35. Der Eintritt ist frei.



HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Wiesbaden – Wenn Mitglied Irmgard Gethöffer von ihrer Heimat in Masuren erzählt, spürt man sogleich die innige Verbundenheit mit ihrem Heimatort Fließdorf und der vertrauten Landschaft mit dem weiten, ostpreußischen Himmel. Nach der Flucht war sie erstmals im März 1993 dort gewesen. In diesem Jahr unternahm sie die vierte Reise. Während des Krieges wurde sie hier geboren. Der Ort zwi-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

schen Lötzen und Lyck, der bis 1938 den Namen Jucha („Blut“ auf masurisch) trug und durch die jährlichen Vieh- und Pferdemärkte bekannt war, hat den Krieg schadlos überstanden. Die Kirche mit dem Taufbecken, in der Irmgard Gethöffer gesegnet wurde, steht noch. Das Gotteshaus ist absichtlich am Opferstein aus prussischer Zeit erbaut worden, um die damals noch meist zum Opferstein wallenden Christen vom heidnischen Tun abzuhalten. Erhalten ist auch die damalige Apotheke sowie die von ihrem Bruder besuchte Schule und auch das Elternhaus. „Es ist nicht groß, aber schön“, bemerkte die Referentin. Vor einigen Jahren hatte die dort wohnende alte Dame noch gesagt: „O, kommt rein, kommt rein, ihr seid doch die Kinder dieses Hauses.“ Anders die heutigen jüngeren Bewohner: Sie sind mit ihrer Einladung zurückhaltender! Ihren Reisebericht hatte unser Mitglied überschrieben mit „Auf den Spuren meiner Wurzeln“. Fleißig hatte sie über mehrere Jahre im Staatsarchiv Lyck nach Familienangehörigen und Vorfahren geforscht, zu ihrer Freude mit Erfolg – und sogar einige Verwandte gefunden. Gerne nahmen Gethöffers die Einladung des Lycker „Vereins der deutschen Minderheit“ an, die sich als Brücke zu den östlichen Nachbarn versteht. Bei Kaffee, Kuchen und einem typischen Bärenfang gab es genug Gesprächsstoff auf beiden Seiten. Im Wasserturm der Stadt, dem Treffpunkt der Mitglieder, ist ein Museum eingerichtet mit dem Ziel, die ostpreußische Geschichte und Kultur wachzuhalten und weiterzugeben. Zu einer Ostpreußen-Reise gehört zwangsläufig auch ein Besuch der Wallfahrtskirche „Heiligelinde“, wohl der schönsten Barockkirche Ostpreußens. Das prachtvolle Gotteshaus war zwar wegen Bauarbeiten eingerüstet und den erwartungsvollen Blicken entzogen, doch umso beeindruckender das Orgelspiel mit dem sich im Gleichklang bewegenden figürlichen Schmuck. Von weitem sichtbar die drei Kreuze des Soldatenfriedhofs von Bartendorf, nahe Lyck. Hier entstand in den letzten Jahren durch die deutsche Kriegsgräberfürsorge eine der größten Sammelfriedhofsanlagen in Masuren für die gefallenen deutschen Soldaten beider Kriege, „das Masurische Golgatha“. Es existieren allein aus der Zeit des Ersten Weltkrieges 550 Kriegsgräberanlagen. Im heutigen Gebiet Polens sind etwa 468 000 deutsche Soldaten gefallen. Bei einem Abstecher nach Kallinowen / Dreimühlen erinnert ein Gedenkstein an den berühmten Michale Pogorzelski, der bis zu seinem Tode dort Pfarrer war. Der Schriftsteller Peter Fechter hat den eigenwilligen Geistlichen in seinem oft zitierten Werk „Zauberer Gottes unsterblich gemacht. Immer wieder begeisterte die Reiseteilnehmer die einmalige Landschaft mit den wunderschönen Baumalleen, spiegelnden Seen und unzähligen Storchennestern, die Irmgard Gethöffer in eindrucksvollen Bildern meisterhaft festgehalten hat. Mit von der Partie auch eine Dame, die im Fernsehen Berichte über Ostpreußen gesehen hat. Während dieser Reise wollte sie sich an Ort und Stelle überzeugen, ob nun das Land wirklich so schön ist wie in den Filmen zu sehen. Sie war begeistert!

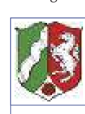


NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Die Gruppe Göttingen e.V. bietet im **Sommer 2012 eine Fahrt in das Ermland und nach Masuren** an. Die Fahrt findet voraussichtlich vom 16. bis 24. Juni 2012 statt und beinhaltet zwei Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise sowie sechs Übernachtungen in Sensburg, jeweils mit Halbpension. Bedingung für das Stattfinden der Fahrt ist allerdings eine ausreichende Mindestteilnehmerzahl. Der Preis der Fahrt ist ebenfalls abhängig von der tatsächlichen Teilnehmerzahl. Bei mehr Anmeldungen kann der Preis demnach sinken. Bei 40 Personen beläuft sich der Preis für die Teilnahme an der Fahrt auf zirka 450 Euro.

Osnabrück – In diesem Jahr besuchten Mitglieder der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Osnabrück e.V., die Aufführung „Johannisfeuer“ auf der „Dittchenbühne“ Elmshorn. Hermann Sudermann hat als erster ostpreußischer Schriftsteller und Dramatiker seine Roman- und Bühnenwerke aus der ostpreußischen Landschaft geschöpft und das Wesen und die Mentalität des ostpreußischen Menschen gestaltet, so auch in dem Schauspiel „Johannisfeuer“. Es spielt Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Im Oktober 1900 wurde das Schauspiel am Lessing-Theater in Berlin uraufgeführt. Die Theateraufführung wird allen Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 21. Dezember, 17.30 Uhr, Stadthalle: Stammtisch.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Köln – Dienstag, 13. Dezember, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41: Jahresabschlussveranstaltung. Anmeldungen bei Taruttis und Herrn Donder.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Pinneberg – Sonnabend, 10. Dezbember, 15 Uhr, VfL-Heim, Fahltskamp 53: **Adventsfeier**. Die Gruppe verbringt ein paar besinnliche Stunden mit Singen und Musizieren. Frau Hoffmann spielt Klavier und Roman Antonyuk Bandura. Allen, die nicht dabei sein können, wünscht die Gruppe gesegnete, frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr 2012.

Uetersen – Der im Ruhestand lebende ehemalige Pastor Eckhard Ehlers aus Schönberg bei Kiel hat mit seinem Besuch im November auf der Monatsversammlung der Ost- und Westpreußen Gruppe Uetersen bewiesen, dass man Geschichtsunterricht den Zuhörern auch in humorvoller Weise darbringen kann. In Kiel referierte Ehlers an der Volkshochschule über „Deutsche Geschichte – heiter erzählt“. Heiter war es auch kürzlich im Haus „Ueterst End“, als er den über 30 Ost- und Westpreußen in seiner frischen und fröhlichen Art dort von der Entstehung des Schleswig-Holstein-Liedes erzählte. Am 24. Juli 1844 war es erstmalig gesungen worden als Zeichen einer deutlichen Abkehr von der dänischen Herrschaft. Die Anordnung des dänischen Königshauses, dass im Amtsbereich Schleswig ab sofort nur noch Dänisch gesprochen werden solle, war der Auslöser für die folgenden Kriege. 1848-1851 wütete der Schleswig-Holsteinische Krieg. Dem folgte der Deutsch-Dänische Krieg 1864 und schließlich der Deutsch-Österreichische Krieg. Das Ergebnis der kriegerischen Auseinandersetzungen: Die ersehnte preußische Provinz Schleswig-Holstein war Wirklichkeit geworden, wie es im Schleswig-Holstein-Lied zum Ausdruck gebracht wurde. Für diese humorvolle Geschichtsstunde dankte der Vorsitzende Joachim Rudat im Namen der Zuhörer dem Referenten und sagte, dass die Ost- und Westpreußen in Zukunft neben dem Ostpreußenlied auch das Schleswig-Holstein-Lied singen werden, da Schleswig-Holstein ja jetzt auch für die Landsleute eine neue, zweite Heimat geworden ist. Bei den beiden Damen Dora Pütz und Hildegard Rucha bedankte er sich wieder für die schön dekorierte Kaffeetafel und beim „Kaffee-Minister“ Lienhard Steppuhn für den kräftigen Kaffee.

In der PAZ Nr. 47 v. 26. November 2011, S. 20, wurde unter **„Nicht geächtet – Eckpunktepapier relativiert Vertreibung“** die Stellungnahme der Landesgruppe NRW zum Eckpunktepapier über die Arbeit der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in einer von der Redaktion gekürzten Fassung veröffentlicht. Die vollständige Fassung ist unter http://www.ostpreussen-nrw.de zugänglich.

Diese vollständige Fassung ist von der Ostpreußischen Landesvertretung in der Sitzung vom 5. u. 6 November 2011 in Bad Pyrmont zustimmend zur Kenntnis genommen worden. *Ulrich Penski*

Ostpreußisches Landesmuseum

„Ich übertrage das Gefühl“ – Freitag, 16. Dezember, 19 Uhr: Ausstellungseröffnung „Der ostpreußische Maler Eduard Bischoff (1890-1974)“

Menschen und Landschaften erfasste Eduard Bischoff in ihren wesentlichen, markanten Zügen, wenn er mit einem feinen Gefühl für Komik ebenso wie mit fast überscharfen Sinnen beobachtete und gestaltete.

Das Ostpreußische Landesmuseum präsentiert eine umfangreiche Werkschau eines der wichtigsten Vertreter ostpreußischer Malerei vor und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7599-50, Fax (04131) 7599-511, E-Mail: info@ostpreussisches-landesmuseum.de, www.ostpreussisches-landesmuseum.de.

Stadt in Nebraska (USA) / mexikanische Hafenstadt / verkleiden, vermummen / Anteilnahme, Wissbegierde / hasten / ostslawisches Volk / Filmhund / menschenähnliches Säugetier / vor dem Erkanntwerden schützen / Turnkünstlerin / nordische Münze / Stimmzettelbehälter / eine der Gezeiten / diebischer Vogel
Felchen, Lachsfisch / Spalte, tiefer Riss im Gestein / Hohl-, Blumentier
Papstkrone / lenken, steuern / früherer Name Thailands / Drall der Billardkugel
großer Marder / Fahrspur hinter einem Schiff / Sohn des Agamemnon
altrömische Mondgöttin / Fehllos bei der Lotterie / kleines Lokal für Kaltspeisen / Radmittelstück / Gong; Becken / Wendung zurück
italienische Insel / Ziegenleder / nordischer Hirsch, Elch / schrill, durchdringend / Kletterpflanze / feierliche Namensgebung
katholische Geistlichkeit / passend, tauglich / Singvogel
Unnachgiebigkeit / braunhaarige Frau / ungebetener Gast; Teufel / sicher, fest; bewandert / Gesichtsfarbe / eindringlich versichern
engl. Schriftsteller (Charles) / Nachbarschaft / Nationalitätszeichen Polen / leicht bitter oder säuerlich / Flugkörper
griechischer Buchstabe / Tatkraft, Spannkraft / Hülle, Futteral / oberster Teil des Getreidehalms
Kniegeige / arabisches Fürstentum
Weingut m. großen Lagerräumen / Nebenbuhlerin / Fluss zur Rhone / unbekleidet / eine Blume; ein Gewürz / Mantelschnitt, Sportmantel
erhöhter Platz für Redner / unzuverlässig, illoyal
regsam und wendig / Leichtmetall (Kzw.) / Nichtfachmann / griechische Göttin
Körnerfrucht / Vorarbeiter der Maurer / Gruppe von acht Solisten (Musik) / Winkel des Boxrings / Vorratsraum, Speicher
Begriff beim Pharaospiel / Strich / Bruder des Moses / Schneidewerkzeug mit Zähnen / Furche, Kerbe
römischer Staatsmann / Fähigkeit zur Wahrnehmung
Verbindung von Atomen / Zeugnisnote / heftiger Windstoß / Dynastie im alten Peru / Gewürz-, Heilpflanze
Laubbaum / chem. Zeichen für Lithium
opfern; völlig überlassen / nur erdachtes Land, Gebiet / ein Tasteninstrument spielen
Nagetier / englische Schulstadt / hügelfrei, flach

PAZ11_49

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Keiler, 2. Polier, 3. Splint, 4. Aufbau, 5. Beutel, 6. Natron – Kolben, Reifen

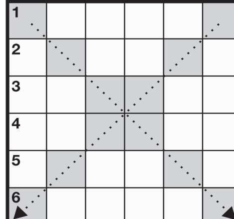
Kreiskette: 1. Brodem, 2. Aikido, 3. Marika, 4. Marine, 5. Winter – Medikamente

Sudoku:

Sudoku

	8	4				1		
		7			6			5
	9	5	2					4
				2	7		3	
1			9		3			7
	5		4	6				
4					2	9	5	
9			6			7		
		8				4	6	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

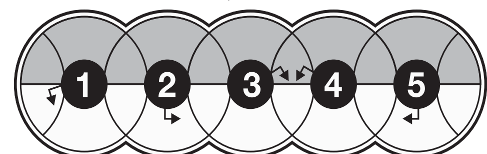
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Autoteile.

1 Wildeber
2 Vorarbeiter der Maurer
3 Sicherungsstift
4 Errichtung, Montage
5 sackähnliches Behältnis
6 doppeltkohlensaures Natrium

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Arzneimittel (Mehrzahl).

1 heißer Dampf, Dunst, **2** japanische Form der Selbstverteidigung, **3** Vorname der Rökk, **4** Flottenwesen, **5** Jahreszeit



Schätze aus Beuthen

Neue Ausstellung »100 Jahre – 100 Exponate« in Ratingen

Mit der dritten Ausstellung der im Jahre 2009 initiierten Veranstaltungsreihe „Unsere Partnerinstitutionen stellen sich vor“ bietet das Oberschlesische Landesmuseum von Ratingen-Hösel dem Oberschlesischen Museum Beuthen (Muzeum Górnoslaskie w Bytomiu) die Möglichkeit, einen repräsentativen Querschnitt seiner umfangreichen Sammlungs-Bestände zu zeigen. Die Institution feiert ihr 100-jähriges Bestehen und zeigt im Rahmen der aktuellen Präsentation in Ratingen hundert ausgewählte Exponate, die erstmalig in Deutschland zu sehen sind. Aus dem überwältigenden Fundus der Beuthener Kollektionen sind Objekte aus den Sachbereichen Archäologie, Ethnografie, Geschichte sowie Natur und Kunst ausgestellt. Auch die jüngste Abteilung des Museums, die sich mit der Geschichte von Lemberg und den ehemaligen polnischen Ostgebieten beschäftigt, ist mit Exponaten vertreten.

Die Direktoren der beiden Häuser, Dr. Dominik Ablamowicz und Dr. Stephan Kaiser, hatten vor der Vernissage der als Wanderausstellung konzipierten Schau eine weitreichende Kooperationserklärung ratifiziert. Sie benennt die Felder der Zusammenarbeit und definiert eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Dr. Stephan Kaiser erklärt: „Vertrauensvolle Kooperation ist für uns gelebte Gegenwart. Wir beleben die Zusammenarbeit in beide Richtungen. Wer die vielen aktuellen Projekte in Schlesien betrachtet, der sieht, dass hier nur die eine Hälfte des Wirkens aufleuchtet. Partnerschaft ist keine Einbahnstraße.“

Bei einem Rundgang durch die Ausstellung bekommt der Besucher einen Überblick über die Geschichte des Beuthener Museums sowie über die Tätigkeit seiner zahlreichen Abteilungen. Bei der Ausstellungseröffnung erinnerte Izabela Kühnel vom Oberschlesischen Museum an die Anfänge der Institution, die im Jahre 1910 als „Beuthener Geschichts- und Museumsverein“ gegründet wurde. Heute ist das „Muzeum Górnoslaskie“ eine bedeutende Einrichtung in der Trägerschaft der regionalen Selbstverwaltung. Drei Gebäude gehören zu diesem Museum, dessen Sammlung besonders in den Bereichen Archäologie und der Naturkunde stetig wächst.



Metallfahne: Bildnis Heiliger Nikolaus Bild: D. G.

Zu den Vernissagegästen gehörte auch Paul Schläger, der Vorsitzende der Stiftung Haus Oberschlesien, der betonte: „Als gebürtiger Beuthener ist es für mich eine besondere Freude, die Verbundenheit

Partnerschaft auf Augenhöhe und keine Einbahnstraße

zur Stadt in neuer Form zu erleben.“

Die Präsentation bietet mit seltenen archäologischen Funden, Gemälden, Zunftsilber und oberschlesischen Fayencen sowie naturkundlichen Präparaten Einblicke in die Kunst- und Kulturgeschichte der Region. Zu den ausgewählten Exponaten gehören herausragende Objekte wie die Fahne aus Metall mit doppelseitigem Bildnis „Heiliger Nikolaus“ und „Die Taufe Christi“ (19. Jahrhundert), die Reproduktionen der Ölgemälde von Konrad Krzyzanowski „Kindermädchen aus Nagybanya“ (1898) und von Alfons Karpinski „Eine Dame im dunkelblauen Hut“ (1912) sowie eine traditionell verzierte Truhe (Kochcice, 1866). In Vitrinen sind unter anderem die bemalte Fayence mit farbloser Glasur „Figur eines sitzenden Mädchens“ (1920 – 1923), die Skulptur „Aufnahme in den Bergmannsstand“ von Marian Marzec (Beuthen 1983) und die aus Zamak-Legierung gefertigte Statue eines Diskuswerfers, die als Preis für die Teilnahme an dem Sportwettkampf des Sportvereins „TG Sokol“ verliehen wurde (Kattowitz 1932), zu sehen.

Gebührende Aufmerksamkeit wird auch Beuthen [Bytom] geschenkt, die als eine der historisch ältesten oberschlesischen Städte gewürdigt wird. Die kreisfreie Großstadt in der Woiwodschaft Schlesien liegt im südlichen Teil der Republik Polens. Vorherrschende Industrie war früher der Steinkohlebergbau im Oberschlesischen Kohlerevier, einem der größten Steinkohlevor-kommen in Mitteleuropa. Informiert wird über die Burg mit Marktsiedlung, aus der im Jahre 1254 die Hauptstadt des Fürstentums entstand. Von dieser Zeit zeugt auch heute noch die mittelalterliche Altstadt mit ihren beeindruckenden Kirchen. Auch weitere Sehenswürdigkeiten finden in der Ausstellung Erwähnung, darunter Bürgerhäuser des Historismus und Jugendstils sowie Gebäude der Moderne wie die Barbara-Kirche aus Stahlbeton (1931), die Post (1908) und das Landesmuseum und die Schlesische Oper (1901). Nach der Hochindustrialisierung im 19. Jahrhundert wuchs die Stadt und rundherum entstand ein Kranz von Großstädten wie Gleiwitz [Gliwice] Hindenburg [Zabrze] und Königshütte [Chorzów]. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gehörte Beuthen zu den reichsten Städten der Region. Durch die Teilung Oberschlesiens nach dem Ersten Weltkrieg verblieb Beuthen beim Deutschen Reich.

Die Ausstellung des Oberschlesischen Museums von Beuthen ist in Ratingen bis zum 5. Februar 2012 zu besichtigen. *D. Göllner*

Historische Chance verspielt

Balten und Deutsche blicken auf 20 Jahre Partnerschaft zurück

Der Historiker Joachim Tauber sieht die Rolle Deutschlands und des Westens bei der Wiederherstellung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten zwiespältig. Eine historische Chance in den Beziehungen sei verspielt worden, weil sich die westliche Haltung nur zögernd und sehr spät geändert habe.

Vordergründig habe die freie Welt die baltischen Staaten zwar niemals aufgegeben, dennoch blieb es, so Tauber bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, bei rein „politischen Gesten“. Selbst als Litauen sich im Frühjahr 1990 von der Sowjetunion lossagte, wartete man vergeblich auf Unterstützung. Aus deutscher Sicht vielleicht verständlich, musste doch alles dafür getan werden, die deutsche Einheit, die zu diesem Zeitpunkt noch längst nicht in trockenen Tüchern war, sicherzustellen. Hätte man Litauen anerkannt, wäre dies einer Brüskierung Gorbatschows gleichgekommen – mit ungewissen Folgen.

Fraglich bleibt, ob der Westen nicht allzu wohlwollend gegenüber Moskau agierte und dabei die baltischen Staaten aus den Augen verlor. Tauber sieht rück-blickend innerhalb der politischen Grundkonstellation „durchaus Handlungsspielraum“, der Sowjetunion zu verdeutlichen, dass die baltische Frage auch für den Westen große Bedeutung besessen habe. So blieb den Menschen im Baltikum nichts anderes übrig als sich selber zu helfen. Das taten sie singend und friedlich, doch mussten einige dennoch dafür mit ihrem Leben bezahlen. In Wilna kam es im Januar 1991 zum sogenannten Blutsonntag, bei dem vierzehn Demonstranten getötet und 1000 verletzt wurden. Ein Wendepunkt – nicht nur für die Freiheitsbewegung.

Von Estland kann Europa noch viel lernen

Als ob ein Weckruf erfolgt war, verlieh dieses Ereignis der Bewegung erhöhte Medienaufmerksamkeit und einen „ungeheuren Impetus“, so Tauber, dem sich auch der Westen nicht mehr entziehen konnte. Ohne den deutschen Beitrag überbewerten zu wollen, kommt Tauber zu dem Schluss, dass die westlichen Staaten ab diesem Zeitpunkt zwar weiterhin vorsichtig und zögernd agierten, aber dennoch eine gewisse Schutzfunktion für das Baltikum erfüllten. Denn die Gefahr einer erneuten blutigen Eskalation war weiterhin vorhanden. So erinnert sich der heutige Außenministers Lettlands, Girts Valdis Kristovskis, an eine „Situation großer Anspannung und Angst vor Blutvergießen“. Ein nicht ganz so kritisches Urteil fällt ein Betroffener selber. Professor Vytautas Landsbergis, ehemaliger Präsident Litauens, räumte zwar ein, dass Deutschland sehr vorsichtig vorgegangen sei, aber „eine gar nicht so schlechte Rolle“ gespielt habe. Er erinnerte an die wegweisende Erklärung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl bei der Unterzeichnung der Urkunden über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, in der von den durch den „Hitler-Stalin-Pakt zwangsannektierten baltischen Republiken“ die Rede ist.

Zu Recht, und das musste auch Tauber zweifelsfrei einräumen, gelten die vergangenen 20 Jahre der deutsch-baltischen Beziehungen als eine Geschichte von Freund- und Partnerschaft. Geradezu unwirklich erscheint es Kristovskis, dass die Länder des Baltikums heute Mitglieder der Nato und der EU sind, Estland gar Mitglied der Eurozone ist. So vieles hat sich verändert und muss sich weiter verändern. So wies die stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hildigund Neubert, darauf hin, dass gerade die westeuropäischen Staaten noch mehr verinnerlichen müssten, dass Estland, Litauen und Lettland keine Randstaaten mehr seien. Gerade von Estland könne Europa dieser Tage viel lernen. Das Land zeige vorbildlich, wie es gelingen könne, die Staatsfinanzen zu sanieren und von einer Politik des Schuldenmachens wegzukommen. *EB*

Brückenbauer in Europa

Fachtagung im Haus Oberschlesien bekräftigte die »gelebte Partnerschaft«

Bei der mehrtägigen Verständigungspolitischen Tagung (VPT) in Ratingen stand die „Gemeinsame Regionalbildung in Europa“ im Fokus. Multiplikatoren aus Universitäten, dem Kulturbereich, dem Bildungsbereich sowie Entscheidungsträger aus der kommunalen und staatlichen Verwaltung waren eingeladen. 15 Teilnehmer aus Polen und Deutschland wohnten dem abwechslungsreichen Programm bei, das insbesondere die Kooperation mit Schlesien beleuchtete. Wie Ministerialrat Johannes Lierenfeld betonte, waren die Begegnungen mit den polnischen und deutschen Museumsexperten von gegenseitigem Interesse und Offenheit geprägt. Zumal es im NRW-Polen-Jahr 2011/2012 sehr wichtig sei, den Dialog und die bilateralen Beziehungen in den Mittelpunkt vieler Aktivitäten zu rücken und der Stellenwert dieses Projektes sei sehr hoch.

Der gebürtige Beuthener Paul Schläger, der Vorsitzende der Stiftung Haus Oberschlesien, hob die Funktion des Hauses als Brückenbauer in Europa hervor und begrüßte den Erfahrungsaustausch.

Tomasz Raczynski vom Beuthener Museum hob den praktischen und fachlichen Wert der Tagung hervor. Izabella Kühnel, Kuratorin am Oberschlesischen Museum Beuthen, betrachtete die Tagung als ideale Plattform der gemeinsamen Arbeit und des Dialoges, in dem die polnischen Museumsvertreter von ihren deutschen Kollegen viel Praktisches lernen können. Man lege in Ratingen großen Wert auf „gelebte“ Partnerschaft, in der auch die zwischenmenschlichen Beziehungen nicht zu kurz kommen. *Dieter Göllner*

Safari ohne Grenzen

Fünf Länder Afrikas können mit riesigem Naturpark locken, weil deutsche Gelder großzügig verteilt werden

Nach dem Nordost-Grönland-Nationalpark ist er mit einer Fläche von 444 000 Quadratkilometern (29 Millionen Hektar) unter den ungefähr 1280 geschützten Naturlandschaften der Erde das zweitgrößte Areal: der 2011 ins Leben gerufene „Peace Park“ Kavango Zambezi Transfrontier Conservation Area (KAZA TFCA). Politiker sehen in diesem Joint Venture ein Paradebeispiel für die erwünschte künftige Entwicklung in Zentral- und Südafrika, ehemalige Konfliktregionen zu befrieden und die staatsübergreifende Zusammenarbeit zu fördern.

Grenzüberschreitend trägt KAZA mit einer um 20 Prozent größeren Ausdehnung als die Bundesrepublik in den Ländern Angola, Botswana, Namibia, Sambia und Simbabwe der natürlichen Wanderbewegung der Elefanten Rechnung und fasst 35 bestehende Naturparks und ihre Schönheiten zusammen, darunter die weltberühmten, 128 Meter hohen und mehrere hundert Meter breiten, mächtigen Victoria-Fälle, das Okavango-Delta und die Salzpfanne im Nxai-Pan-Nationalpark mit ihrer imposanten Massierung von Baobabs (Affenbrotbäumen). Die als Weltwunder bezeichneten Kaskaden der 1855 von David Livingstone entdeckten Victoria-Fälle, in der Sprache der Eingebornen als „Wirbelnder Rauch“ bezeichnet, sind etwa doppelt so groß wie die amerikanischen Niagara-Fälle.

Ein Bestand von mehreren hunderttausend Elefanten trägt das Seine dazu bei, die Dimensionen des Schwarzen Kontinents deutlich zu machen. Safari-Touristen ermöglichen sich so neue, ungeahnte Möglichkeiten, die großen, jahreszeitlich bedingten Wanderbewegungen riesiger Herden von Zebras, Elefanten, Springböcken und Büffeln zu verfolgen – Tierschützer fürchten auch Wilderer.

Nach dem Willen der Gründernationen soll das neue Parkgefüge der „ökologischen Korridore“ sowohl dem Naturschutz und der Biodiversität zugute kommen als auch mehr Touristenströme anziehen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der einzelnen Gebiete erhöhen. Als Faustformel gilt, dass je acht Touristen einen Arbeitsplatz schaffen. Der neue Reisemagnet öffnet spektakuläre Gebiete, die aufgrund mangelnder Infrastruktur und bewaffneter Konflikte bislang von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen waren. Grenzüberschreitende Ranger sollen für Beobachtung der Aktivitäten und Sicherheit sorgen.

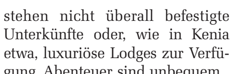


Ein Paradies für Elefanten: Der grenzüberschreitende KAZA-Nationalpark im südlichen Afrika Bild: WWF Austria

ANGOLA
SAMBIA
KAZA
Kavango-Zambesi
Transfrontier Conservation Area
NAMIBIA
BOTSUANA
SIMBABWE

Gleichwohl bleibt die Region nicht unproblematisch. So werden Reisende beispielsweise in Simbabwe ausdrücklich vor der durch die herrschende Armut sich ausbreitenden Kriminalität gewarnt. Auch besteht die Gefahr, dass die alten Konflikte der Region lokal immer wieder aufflackern können.

Und große Strecken sind nur mit Geländewagen befahrbar, nach starken Regenfällen verwandeln sich die Pisten in Schlammwüsten. Es ist also auf die günstigsten Reisezeiten zwischen den Regenperioden Rücksicht zu nehmen. Auch stehen nicht überall befestigte Unterkünfte oder, wie in Kenia etwa, luxuriöse Lodges zur Verfügung. Abenteuer sind unbequem.



Das Novum aber ist, dass die Besucher mit einem einzigen Visum Zugang zu dem gesamten Gebiet finden sollen. 20 Millionen Euro schoss die Bundesrepublik über die KfW-Entwicklungsbank aus ihrem verstärkten Engagement für den Naturschutz zu. Mit diesen Geldern wird unter anderem im Bwabwata Nationalpark im Nordosten Namibias ein neues Zentrum gebaut, der Grundstein ist bereits gelegt. Schwerpunkte sind zudem der weitere Ausbau von Parkinfrastrukturen, ökologischen Korridoren, „Wildlife Management“, die Koordinierung privater Initiativen von Investoren und lokaler Bevölkerung, Entminung und die Schaffung von Gesundheitsprogrammen.

Insgesamt hat die KfW von 1990 bis heute mehr als 1,3 Milliarden Euro für Vorhaben zum Schutz von biologischer Vielfalt in natürlichen Ökosystemen und zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Ressourcen ausgegeben, davon 30 Prozent in Afrika.

Ein Zeichen für das zunehmende Selbstbewusstsein ehemaliger afrikanischer Kolonialstaaten ist die Tatsache, dass die Idee zur Gründung des Parks auf afrikanische Initiativen zurückgeht. Weltweit könnte sie sogar zum Vorbild für andere Regionen werden, etwa in Südostasien, wo beispielsweise zwischen Thailand und dem angrenzenden Kambodscha ein kriegsähnlicher Dauerstreit um die Nutzung der Dschungel und antiker Tempelbauwerke für den Tourismus tobt.

Joachim Feyerabend

MELDUNGEN

In eine Richtung gelenkt

Die Deutschen backen gerne, und das am liebsten zum Geburtstag. Fast jeder Zweite backt gelegentlich bis häufig einen Kuchen selbst, ergab eine Forsa-Umfrage im Auftrag von Dr. Oetker“, vermeldete vor kurzem die Deutsche Presseagentur und verwies mit dieser Nachricht darauf, dass Deutsche nicht nur zur Weihnachtszeit gerne backen. Was auf den ersten Blick als statistisch interessante Information gelesen wird, ist indes PR. Viele Leser nehmen das jedoch nicht wahr. Sie lesen den Begriff Umfrage und assoziieren damit sofort wissenschaftliche Seriosität. Dabei machen Firmen für sich oder ihre Produkte Reklame.

„Studien funktionieren so gut als PR-Mittel, weil sich die Adressaten als Teil einer Mehrheit fühlen – sofern die Umfragemehrheit ihrer eigenen Meinung entspricht“, so der Statistikprofessor Walter Krämer von der TU Dortmund in einem Interview. „Wir sind leichtgläubig, weil wir die Mechaniken hinter den Umfragen nicht verstehen.“ Wichtig seien hierbei drei Aspekte: Wer die Fragen stellt, wie die Fragen gestellt sind und welche Auswahl zur Auswahl steht.

Da Unternehmen bei der Gestaltung ihrer in Auftrag gegebenen Umfrage ein Mitspracherecht haben, können sie indirekt schon den Ausgang beeinflussen. Indem man Antwortmöglichkeiten auslässt, die Frage stark eingrenzt oder die Reihenfolge der Antworten in seinem Sinne gestaltet, wird der Befragte in eine gewisse Richtung gelenkt. Seriöse Institute wie Allensbach oder Infratest achten, da sie einen eigenen Ruf zu verlieren haben, darauf, dass die Umfrage repräsentativ ist, doch das gilt nicht für jedes Institut. Daher sollten aufmerksame Leser Umfragen immer kritisch hinterfragen. *Bel*

Am Anfang stand ein Bischof

Sinterklaas, Santa Claus, Weihnachtsmann: Die Verwandlung des Heiligen Nikolaus von Myra

Von drauß' vom Walde komm ich her; / Ich muss euch sagen, es weihnachtet sehr!“ So beginnt das berühmte Gedicht von Theodor Storm, in dem sich Knecht Ruprecht und das Christkind unterhalten. Weihnachten hat eine lange Tradition und viele Gesichter. Heute begegnet einem vor allem der dickbauchige Rotmantel mit weißem Rauschebart, es gibt aber auch den Bischof mit goldenem Hirtenstab.

Bischof Nikolaus von Myra, gestorben um 350, darf wohl als Vorbild des heutigen „Weihnachtsmannes“ gelten. Seine Gestalt unterlag im Laufe der Zeit Veränderungen; im 12. Jahrhundert ist er als Bischof mit Stab in der Buchmalerei nachzuweisen, teilweise in griechischer Pontifikaltracht. Ab dem 13. Jahrhundert kleiden ihn in den meisten Legenden Stab, langer Mantel und Mitra. Eine Legendenbildung zeigt Nikolaus als Wundertäter, der drei tote Schüler wieder zum Leben erweckt. In den bekanntesten werden ihm drei goldene Kugeln, Goldbarren oder auch Äpfel zugewiesen, die er drei armen, oft schlafenden Mädchen zuwirft. Im 15. Jahrhundert wurde dieses Bild aufgegriffen und Kinder am 6. Dezember beschenkt.

Durch die Reformation und deren Ablehnung der Heiligenverehrung durfte dieser Heiligentag nicht mehr als solcher begangen werden. So ersann der Reformator Martin Luther, um den Brauch der Beschenkung zu wahren, das „Christkind“, das zu Weihnachten in der Nacht zum 25. Dezember die Kinder beschenkte.

Zurzeit der Gegenreformation, in der sich die katholische Kirche gegen die von Luther ausgehende Reformation stellte, wurde am Nikolaustag festgehalten. Um Nikolaus ins Bewusstsein zu bringen, wurde aus dem Schenken am Nikolaustag ein Zeremoniell. Nun schenkte er den Kindern nicht heimlich etwas, sondern ging in die Familien und fragte, ob gebetet worden sei und ob man sich gut betragen habe. Waren es gute Kinder, so bekamen sie ein Geschenk aus einem großen Sack, der vom in Ketten gelegten Begleiter des Nikolaus getragen wurde.

Dieser Begleiter symbolisierte das Böse, das dem Guten dienen muss. Er hat unterschiedliche Namen, so „Knecht Ruprecht“, „Krampus“, „Schmutzli“ oder „Hans Muss“. Dieser Gesell trägt neben der Kette auch eine Rute zum Bestrafen, die oft als erzieherische Maßnahme missbraucht wurde. In manchen Regionen ist ihm ein Holzverschlag auf den Rücken geschnallt. Familiengeschichten erzählen, dass manch „ungezogener Bengel“ in dieser Truhe in den Wald verbracht wurde und von dort allein wieder nach Hause musste. Heutzutage wäre so eine Bestrafung in unseren Breiten nicht mehr vorstellbar.

Im 18. Jahrhundert wurde aus dem Heiligen Nikolaus und dem bösen Knecht Ruprecht eine Person. So fragt Storms Christkind seinen Knecht, ob er sowohl das Säcklein als auch die Rute bei sich führe.

Noch bis ins 19. Jahrhundert wurden die Geschenke in katholischen Haushalten am 6. Dezember, und zwar vom Heiligen Nikolaus, überbracht. Erst danach setzte sich Weihnachten als Gabenzeit überkonfessionell durch. So wie bei den Katholiken nun auch das Christkind zu Weihnachten kam, erfreuten sich die Menschen in protestantischen Familien der Weihnachtskrippe. In Holland jedoch hielt man eisern an dem Heiligen und am Nikolaustag fest, an dem er als Schutzpatron der Seefahrer verehrt wird. Die Kinder werden in der Nacht zum 6. Dezember beschenkt und nicht am 24. oder 25.

In den Niederlanden heißt der Nikolaus Sinterklaas. Der Überlieferung nach reitet er am 5. Dezember auf einem Schimmel über die Dächer und bringt mit seinem Helfer Zwarte Piet durch den Schornstein den Kindern Geschenke. Aus diesem wurde auf der Nordseeinsel Borkum Klaasohm (Onkel Klaus), der die Geschenke ebenfalls vom 5. auf den 6. Dezember bringt. Noch heute wird jährlich am 5. Dezember ein „Heiden“-Spektakel veranstaltet, da in der Figur des Klaasohm nicht nur der Heilige Nikolaus von Myra enthalten ist, sondern auch der Prototyp Seemann, der nach langer Fahrt wieder nach Hause kommt und seine Stellung deutlich macht. Kinder bekommen „Sückergood“ (Honigkuchen) und junge Frauen trifft er „auf den Teil, den rechten“, und zwar mit einem Kuhhorn.



Lebendiges deutsches Brauchtum: St. Nikolaus verteilt seine Gaben an die Kinder Bild: Wikipedia/böhringer friedrich

Holländer, die nach Amerika auswanderten, nahmen die niederländische Tradition des Sinterklaas mit und bald wurde aus ihm Santa Claus, ein gutmütiger Alter, der Kinder zu Weihnachten beschenkt. Eine ähnliche Figur, nur ohne Heiligenbezug, gab es auch hierzulande: Das war „Herr Winter“. Viel weiter östlich kennt man „Väterchen Frost“. Er brachte neben den Geschenken auch einen Tannen- oder eben Weihnachtsbaum.

Die 1892 gegründete Firma Coca-Cola erhielt ihren Namen aus den Zutaten Kokablatt (englisch *coca leaves*) und Kolanuss (englisch *cola nut*). 1931 erschien eine Werbung mit dem Weihnachtsmann. Cola ist im Italienischen eine Kurzform von Nikolaus und passte so gut zum Firmennamen. Die sympathischen Züge des niederländischen Nikolaus waren gute Werbeakzente und so wurde der dicke Mann in die Firmenfarben Rot und Weiß gesteckt und zum „Weihnachtsmann“, wie wir ihn heute kennen. Noch immer bringt er Kindern zu Weihnachten die Geschenke, wobei er mancherorts vom Christkind, das mittlerweile katholisch geworden ist, unterstützt wird.

In der letzten Strophe des Stormschen Gedichtes heißt es: „Nun sprecht, wie ich's hier drinnen find! Sind's gute Kind, sind's böse Kind?“ Diese Frage muss sich wohl jedes Kind selbst stellen, ob nun Väterchen Frost oder Sankt Nikolaus entgegengefiebert wird. *Christiane Rinser-Schrut*

Kalte Wissenschaft

Roman über Polarforscher

Mit der Theorie der Kontinentaldrift ist der Name des Meteorologen Polar- und Geowissenschaftlers Alfred Wegener (1880–1930) verbunden, obwohl dieser keinesfalls als Erster eine derartige Auffassung vertrat. 1912 präsentierte Wegener erstmals seine These von dem Auseinanderbrechen eines Urkontinents und der Verschiebung der Kontinente vor einem Fachkollegium in Frankfurt. Er stieß damit auf entschiedenen Widerspruch, zumal er gleichzeitig der damals gängigen Lehre von den versunkenen Landbrücken widersprach. Erst drei Jahrzehnte nach dem Tod des Forschers wurde die Theorie von der Plattentektonik anerkannt. In seinem Wissenschaftsroman „Alles Land“ erzählt der 1968 geborene Kölner Verlagsleiter Jo Lendle seine Version vom Leben des bedeutenden Pioniers der Arktisforschung.

Als jüngstes Kind einer märkischen Pastorenfamilie wuchs Alfred Wegener in Berlin und Zechlinerhütte bei Rheinsberg auf, studierte Physik, Metereologie und Astronomie. Mit seinem Bruder stellte er im April 1906 mit 52,5 Stunden einen Rekord für Ballonfahrten auf. 1908 wurde Wegener Privatdozent für Meteorologie, praktische Astronomie und kosmische Physik in Marburg. Lebenslang erschloss er sich neue Forschungsfelder. 1924 wurde er an die Universität Graz berufen. Während seiner dritten Grönland-Expedition kam der Ausnahmewissenschaftler Ende November 1930 bei minus 54 Grad in einem Schneesturm ums Leben.

„Dies ist ein Roman, er weicht in vielem vom Leben des wirklichen Alfred Wegener ab“, schreibt Jo Lendle im knappen Nachwort. So lernt der Protagonist, anders als das reale Vorbild, seine spätere Ehefrau Else Köppen schon lange vor seinen ersten Grönland-Expedition im Jahr 1905 kennen. Damit erzielt der Autor eine Erweiterung seines Erzählspektrums bei der Begleitung des Romanhelden auf der dänischen Grönland-Expedition; denn Lendles Interesse bezieht sich gleichermaßen auf die Ausleuchtung der Gefühlswelt des literarischen Wegener. Mit den Schilderungen der Ereignisse während der Forschungsreisen kann er überzeugen. Verwunderlich und durchaus störend sind allerdings die vielen banalen Sentenzen und sinnfreien Sätze, Einfälle des Autors, die wahrscheinlich als origineller Stil durchgehen sollen. Frühzeitig hat sich der Protagonist vom Glauben abgewandt, den sein Vater, ein heimlicher Poet, so unerschütterlich vertrat: „Richard Wegener schrieb nachts, wenn alles schlief, sogar Gott. Er hätte nicht erklären können, was falsch daran war.“

Autor kann das Eis nicht erwärmen

In einem Buch zählen nicht nur die spannenden Abschnitte. Bald schon merkt man, dass die Zeiträume zwischen den Höhepunkten dieses Forscherlebens nur unbefriedigend überbrückt werden. Formal könnte das Buch auch als eine überlange Erzählung eingeordnet werden, denn die Dialoge sind selten, kurz und unergiebig. Es ergibt sich daraus wenig Erhellendes. Weiterhin fehlt, bis auf einige Ansätze, ein kulturhistorischer Rahmen. Sogar die notwendigen Erläuterungen zum Verständnis der emsigen Forschungs- und Publikationstätigkeit des Protagonisten sind dürftig ausfallen. Ein Glossar wäre hilfreich gewesen. Mit diesem Buch dürfte Jo Lendle daher vermutlich vor allem diejenigen Leser erfreuen, die sich auf seine Fabulierlust einlassen mögen. Für viele andere könnte es sich als ein Griff ins Leere erweisen.

Dagmar Jestrzemski

***Jo Lendle: „Alles Land“**, DVA, München 2011, kartoniert, 376 Seiten, 19,99 Euro*

Imam statt Richter

Islamische Schattenjustiz greift in deutschen Großstädten um sich

Will man Joachim Wagner, dem ehemaligen stellvertretenden Leiter des ARD-Hauptstadtstudio, glauben, so grassiert an deutschen Gerichten immer öfter eine merkwürdige Form von Amnesie. Plötzlich können sich Opfer, die kurz nach einer Tat der Polizei detailliert Antwort zu den Geschehnissen machen konnten, an nichts mehr erinnern. Auffällig sei, dass es vor allem muslimische Mitbürger seien, die plötzlich jegliche Erinnerung verloren haben. Für den promovierten Volljuristen Wagner ist das ein Zeichen dafür, dass in solchen Fällen im Hintergrund muslimische Schlichter am Werk seien und somit die deutsche Justiz unterlaufen würden.

In „Richter ohne Gesetz. Islamische Paralleljustiz gefährdet unseren Rechtsstaat“ zitiert der Journalist zahlreiche Anwälte, Richter und Polizisten, aber auch muslimische Schlichter wie Hassan Allouche. Der Berliner Libanese arbeitet hauptberuflich zwar als „Sicherheitschef“ eines Gebrauchtwagenhändlers, der Wagen nach Afrika exportiert, doch nebenberuflich schlichtet er bei Messerstechereien, Zwist unter Kaufleuten oder Verletzung der Familienehre. Allouche, der seine Dienste kostenfrei anbietet, aber Geschenke gerne annimmt, ist von seiner Qualifikation überzeugt, denn bereits seine Vorväter haben im Libanon als Schlichter Streitigkeiten gelöst.

Wagner beginnt in dem vorliegenden Buch mit der Beschreibung des Problems, verweist dann ausführlich darauf, dass gerade unter Muslimen in Deutschland die Kriminalitätsrate sehr hoch sei, und erwähnt, dass einige Wissenschaftler das auf die soziale und andere auf die ethnisch-religiöse Herkunft der Gruppe zurückführen. Der Autor beruft sich häufig auf die verstorbene Jugendrichterin Kirsten Heisig, die dieses Problem erstmals der breiten Öffentlichkeit präsentiert hatte.

Laienrichter haben keinerlei juristische Qualifikation

Anhand einiger Fallbeispiele zeigt Wagner die Arbeit der Schlichter auf und macht deutlich, was das für die deutsche Justiz bedeutet und auch oft für die Opfer, die sich keineswegs immer freiwillig zur Schlichtung bereitfinden.

Obwohl Wagner ein erfahrener Journalist ist, merkt man seinem Tonfall durchaus des öfteren an, dass er die Paralleljustiz nicht nur als Gefahr für unseren demokratischen Rechtsstaat ansieht, sondern dass er die Protagonisten dieses Systems nicht für geeignet hält. So berichtet er von einem Essener Imam, der als Schlichter tätig ist, aber obwohl er seit zwei Jahrzehnten in Deutschland lebt, kaum Deutsch spricht, dafür aber Hartz IV bezieht und sieben Kinder hat. Ein Bremer Schlichter hingegen hat durchaus „Erfahrung“ mit Kriminalität, denn außer Vergewaltigung und wohl auch Mord hat er alles in seiner Jugend selbst ausprobiert. Solche Menschen seien es oft, die dann nach mittelalterlicher, muslimischer Sitte nach eigenem Gutdünken oder nach der Scharia Urteile fällten und die Höhe möglichen „Blutgeldes“ bestimmten. Zudem weist der Bremer Rechtsanwalt Martin Stucke darauf hin, dass das, was wie ein Kompromiss zwischen Opfer und Täter aussehe, oft ein Machtdiktat sei. „Je gravierender die Machtunterschiede zwischen den Familien sind, desto schwieriger werden gewaltfreie Konfliktlösungen auf Augenhöhe“, heißt es.

Während die deutsche Polizei laut Wagner oft überfordert und machtlos mit ansehen müsse, wie Opfer ihre Aussagen zurückzögen und die Muslime die Sache dann unter sich regelten, gibt der Autor den Anwälten eine Mitschuld. Vor allem die Anwälte der Täter würden oft genug wissen, was im Hintergrund abläuft, und so mancher auch zu diesem Weg raten, damit sein Mandant nicht noch eine weitere Vorstrafe erhält oder ins Gefängnis muss. Wagner spricht davon, dass mancher Anwalt gar an der Grenze zur Strafvereitelung agiere. Interessant sei auch, dass sich die großen muslimischen Vereine wie die Ditib am liebsten gar nicht zu dem Thema Schlichtung äußern.

Wagner warnt, dass die Schattenjustiz organisierte Kriminalität in arabischen, türkischen und kurdischen Milieus zementieren könnte. Sorge bereiten ihm auch die „Haftbefehle“, die in bestimmten Kreisen ausgesprochen werden und wo vermeintliche Täter gesucht, inhaftiert und von der Familie freigekauft werden müssen.

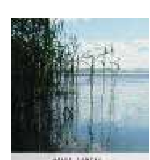
Wagner betont, dass sich interessanterweise in den letzten Jahren die islamische Schattenjustiz verstärkt und verfestigt hat, obwohl sich die deutsche Gesellschaft gleichzeitig den muslimischen Zuwanderern gegenüber geöffnet habe. Er nennt sogar ein Beispiel – es geht um eine Muslima, die ihren nichtmuslimischen Freund heiraten will –, bei dem Polizei und Schlichter zusammen einen Fall gelöst haben. Was Wagner als Kompromiss sieht, liest sich allerdings aus rechtsstaatlicher Sicht wie ein Schmierentheaterstück.

Rebecca Bellano

***Joachim Wagner: „Richter ohne Gesetz. Islamische Paralleljustiz gefährdet unseren Rechtsstaat“**, Econ, Berlin 2011, kartoniert, 236 Seiten, 18 Euro*

Leiche einer lange Totgeglaubten

Kommissarin zwischen Umzug, Liebe und einem Kindermörder



Ein zweijähriges Mädchen verschwindet auf einem Karnevalsumzug und taucht nicht wieder auf. Der Albtraum für die Eltern beginnt. Elf Jahre später liegt ein junges Mädchen tot am Elbdeich. Wo ist Nele all die Jahre gewesen?

Oberkommissarin Lyn Harms, nach ihrer Scheidung aus Bayern frisch in ihre norddeutsche Heimat zurückgekehrt, ermittelt in ihrem ersten Fall. Die Spur scheint ins Nichts zu führen. Mühsam lichtet sich der Nebel der Ermittlungen, ein zweites kleines Mädchen, das seit sechs Jahren vermisst wird, scheint in die Geschichte verwickelt zu sein, und so werden die Ermittler von der Hoffnung angetrieben, wenigstens Elisa noch lebend zu finden. Dabei muss Lyn auch mit der Trennung, dem Umzug, den Kollegen im neuen Job und zwei pubertierenden Töchtern klarkommen. Unter den Verdächtigen befindet sich auch ein Schulfreund von ihr, gleichzeitig macht ihr ein neuer Kollege Avancen, während ihr Vater auf Freiersfüßen wandelt. Lyn ist eine sympathische Frau mit normalen Problemen, die jedoch nicht über die Krimihandlung dominieren.

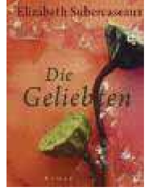
Regionalkrimis sind beliebt und Heike Denzau ist es gelungen, mit ihrem Erstlingswerk den Bogen vom bayerischen Bamberg nach Schleswig-Holstein zu schlagen und im Lokalkolorit stimmig zu bleiben. Dabei hat sie ein authentisches Szenario entwickelt und zeigt den Entführer in seiner Scheinwelt, aber legt auch die Gefühlswelt eines kleinen, isoliert aufwachsenden Mädchens glaubhaft dar. Der Leser wird in eine märchenhafte Parallelwelt gezogen, es ist eine phantastisch anmutende Geschichte, die erschreckender Weise genauso stattfinden könnte. Dabei verzichtet sie auf Gewaltszenen, der Schrecken spielt sich allein im Kopf des Lesers ab. Sie lässt einen lebendig beschriebenen Personenkreis agieren, die Charaktere sind glaubhaft und sympathisch. Die verschiedenen Erzählstränge der vielschichtigen Geschichte münden in ein atemberaubendes Finale. Ein spannend geschriebenes und unterhaltsames Buch, das einen so in den Bann zieht, dass man es nicht mehr aus der Hand legen mag, bis man es zu Ende gelesen hat.

Britta Heitmann

***Heike Denzau: „Die Tote am Deich“**, Emons Verlag, Köln 2011, broschiert, 239 Seiten, 9,90 Euro*

Verwirrende Wege der Liebe

Urenkelin von Robert und Clara Schumann veröffentlicht weiteren Roman



Das Lieblingsthema der chilenischen Bestsellerautorin Elizabeth Subercaseaux scheint die Liebe zu sein. Nach ihren Romanen „Eine Woche im Oktober“ und „Eine fast perfekte Affäre“ handelt auch der dritte in Deutschland veröffentlichte Roman „Die Geliebten“ von der Liebe, wie sie sich mit den Jahren verändern kann, was zwischen zwei Menschen geschieht, wenn diese verschwindet oder sich als Illusion entpuppt. Auch die häufig aus schwindender Liebe resultierende Affäre spielt in ihrem neuen Roman wieder eine große Rolle.

Der dramatische Klappentext des Romans „Die Geliebten“ sorgt beim Leser zunächst für eine hohe Erwartungshaltung, welcher dieser leider nicht gerecht werden kann. Elizabeth Subercaseaux erzählt in dem Roman die Geschichte von zwei Paaren. Relativ verwirrend überkreuzen sich die Erzählungsstränge, sie starten 2008, führen zurück ins Jahr 1999, um am Ende des Romans wieder 2008 anzukommen. Es dauert einige Kapitel, bis der Leser den Überblick über die Geschichten sowie die vielen Personen und verschiedenen Charaktere gewonnen hat.

Ein US-Anwalt, Joshua, trennt sich von seiner Geliebten, Quinn, um seine Ehe zu retten, und ein chilenischen Agrarökonom, Nahuel, plant, seine Frau zu verlassen, um mit seiner Geliebten, der Französin Juliette, zusammenzuleben. Entscheidungen von der Art, wie sie auf unserer Welt jeden Augenblick irgendwo getroffen werden. Entscheidungen mit Konsequenzen. Entscheidungen, die manchmal zu spät kommen und vor allem unvorhersehbare Folgen mit sich bringen können.

„Niemand hatte für diesen Freitag Regen vorhergesagt. Trotzdem verhüllten gegen halb fünf dicke Gewitterwolken den Himmel. Und eine Blitzkaskade ließ die Flanken der Kordilleren aufleuchten. Ein Donner nach dem anderen krachte, ließ die Fensterscheiben erzittern, und sintflutartiger Regen setzte die Straßen von Santiago in wenigen Minuten unter Wasser. Nahuel machte das Licht an, setzte sich im Bett auf und wusste, dass er nicht wieder würde einschlafen können.“

Am Ende des Romans stellt sich heraus, dass beide Geschichten über bestimmte Personen miteinander verknüpft sind. Es bleibt dem Leser überlassen, ob er die Tatsache, dass sich die beiden Geliebten eines Tages begegnen, unter dem Punkt „großer Zufall“ oder „etwas konstruiert anmutende Geschichte“ verbuchen möchte.

Fakt ist, dass das Leben manchmal seltsame Wege nimmt. Und wenn wir unser Leben aus der Vogelperspektive betrachten könnten, gäbe es vermutlich viele Ereignisse in unserem Leben, ausgelöst durch Entscheidungen von Personen, die zwar dadurch Einfluss auf unser Leben genommen haben, deren Beweggründe wir jedoch nicht kennen und auch nie erfahren werden.

Dadurch, dass Elizabeth Subercaseaux die Geschichten in Kapitel unterteilt hat, die immer wieder die Sichtweise einer anderen beteiligten Person wiedergeben, verleiht sie dem Leser sozusagen einen 360-Grad-Blick. Im Gegensatz zu den Romanfiguren weiß der Leser am Ende des Romans, wie die zwei Geschichten miteinander verknüpft sind beziehungsweise wieso die jeweiligen entscheidenden Ereignisse eingetreten sind.

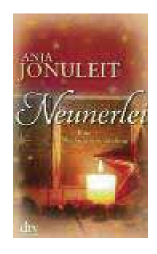
Elizabeth Subercaseaux ist die Urenkelin des deutschen Komponistenpaares Robert und Clara Schumann und arbeitete 17 Jahre als Journalistin in Chile im Untergrund.

Vanessa Ney

***Elizabeth Subercaseaux: „Die Geliebten“**, Pendo, München 2011, geb., 274 Seiten, 17,99 Euro*

Übers Grab

Weihnachtsliebesgeschichte



Nicht jeder freut sich auf Weihnachten. So auch nicht die Apothekerin Katharina in Anja Jonuleits Weihnachtserzählung „Neunerlei“. Ihre Perspektiven sind trostlos: Entweder neben ihrem Vater und seiner neuen Frau vor dem Fernseher sitzen und Weihnachtsshows sehen oder mit ihrer Mutter, die Lkw-Fahrerin ist, in der Fahrerkabine auf einer Straße.

Auch Sami, der als Baby ausgesetzt wurde und daher in Heimen aufwuchs, kann mit dem Fest der Liebe nichts anfangen. Doch als er auf der Suche nach Themen für einen seiner Groschenromane, mit deren Verfassen er seinen Lebensunterhalt verdient, über einen Friedhof schlendert, entdeckt er ein Glas mit einer ihm unbekannten Substanz auf einem namenlosen Grab. Von der Neugier getrieben, um was es sich hier handelt, landet er in der Apotheke von Katharina und bittet sie um Rat. „Piment“, lautet ihre Antwort.

Alle paar Tage entdeckt Sami nun ein neues Gewürz auf dem Grab, und zusammen mit der inzwischen auch an den Hintergründen hierfür interessierten Katharina versucht er, das Rätsel um die Substanzen zu lösen.

Anja Jonuleit hat mit „Neunerlei“ eine kleine, aber feine Erzählung vorgelegt, in der einsame Herzen über das Grab einer unbekannten Person hinweg zueinanderfinden. Des Rätsels Lösung ist zwar unspektakulär, dafür wird einem warm ums Herz. Inwieweit die Weihnachtserfahrungen der Autorin auch von den Erzählungen ihrer ostpreußischen Großmutter inspiriert wurden, bleibt allerdings offen.

Bel

***Anja Jonuleit: „Neunerlei. Eine Weihnachtserzählung“**, dtv, München 2011, 93 Seiten, 7,95 Euro*

Faszination Ermland und Masuren, Kalender

Mit 13 eindrucksvollen Farbfotos im Großformat der Natur in Ermland und Masuren.
Format: 42 x 30,7 cm (im Querformat),
Metall Wire-O-Bindung mit Öse zum Aufhängen.
Bildunterschriften mit technischen (fotografischen) Angaben
Best.-Nr.: 7143

€ 14,90

Eckardt Opitz
Die Bismarcks in Friedrichsruh
Im Jahre 1871 schenkte Kaiser Wilhelm I. dem ersten deutschen Reichskanzler, Otto von Bismarck, den Sachsenwald für seine Verdienste bei der Gründung des Deutschen Reiches. Seither ist das idyllisch gelegene Friedrichsruh inmitten des Sachsenwaldes der Stammsitz der Grafen und Fürsten von Bismarck-Schönhausen. Ein herrlicher Bildband über die Familie von Bismarck, über Friedrichruh und den Sachsenwald.

Großformat, 21,5 x 28, 144 Seiten, mehr als 100 meist farb. Abb., Lit. Verz.
Best.-Nr.: 4550

statt € 24,80
nur noch € 14,95

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land erobert und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.

Kart., 217 Seiten, mit bildungen
Best.-Nr.: 2354

statt € 20,00
nur noch € 9,95

Ostpreußischer Weihnachtstaler 2011

ALBRECHT VON PREUßEN
DER GERECHTE LEBT AUS DEM GLAUBEN

Streng limitierte Auflage, nur 500 Stück! Speziell für Leser der

Nur noch wenige Exemplare lieferbar!

- Spezifikation: Feinsilber 999, polierte Platte
- Durchmesser: 35 mm
- Gewicht: 15 Gramm reines Silber
- Verpackung: Repräsentatives Etui

Medaille ist durch eine Klarsichtkapsel geschützt
Best.-Nr.: 7139

Feinsilber 999

Preis: € 49,90

Nur über den Preußischen Mediendienst zubeziehen!

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

PMD Preußischer Mediendienst

Oliver Rieckmann empfiehlt...

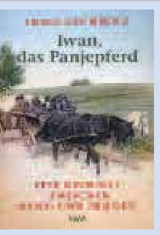
Marion Junker
Weihnachten im alten Ostpreußen
Dunkel und kalt war es, der Schnee lag dicht auf weiter Flur und eine unheimliche Stille breitete sich draußen aus, während in den gemütlichen Stuben das Feuer knisterte, alte Geschichten erzählt wurden und über allem der Duft von Pfefferkuchen und Tannengrün lag. So erinnern sich viele Menschen an die Weihnachtszeit vergangener Tage in Ostpreußen. Die Beeinflussung durch verschiedene Kulturen, eigentümliche Vermischung von Volksgruppen und die unentwegte Veränderung der Bräuche führten zu einer ungewöhnlichen Vielfalt weihnachtlichen Brauchtums – um das Fest auszuschmücken, aber auch das Glück zu locken und das Böse von Haus und Hof fernzuhalten. Viele Erzählungen, Gedichte, Lieder und Bilder widmen sich dieser stimmungsvollen Zeit, einige stammen noch aus dem alten Ostpreußen, viele sind jedoch auch nach der Vertreibung aus der Erinnerung entstanden. Diese Berichte sind oft unveröffentlicht, werden häufig weitererzählt – wie damals, wintertags vor dem masurischen Ofen. Sie zeugen von der bis heute bestehenden engen Verbindung der Ostpreußen und ihrer Nachfahren mit ihrer Heimat.

Geb., 173 S., zahlr. Abb
Best.-Nr.: 5980

€ 14,95



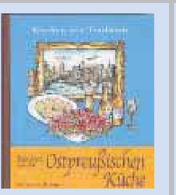
Heinz Schön
Königsberger Schicksalsjahre
Der Untergang der Hauptstadt Ostpreußens 1944–1945.
Geb., 352 S., davon 32 S. s/w-Abbildungen im Großformat.
Best.-Nr.: 7159, € 25,95



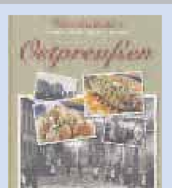
Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



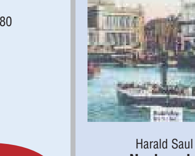
Adalbert Bieneck
Heimat deine Sterne
Roman über eine ostpreußische Familie im Verlauf von hundert Jahren (1903-2003)
Geb., 454 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 7158, € 24,80



Susanne Rohner
Das Beste aus der Ostpreußischen Küche.
Die ostpreußische Küche bietet vielfältige kulinarische Genüsse.
Geb., 96 Seiten
Best.-Nr.: 715, € 5,00



War das lecker! Unsere Lieblingsgerichte aus Ostpreußen
Geb., 144 S. m. zahlreichen meist farbigen Fotos
Best.-Nr.: 7156, € 7,99



Harald Saul
Noch mehr Familienrezepte aus Ostpreußen
Geb., 119 Seiten mit Abb.
Best-Nr.: 7146, € 14,90



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



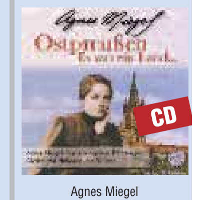
DVD

Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95



DVD

Edvins Snore
Sowjet-Story
Der dunkelrote Albtraum des Terrors
Laufzeit: ca. 86 Minuten
Best.-Nr.: 7136, € 19,95



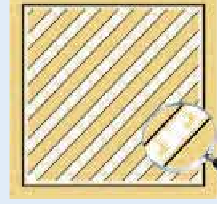
CD

Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land...
Gedichte, Balladen und Lieder der ostpreußischen Heimat
Agnes Miegel trägt ihre Gedichte vor
Laufzeit: 32 Minuten
Best.-Nr.: 1056, € 12,95

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

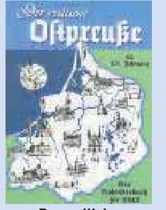


Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092



Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je € 29,95



Der redliche Ostpreuße 2012
Die Fortsetzung des illustrierten Familienkalenders
Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 7142, € 9,95

Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Streifzüge durch Ostpreußen
Eine Bilderreise durch Ostpreußen
Ostpreußen ist Luise Wolfram ans Herz gewachsen. Nach längeren Aufenthalten in Königsberg/Kaliningrad und vielen Reisen in die Region kennt sie die schönsten Schauplätze dieser unvergleichlichen Landschaft, die heute zu Polen, Russland und Litauen gehört. Und sie kennt die Fragen, die angesichts der wechselvollen Geschichte des Landes gestellt werden.
Erstklassige Naturaufnahmen und die teilweise von Luise Wolfram selbst verfassten Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und alten Ordensburgen.



Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos
Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

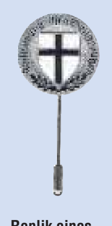
statt € 7,95
nur noch € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

NEU



Elchstandbild
Darstellung, die dem Tilsiter Elch nachempfunden ist.
Metallguß, bronziert, Höhe 26 cm
Best-Nr.: 7134

€ 149,95



PMD Preußischer Mediendienst

49/11

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Keine Lust und Zeit für Draghi

Brüssel – Wenn es um die Rettung des Euros geht, so kommt von Seiten der EU-Parlamentarier viel Kritik an den agierenden Regierungschefs. Und offenbar sind die Abgeordneten im EU-Parlament bereits bestens informiert, denn als der neue Chef der EZB, Mario Draghi, angereist kam, um ihnen zu erklären, was die EZB tun könne, um einen Kollaps der Euro-Zone zu verhindern, lauschten nur 30 (am Ende der Rede knapp 50) der 763 Abgeordneten seinem Vortrag. *Bel*

Öffentliches Atmen verboten

Minsk – Ein Unternehmer hat bei der Stadt Minsk den Antrag gestellt, zwei Stunden lang im Stadtzentrum öffentlich tief atmen zu dürfen. Doch das Ansinnen wurde genauso abgelehnt wie seine vorher eingereichten Anträge. Nikolaj Tschernous wollte ein Radrennen und einen Marathon „gegen den Bürokratismus" organisieren. Seit einer Gesetzesänderung muss jede öffentliche Meinungsäußerung genehmigt werden. Proteste, auch stumme, werden polizeilich verfolgt. *MRK*

ZUR PERSON

Tochter des Sozialismus

Mit ihrem geflochtenen Haarkranz sieht **Marina Weisband**, die Geschäftsführerin der Piratenpartei, ein wenig aus wie die kleine Schwester der inhaftierten ehemaligen ukrainischen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Und tatsächlich haben die beiden etwas gemeinsam, denn beide sind in der Ukraine geboren und sind Anführerinnen einer politischen Bewegung. Und dann hat Weisband noch etwas mit Sahra Wagenknecht gemein, denn genau wie bei der kommunistischen Frontfrau der Partei „Die Linke" setzen bei Weisband die Gehirne ihrer männlichen Parteikollegen und der sie interviewenden Journalisten aus. Liest man die Berichte über sie und ihre Rolle auf dem Parteitag der Piraten, dann entdeckt man so manchen Superlativ in den Zeilen der von ihr in den Bann geschlagenen Nachrichtenmacher.

Aber auch Frauen können sich schwer dem Charme der 24-jährigen Psychologie-Studentin entziehen, die so scheinbar ideologiefrei und pragmatisch darüber plaudert, wie sie vor einem Jahr die Politik für sich entdeckte. Es ist so selbstlos, wie sie auch weiterhin ihre Aufgabe als Geschäftsführerin ehrenamtlich machen will, obwohl sie bald kein Bafög mehr erhält und eigentlich neben dem Studium jobben müsste. Auch ist es schön zu erfahren, dass sie ihren Glauben lebt und regelmäßig in die Synagoge geht.



Doch bei allem darf man nicht vergessen, dass sie an der Spitze einer Partei steht, die am Wochenende nicht nur für die Freigabe aller Drogen votierte, sondern auch ein bedingungsloses Grundeinkommen beschloss: „Wir können uns erstens eine Vollbeschäftigung nicht mehr leisten und zweitens brauchen wir sie auch nicht mehr", begründete Weisband ein Grundeinkommen für alle: „Wir bezeichnen alles als Arbeit, was für die Gesellschaft nützlich ist." *Bel*



Zeichnung: Mohr

Im Galopp

Wie die »Piraten« alle anderen überholen, wie sie Marx wiederbeleben, und wie uns Helmut Schmidt von der Euro-Krise befreit hat / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Parteien benötigen vor allen Dingen ein „eindeutiges Profil", um sich von den anderen abzuheben, behaupten Meinungsforscher. Die haben gut reden. Wie soll die SPD „Profil" gewinnen gegenüber einer Union, die ebenfalls für Frauenquote oder Mindestlohn ist, nur eben ein bisschen anders? Wie sollen sich die Grünen gegenüber Schwarzen abgrenzen, die rasanter aus der Kernkraft aussteigen wollen, als Rot-Grün zur eigenen Regierungszeit?

Auf geheimnisvolle Weise scheinen alle inhaltlichen Fragen geklärt zu sein. Alle wollen irgendwie das Gleiche. Da gibt es nur noch zwei Wege, um an das begehrte „Profil" zu gelangen: Man fordert von allem, was alle fordern, immer noch ein bisschen mehr und legt sich als Sahnehäubchen einen unverwechselbaren „Stil" zu.

Die „Piraten" haben beide Aufgaben virtuos gelöst und bringen uns daher schier um den Verstand vor Begeisterung. Fangen wir mit dem Stil an: Die Piraten sind die „Partei der Internet-Generation", was schon an sich unüberholbar modern ist. Auf ihrem ersten großen Parteitag ging es zu wie bei den damals modernen Grünen in den 80ern, nur ohne das seinerzeitige Geschrei und das alberne Gefuchtel mit Transparenten.

Und inhaltlich? Mit dem „bedingungslosen Grundeinkommen" zischen die Neulinge an allen Mindestlohn-Anhängern im Galopp vorbei. Bis zu 1500 Euro monatlich (so lautete die radikalste Forderung) soll jeder bekommen, egal, ob er bedürftig ist oder nicht. Wir hatten an dieser Stelle schon einen Ausblick darauf gewagt, welch magnetischen Eindruck dieses sagenhafte Angebot wohl auf den weniger begüterten Teil der Menschheit außerhalb Deutschlands machen dürfte.

Doch: Würden dann nicht Millionen von Leuten die Arbeit einfach hinschmeißen? Mitnichten, prophezeien die Piraten: Aller Existenzangst entledigt würden sich die Menschen nur umso freudiger ans Werk machen.

Kommt uns das nicht bekannt vor? Ja sicher, Karl Marx hatte ähnliches im Sinn, als er an seine kommunistische Endgesellschaft dachte, in der alle nur noch das machen, wonach ihnen der Sinn steht. 150 Jahre und hundert Millionen Leichen später war seine Idee vorübergehend aus der Mode gekommen. Schön, dass wir sie wieder haben, noch dazu in so jugendfrischem, „unkonventionellem" Gewande.

Und wer sich nur noch langweilt in so einer Gesellschaft, weil er ohne ein wenig Druck den Hintern nicht hochkriegt? Der kann sich im Piratenland beim Höker um die Ecke sein Heroin holen, um sich die quälende Langeweile wegzudröhnen. Denn Drogen sollen entkriminalisiert werden, wenn es nach den Piraten geht.

Bleibt nur die ödeste aller Fragen: Wer soll das bezahlen? 1500 Euro für jeden mal zwölf Monate macht 18 000 Euro im Jahr, bei rund 67 Millionen Erwachsenen im Lande kämen wir also auf etwa 1,2 Billionen Euro jährliche Grundlohnkosten. Das ist knapp die Hälfte der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung.

> Die Neulinge fordern mutig ein »Europa der Bürger und Regionen« – das birgt Sprengstoff!

Um diese Summe einzutreiben, wird es kaum reichen, das per Arbeit erwirtschaftete Einkommen komplett wegzusteuern, womit wir dann alle einen Einheitslohn bekämen, ob wir nun den ganzen Tag schuften oder als Stammgast beim Heroinhöker abhängen. Man müsste wohl auch ans Vermögen der Leute gehen, bis es gänzlich alle ist. Das bleibt das Tolle am Sozialismus, dass er so berechenbar ist. Egal wie und mit welcher phantastischen neuen Begründung er angefangen wird, enden tut er immer gleich: in der totalen Pleite.

Vor dem Parteitag wurde bemängelt, dass die Piraten keine Meinung zur Euro-Krise hätten. Damit haben die Neupolitiker aufgeräumt. In ihrem Beschluss kritisieren sie sogar mutig die Demokratiedefizite im zusammenwachsenden Europa: „Wir kritisieren allerdings den Verlust von Demokratie im Zuge der europäischen Einigung, darunter auch die demokratischen Defizite bei der Entstehung des Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM)." Europa ist nicht gerade demokratisch – darüber zeigen sich sogar Spitzenpolitiker gelegentlich besorgt und versprechen, dass sie da irgendwann was machen werden. (Und es ist ja auch schon einiges passiert, wie beispielsweise ... äh ... ach, wir müssen einfach mehr Vertrauen haben!) Die Piraten jedenfalls mögen das nicht, dass Europa so wenig demokratisch ist, und wollen stattdessen, so wörtlich in ihrer Erklärung, „ein Europa der Bürger und Regionen". Wunderbar! Endlich junge Leute, die mutig Position beziehen. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hätte es kaum aufregender formulieren können. „Europa der Bürger und Regionen" – das birgt Sprengstoff!

Was Helmut Schmidt wohl dazu sagen würde? Das qualmende Orakel der SPD kann das gefährliche Gefasel von einer angeblichen Euro-Krise nicht mehr hören: „Alles Gerede und Geschreibe über eine angebliche Krise des Euro ist leichtfertiges Geschwätz von Medien, von Journalisten und von Politikern." Na, da sind wir aber beruhigt. War also alles nur Einbildung? Muss wohl so sein, wenn *der* das sagt. Und dennoch sei die Lage gefährlich, warnt Schmidt, weil Unions- und FDP-Politiker „schädliche deutschnationale Kraftmeierei" betreiben, indem sie von anderen Euro-Ländern dreist verlangen, sie sollten sich an geschlossene „Verträge" halten.

Wirklich unfassbar: Wie soll jemals ein friedliches, geordnetes Miteinander zwischen den Staaten gedeihen, wenn wir unseren Partnern ständig das Vertragsgeschmiere von gestern unter die Nase reiben? Schmidt weiß, wie Europas Zukunft auszusehen hat, und gibt den Deutschen einen guten Rat, der wie ein Befehl klingt: Zahlen und Schnauze halten, denn, so der Altkanzler, eine „gemeinsame Verschuldung" der EU-Mitglieder sei „unvermeidlich, um die Krise dauerhaft zu überwinden". Deutschland dürfe sich dem nicht aus „national-egoistischen Gründen" versagen. Gemeinsame Verschuldung! Eine herrliche Aussicht: Unsere Griechen würden eines Tages aufwachen und feststellen, dass alles nur ein böser Traum war. Dass ihr Land gar nicht pleite ist, sondern jeden Kredit bekommt, den man aus der deutschen Zahlungsfähigkeit herausquetschen kann. Die Party könnte sofort wieder losgehen, und wie wir die fröhlichen Hellenen kennen, würde sie das auch.

Dazu muss allerdings viel Geld hereingeholt werden. Dafür will SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles so bald wie möglich die Eintreiber von der Leine lassen. Die Steuern für die „mit den starken Schultern" müssten dringend erhöht werden, damit der Staat seine solidarischen Aufgaben erfüllen und der Haushalt saniert werden kann.

Das mit der Haushaltssanierung wollen wir mal nicht so ernst nehmen. Wir wissen, wie unsere Politiker das meinen. Sie reden seit 40 Jahren davon, passiert ist stets das Gegenteil.

Dass indes der Staat mehr Geld benötige, um seine Aufgaben zu erledigen, das kann niemand bestreiten. So soll Griechenland mit einem gewaltigen Investitionsprogramm wieder in Schwung gebracht werden. Beispielsweise könnte man bei der Infrastruktur eine Menge verbessern, neue Straßen bauen und so. In Deutschland die Investitionen in die Straßen entsprechend zurückzufahren, um so die Mittel für Hellas freizubekommen, wird allerdings nicht reichen. Wie der Zustand unserer Verkehrsadern belegt, fließt da eh kaum noch ein Cent hin. Einfach weiter Schulden zu machen, um die Südländer zu stützen, geht auch nicht mehr so einfach. Wir haben einfach schon zu viel davon.

Ergo bleibt nur, die „starkschultrigen" Deutschen mächtig zur Kasse zu bitten. Und wenn die EZB zudem noch massig Geld druckt, leisten auch die schwachschultrigen Deutschen ihren Beitrag, indem ihre Einkommen und Sparkonten entwertet werden. Wer dagegen protestiert, der bekommt es mit Helmut Schmidt zu tun: „National-Egoist! Schnauze!"

MEINUNGEN

Danach befragt, was Brüssel machen soll, falls die Franzosen in einem möglichen ***Volksentscheid*** *sich gegen einen weiteren Verlust ihrer Souveränität zugunsten der „****Vereinigten Staaten von Europa****" entscheiden würden, meinte der französische EU-Parlamentarier* ***Daniel Cohn-Bendit:***

„Dann wird ein zweites Mal abgestimmt. Diesmal über die Frage, ob man noch zur EU gehören will. Da abzulehnen trauen sich selbst die Franzosen nicht."

Roland Tichy*, Chefredakteur der „Wirtschaftswoche", wittert hinter dem Drängen, Deutschland möge in der* ***Euro-Krise*** *endlich nachgeben, ein* ***abgekartetes Spiel:***

„Die gewieften Banker in Frankfurt, London und New York ... fürchten, dass Deutschland schneller zahlungsunfähig wird, als die Banken ihre Anleihen aus Südeuropa in Euro-Bonds umtauschen können. Deshalb schicken die angelsächsischen Banken ihre Chefvolkswirte, Nobelpreisträger und rosa Zeitung vor."

Nayla Hayek*, Verwaltungsratschefin des Schweizer Uhrenkonzerns* ***Swatch****, äußert sich im „Spiegel" (28. November) recht skeptisch über* ***Frauenquoten:***

„Ich halte eine Frauenquote, ehrlich gesagt, für diskriminierend. Wo hört das mit den Quoten dann auf? Mir kommt das immer so vor – verzeihen Sie – Behindertenhilfe."

Waswärwennereien

Im Olymp beäugt Europe
– längst von Zeus dorthin entrückt –
mit dem Götter-Teleskope
bang Europas Biotope
und sinniert, nicht grad entzückt:

Wie wohl wäre es gekommen,
hätte ich an Sidons Strand
einen andern Stier genommen?
Und wo wär' der hingeschwommen,
welche Richtung, welches Land?

Nun, bei meines Reittiers Streben
war nebst Kreta wenig Wahl,
denn es hatte damals eben
weder Übersee gegeben
noch bei Suez den Kanal.

Doch hätt's südlich uns verschlagen,
tät' zum Schwarzen Erdteil jetzt
jedermann Europa sagen –
logisch, ohne mich zu fragen,
und ich wäre arg vergrätzt!

Wär's indes Kurs Nord gegangen,
hätt' den Namen die Türkei –
würde mir nicht minder langen,
sag' ich mal ganz unbefangen
und von Vorurteilen frei.

Wären wir im Land geblieben,
hätt' man nichts nach mir benannt,
denn auch wenn wir's arg getrieben,
hätt' man drüber nicht geschrieben,
und ich wäre unbekannt.

Drum, der Wahrheit alle Ehre,
traf ich's eigentlich nicht schlecht –
wenn bloß nicht die Hera wäre,
und gar Zeus sagt, der Megäre
macht selbst er es niemals recht!

Tja, der Satz „was wär' gewesen"
sagt sich halt so leicht
daher –
allerdings an Hypothesen
könnt' nur dann die Welt genesen,
wenn das Wörtchen wenn
nicht wär' ...

Pannonicus